Dienstag, 24. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 20 - 4.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

[illegible]

POLITIK

In Freiheit: Nach mehrtägigem diplomatischen Tauziehen hat die „DDR"-Führung eingewilligt, die sechs Deutschen nach West-Berlin fahren zu lassen, die in der Botschaft der USA in Ost-Berlin Zuflucht gesucht hatten. Führende Politiker äußerten Erleichterung über das glückliche Ende. Lediglich der frühere Regierungssprecher (unter Kanzler Schmidt), Bölling kritisierte, daß die Regierungen in Washington und in Ost-Berlin „unter Druck gesetzt" worden seien. (S. 1 und 3)

Haushaltsprobleme: Präsident Reagan verlangt Vollmachten vom Kongreß, entgegen der bisher üblichen Praxis der Blockentscheidung über Etatvorlagen künftig auch Einzelposten aus dem Budget streichen zu können. (S. 1)

Popularität: Zu Beginn des Wahljahres in den USA wird die Politik Präsident Reagans von 56 Prozent der Amerikaner gebilligt, ermittelt Gallup im Auftrag von „Newsweek".

Glotz zu Medien: Bedenken gegen eine „Verdoppelung" des Monopols von Zeitungen bei Gestaltung privaten Hörfunks durch Zeitungsverlage hat der SPD-Bundesgeschäftsführer geäußert.

Meese Nachfolger Smiths: Der Berater Präsident Reagans ist zum Nachfolger des zurückgetretenen amerikanischen Justizministers ernannt worden.

Vertrauen für Wörner: Der CDU-Bundesvorstand hat dem Verteidigungsminister in der Kießling-Affäre sein volles Vertrauen ausgesprochen und ihm „volle Unterstützung" zugesichert. CSU-Chef Strauß forderte die Aufdeckung der „vollen Wahrheit" in der Angelegenheit. (S. 1 und 4)

Beagle-Kanal: Argentinien und Chile haben sich durch Vermittlung des Vatikans bereitgefunden, den jahrzehntealten Streit um die Hoheitsrechte im Beagle-Kanal an der Südspitze Südamerikas zu regeln. Ein Absichtsabkommen wurde gestern im Vatikan von den Außenministern unterzeichnet. (S. 4)

Dementiert: Das Kolpingwerk hat Berichte zurückgewiesen, daß die katholische Organisation Firmenspenden von rund einer Million Mark auf Umwegen über die Schweiz der oberbayerischen CSU habe zukommen lassen.

Rahmengesetz: Der Hochschulverband, der nach eigenen Angaben etwa die Hälfte der 22 000 Professoren vertritt, hat die Bundesregierung zur unverzüglichen Änderung des Hochschulrahmengesetzes aufgefordert. (S. 4)

Heute: Bundeskanzler Kohl besucht Israel. – Tagung der kommandierenden Bundeswehr-Generäle auf der Hardthöhe. – Bundesaußenminister Genscher nach Italien. – Gipfelkonferenz der Sahel-Staaten in Niamey (Niger).

ZITAT DES TAGES



„Die Bundesregierung steht in der geschichtlichen Verantwortung, die sie auch bei Verhandlungen über Waffenlieferungen in den Nahen Osten bindet"

Der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, zum Besuch von Bundeskanzler Kohl in Israel

FOTO: VISUM

WIRTSCHAFT

Werften: Trotz höherer Subventionen müssen die deutschen Werften ihre Kapazitäten weiter anpassen. Das Bundeswirtschaftsministerium lehnt eine Teilnahme am Subventionswettlauf mit anderen Schiffbauländern ab. (S. 9)

Frankreich: Die Konkurswelle hat in den letzten Monaten zugenommen; nach 1703 Firmenzusammenbrüchen im Oktober auf 2017 im November und 2031 im Dezember. Neuer Jahres-„Rekord": 22 708 Insolvenzen in 1983.

Daimler: Die Daimler Benz AG übernimmt eine Mehrheitsbeteiligung am südafrikanischen Fahrzeughersteller UCDD.

Allianz Leben: Der Branchenführer meldet einen großen Sprung vorwärts im Neugeschäft: Plus 17,2 Prozent auf 12,5 Milliarden Mark Versicherungssumme in 1983. (S. 11)

Klöckner: Der Fremdumsatz der Klöckner-Werke AG ist im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) weltweit um 2,7 Prozent auf 6,5 Milliarden Mark zurückgegangen. (S. 11)

Börse: Aufträge der privaten Kundschaft sorgten für gut behauptete Kurse am Aktienmarkt. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 157,2 (155,9). Dollarmittelkurs 2,8155 (2,7940). Goldpreis pro Feinunze 371,35 (371,25) Dollar.

KULTUR

Komposition: Zum Jahr der europäischen Musik 1985 haben die Berliner Kirchen mit finanzieller Unterstützung der Gema-Stiftung einen Kompositionswettbewerb für geistliche Chormusik ausgeschrieben.

Denkmalschutz: Häuser aus der Zeit der deutschen Einwanderung nach Chile sind in der südchilenischen Stadt Osorno unter Denkmalschutz gestellt worden. Sie stammen aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts.

SPORT

Segeln: China hat den Deutschen Segler-Verband um Entwicklungshilfe gebeten. In Kiel soll ein Lehrgang für chinesische Segler stattfinden; ein deutscher Trainer wurde nach China eingeladen.

Ski Alpin: Einen italienischen Doppelsieg gab es beim Slalom in Liemonte Piemonte. Daniela Zini gewann vor Maria-Rosa Quario. Maria Epple erhielt für ihren fünften Platz elf Weltcuppunkte. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Kahlschlag: Spätestens in einem Jahrzehnt werden die Folgen des Raubbaus an den tropischen Wäldern Asiens für die dortige Landwirtschaft spürbar werden, heißt es in einer UN-Studie. Wenn der Kahlschlag im bisherigen Tempo weitergeht, werden bis zum Jahr 2000 zwei Drittel der heutigen Baumbestände verschwinden. (S. 18)

Hafen bei Notre Dame: Unter dem Motto „Von der Jacht ins Moulin Rouge" will man in Paris einen Sportboothafen einrichten, der über die zahllosen Kanäle Frankreichs aus allen Regionen angefahren werden kann. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt, im Flachland teils Schnee, teils Regen; im Bergland durchwegs Schneefall.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Sechs „DDR"-Flüchtlinge frei. Kohl dankt allen Beteiligten

Ausreise mit Privatwagen von Rechtsanwalt Vogel nach West-Berlin

H. R. KARUTZ/DW. **Berlin**

Mit Erleichterung begrüßten gestern führende Politiker in Bonn, Washington und Berlin die Ausreise der sechs „DDR"-Flüchtlinge aus der Ostberliner US-Botschaft in den freien Teil der Stadt. Wie Regierungssprecher Peter Boenisch gestern in Bonn sagte, hat sich Bundeskanzler Kohl bei der US-Botschaft in Ost-Berlin und allen Beteiligten dafür bedankt, daß sie eine „menschliche Lösung" ermöglichten.

Die vier Männer aus Ost-Berlin und das Ehepaar aus Potsdam waren am Sonntagabend offenbar auf direkte Weisung von SED-Chef Erich Honecker und durch Vermittlung seines aus dem Urlaub herbeigeholten Vertrauten, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, in dessen Privatwagen im Westteil der Stadt eingetroffen.

In den Vorgang waren auch der Ständige Vertreter Bonns in der „DDR", Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, und der Regierende Bürgermeister, Richard von Weizsäcker, eingeschaltet. Der Berliner Senat sei mit den Stellen, die zur Lösung der Angelegenheit Gespräche geführt hätten, in Verbindung gewesen. „Wir waren aber unsererseits nicht die eigentlich Handelnden", sagte gestern von Weizsäcker.

Der politische Durchbruch nach einem mehr als zweitägigen diplomatischen Tauziehen in diesem Drama, das angesichts der Stockholmer Konferenz und weltweiter Verhärtung zwischen den Blöcken zu einer weiteren Eskalation zu führen drohte, gelang offenbar nach der Einschaltung des Häftlings-Freikaufexperten Vogel.

SEITE 2:
In die Freiheit
SEITE 3:
Nervenkrieg zu Ende, bevor er begann

Fragen nach der Höhe einer möglichen Freikaufprämie für die sechs Flüchtlinge, die Bonn in Aussicht gestellt hatte, blieben unbeantwortet. Amerikanische und deutsche Behörden schirmten die Flüchtlinge gestern in West-Berlin ab und verordneten Nachrichtensperre.

Von Weizsäcker gab in einem SFB-Interview eine politische Bewertung des Vorgangs ab: „Insgesamt ist es positiv festzustellen, daß hier in einer Frage, die die zwischenmenschlichen Beziehungen anbetrifft, eine geräuschlose Vernunft zu einer Regelung geführt hat." Dagegen kritisierte der ehemalige Regierungssprecher und einstige Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Klaus Bölling, im Deutschlandfunk, diese Art, eine Ausreise zu erzwingen, sei bei allem Verständnis für die Motive nicht die richtige. „Denn hier sind ja zwei Regierungen unter Druck gesetzt worden."

rtr, **Berlin**

Die amerikanische und britische Botschaft in Ost-Berlin haben gestern den Zugang zu ihren Missionen erschwert. In der amerikanischen Botschaft ist nunmehr das Betreten der Bibliothek und der Konsularabteilung ohne Ausweiskontrolle in der Eingangshalle nicht mehr möglich. Die britische Vertretung hielt die bisher übliche offene Tür zur Konsularabteilung verschlossen. In diplomatischen Kreisen hieß es, auch in anderen westlichen Botschaften würden die Sicherheitsmaßnahmen überdacht.

CDU: Volle Unterstützung für Wörner

Aber Strauß wartet auf Beweise / Kießling dürfe „nicht im Zwielicht" bleiben

rmc. **Bonn**

Nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes geht Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner mit der Rückendeckung von Partei und Regierungschef in die diese Woche beginnende parlamentarische Auseinandersetzung um die „Affäre Kießling". Vor der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages am Donnerstag sprach der CDU-Vorstand dem Minister das Vertrauen aus und sagte ihm „volle Unterstützung" zu, nachdem Wörner dem Parteigremium einen Bericht darüber erstattet hatte, unter welchen Bedingungen er die vorzeitige Pensionierung des Generals entschieden hatte.

In der nach der CDU-Vorstandssitzung veröffentlichten Erklärung fiel auf, wie demonstrativ das Spitzengremium der Union Wörners Leistungen als Minister herausstrich.

Nachdrücklich bekräftigte der CDU-Vorstand, daß für die Sicherheit des Landes keine Risiken in Kauf genommen werden dürften. Die öffentliche Debatte über mögliche homosexuelle Beziehungen Kießlings seien „ohne jegliches Zutun" des Verteidigungsministers entstanden, in dieser Sache müsse „rückhaltlose Aufklärung" geschaffen werden. Die Ehre eines Mitbürgers habe solange unangetastet zu gelten, solange nicht zwingende Beweise dem entgegenstehen. Weiter sprach sich der Vorstand für eine „unverzügliche" Aufklärung für den Fall aus, daß im Militärischen Abschirmdienst (MAD) „Unzulänglichkeiten oder gar Unkorrektheiten in diesem Zusammenhang oder in früheren Jahren" vorgekommen sein sollten.

SEITE 4:
Das Selbstvertrauen genommen

lz. **München**

Ohne formelle Beschlußfassung billigte der CSU-Landesvorstand gestern die Forderung des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, in der Affäre Kießling müsse „die volle Wahrheit auf den Tisch". Nach der Sitzung meinte Strauß auf die Frage von Journalisten, warum dies in Bonn noch nicht geschehen sei, mit spürbarer Verärgerung: „Das weiß ich eben auch nicht ..." Der CSU-Vorsitzende betonte, das von Kießling gegebene Ehrenwort sei „sehr ernst zu nehmen", verpflichte aber gleichzeitig den General, „bei der Wahrheit geblieben zu sein". Sollte der Wahrheitsbeweis der Anschuldigungen gegen den Offizier nicht gelingen, müsse Kießling voll rehabilitiert werden. Der General dürfe nicht im Zwielicht bleiben. Auf keinen Fall, so Strauß, könne man sagen wie der Regierungssprecher, die Bundesregierung sehe den Fall als erledigt an und gehe zur Tagesordnung über. Zur Frage, ob Verteidigungsminister Wörner im Amt bleiben könne, falls sich Kießlings Unschuld herausstellt, meinte Strauß ausweichend: „Ich bin doch nicht der Bundeskanzler."

Nach den bisherigen Informationen ist es für den CSU-Vorsitzenden nicht ersichtlich, daß der Beweis gegen Kießling „mit der ausreichenden Sicherheit geführt" worden ist. Strauß hält auch die Weigerung des Generals für berechtigt, sich gegenüberstellen zu lassen. Es sei der größte Fehler von General Fritsch gewesen, sich einem Strichjungen gegenüberstellen zu lassen.

Reagan verlangt mehr Etat-Vollmacht

Präsident möchte Veto für Einzelposten / Kapitol kämpft um Zuständigkeiten

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

In seinem Bericht zur Lage der Nation und in seinem Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1984, fällig an diesem und nächsten Mittwoch, will der amerikanische Präsident Ronald Reagan dem Kongreß eine weitreichende Reform des gesetzgeberischen Entscheidungsprozesses über Einnahmen und Ausgaben vorschlagen. Einmal wird er, wie er in einem Interview mit der „Washington Post" durchblicken ließ, seine alte Forderung nach einem Verfassungszusatz, der ein ausgeglichenes Budget auch beim Bund vorschreibt, wiederholen. Zum anderen verlangt Reagan die Vollmacht, jeden Einzelposten ohne Zurückweisung des gesamten Bewilligungspakets („Appropriation") streichen zu können.

Bisher ist es Reagan nicht gelungen, in der US-Verfassung eine Verpflichtung zum Haushaltsausgleich zu verankern, weil führende amerikanische Politiker der Auffassung sind, daß Washington fiskalpolitisch flexibel bleiben müsse und sich auf diese Weise das virulente Defizitproblem ohnehin nicht lösen ließe. Hier werden sich die Positionen kaum ändern, außerdem müßten zwei Drittel der 50 Bundesstaaten zustimmen. Eine solche Mehrheit ist nicht in Sicht, zumindest in der näheren Zukunft nicht. Neu ist in der US-Hauptstadt Reagans Versuch, sogenannte Line-Items-Vetoes (Streichung von Einzelposten) durchzudrücken. Er wird im Wahljahr weitgehend die wirtschaftspolitische Diskussion bestimmen.

Was Reagan korrigieren möchte, ist ein typisch amerikanisches Haushaltsrecht, das im Prinzip seit der Gründung der Republik vor 208 Jahren praktiziert wird. Darüber aufgeregt hatte sich schon damals der erste Präsident der USA, George Washington. Das System schreibt vor, daß der kontrollierbare Teil der Bundesausgaben vom Kongreß in Blöcken bewilligt wird. Gefällt dem Weißen Haus, als der Exekutive, ein Posten nicht, weil Steuergeld verschwendet wird, muß es gegen die gesamte Zuweisung ein Veto einlegen. Automatisch werden dann aber auch alle anderen vom Präsidenten gewünschten Etatposten zu Fall gebracht. Benutzt wird diese Axt deshalb nur selten.

Laut Reagan hilft sein Vorschlag, „die Ausgabenflut unter Kontrolle zu bringen". Möglich würden dadurch chirurgische Schnitte, ohne gleich die gesamten Regierungsgeschäfte lahmzulegen. Enthalten ist der Vorschlag auch im gerade veröffentlichten Bericht der Grace-Kommission, die dem Präsidenten 2236 Empfehlungen unterbreitet hat, durch die in den nächsten drei Jahren 341 Milliarden Dollar (962 Milliarden Mark) eingespart werden könnten. In der Reagan-Ära enthielten die „Appropriations" kostspielige Staudämme und andere Projekte, gegen die das Weiße Haus ohne Erfolg Sturm gelaufen ist.

Während die „Line-Items-Vetoes" im Bund nicht zugelassen sind, gehören sie in 43 amerikanischen Staaten zum politischen Tagesgeschäft. Sie gelten als eine machtvolle Waffe; schon ihr Vorhandensein, so meinen Experten, zwingt die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten zur Sparsamkeit. Reagan benutzte sie während seiner achtjährigen Amtszeit als Gouverneur von Kalifornien. Mit seinen Einsprüchen drückte er die Ausgaben jedes Jahr im Durchschnitt um zwei Prozent. In den meisten Bun-

● **Fortsetzung Seite 8**

Vor Kohls Besuch Mahnung aus Israel

Shamir: Wir können nicht vergessen / Umfangreiche Sicherheits-Maßnahmen

AFP/DW. **Jerusalem/Bonn**

Unmittelbar vor dem sechstägigen Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls in Israel hat der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir vor möglichen deutschen Waffenlieferungen an arabische Staaten gewarnt. „Wir können nicht zulassen, daß deutsche Waffen von arabischen Armeen gegen den jüdischen Staat eingesetzt werden", sagte Shamir in einem gestern von der Illustrierten „Stern" vorab verbreiteten Interview.

Shamir bezog sich dabei offenbar auf die von Kohl im Oktober mit Saudi-Arabien vereinbarte langfristige Rüstungskooperation. „Die militärische Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Experten und arabischen Ländern mache Israel große Sorgen", sagte Shamir weiter, der die Bundesrepublik Deutschland mahnte, hier „ihre Verantwortung vor der Geschichte" zu begreifen. „Wir können nicht vergessen, und wir werden niemals vergessen ... da spielt das Alter ihres Regierungschefs keine Rolle."

Die israelischen Behörden haben zum Schutz des heute in Israel eintreffenden Bundeskanzlers umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Rund 1000 Beamte seien dafür abgestellt worden, hieß es gestern in Tel Aviv.

SEITE 4:
Wilhelms hohes Pferd

Einem ersten Gespräch Kohls mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir nach der Ankunft in Jerusalem werden weitere Treffen der beiden Regierungschefs am Mittwoch und am Sonntag folgen. Als strittiges Thema dürfte auch die 1980 in Venedig verfaßte Nahost-Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Sprache kommen, die auf israelischer Seite entschieden abgelehnt werde.

Die Schatten der Vergangenheit stehen immer noch über den deutsch-israelischen Beziehungen. Die Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge kündigten Demonstrationen für den Kanzler-Besuch an. Auf in Tel Aviv verbreiteten Plakaten hielt auch die Jugendorganisation der „Heruth"-Partei von Ministerpräsident Shamir dem Bonner Regierungschef entgegen: „Sechs Millionen Tote ... Sie kommen zu früh, Herr Kohl."

DER KOMMENTAR

Zurück nach Wien

HEINZ BARTH

Immerhin – ein Datum für die Wiederaufnahme der Wiener Gespräche über den beiderseitigen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa hätten wir nun. Am 16. März soll der MBFR-Dialog wieder aufgenommen werden, der seit dem Türenknallen eingestellt ist, das die Sowjets im Dezember veranstalteten. Eine Überraschung ist das kaum zu nennen, nachdem der sowjetische Außenminister schon auf der Stockholmer Konferenz signalisiert hatte, daß aus der Sicht des Kreml, soweit es Wien betrifft, kein Abbruch, sondern nur eine Unterbrechung der Gespräche stattgefunden habe.

Tabula rasa an allen Verhandlungstischen zu machen interessiert die Sowjets aus verständlichen Gründen nicht. Natürlich möchten sie nicht so frühzeitig nach der Niederlage, die sie in der Stationierung der ersten Pershing-Raketen sehen müssen, wieder nach Genf zurückkehren. Dazu könnte es nur kommen, wenn Präsident Reagan bereit wäre, Moskau dieses Einlenken zu erleichtern, indem er sich bereit erklärte, die Gespräche über die Mittelstrecken-Raketen mit denen über die Interkontinental-Raketen zu koppeln – ein Schritt, der es der Sowjetführung erlauben würde, das Gesicht zu wahren.

Mit der Wieder-Begegnung an der Donau ist nicht viel getan. Ein Zugeständnis Moskaus ist darin nicht zu erblikken, nachdem man über den Truppenabbau schon seit 1973 ohne ein nennenswertes Ergebnis, abgesehen vom Ausbau der konventionellen Überlegenheit Rußlands, verhandelt hatte. Für den Kreml kann es nur darum gehen, den Fuß wieder in eine der Türen zu schieben, mit denen man vor ein paar Wochen so vernehmlich knallte.

Einen Spaltbreit muß die Tür schon offen bleiben, wenn die Sowjetführung ihren Einfluß auf die ansprechbaren Partner der westlichen Allianz behalten will – und das sind allemal die Europäer, deren Hoffnungen auf Deutschland unzerstörbar sind, besonders seit Andrej Gromyko zu ihnen mit sanfteren Tönen sprach als zur Reagan-Administration.

USA planen vorerst keine MBFR-Initiative

kie. **Washington**

Schneller als erwartet scheinen die Sowjets auf die westlichen Signale zu erneuerter Dialogbereitschaft zu reagieren. Die im Dezember unterbrochenen Wiener Ost-West-Verhandlungen über einen beiderseitigen Truppenabbau in Europa (MBFR) werden nach Angaben von US-Außenminister George Shultz am 16. März wiederaufgenommen. Shultz bestätigte nach seiner Unterredung mit Andrej Gromyko zwar noch einmal, daß über den Abbau der Mittel- und Langstreckenwaffen zumindest vorerst nicht weiter verhandelt werde, ansonsten aber gebe es zwischen den Supermächten einen informellen Sicherheitsdialog, der „recht gut" funktioniere.

Präsident Reagan hatte ohne Zögern den sowjetischen Vorschlag zur Wiederaufnahme der MBFR-Gespräche angenommen. Er zeigt sich aber zurückhaltend gegenüber einigen seiner Berater, die sofort mit einer neuen Initiative an den Wiener Verhandlungstisch zurückkehren wollen.

Diese neue Initiative war bereits mit den Sowjets 1983 durchgesprochen worden. Beide Seiten sollen danach unter Überwachung der jeweils anderen Seite je 16 000 Mann einer Panzerdivision aus dem zentraleuropäischen Bereich abziehen.

Reagan will dagegen zuerst die sogenannte „Datendiskussion" weiterbringen. Sie geriet ins Stocken, als die Sowjets für die Armeen des Warschauer Paktes über 100 000 Soldaten weniger angaben, als der Westen nach seinen Unterlagen glaubt berechnen zu können.

Kreml schickt mehr Spione in die Botschaften

SAD, **London**

Im vergangenen Jahr sind mehr als 150 Sowjetdiplomaten in ihren Gastländern als Spione zu unerwünschten Personen erklärt und in ihre Heimat abgeschoben worden. Das ist eine Verdreifachung der Zahl von 1982. Im Jahre 1981 waren es erst 27. Diese Angaben machte der britische Ostexperte David Floyd gestern in der Londoner „Daily Mail".

Offenbar, so Floyd, nutzt der Kreml seine Botschaften zielstrebiger als in der Vergangenheit für Spionage-Aktivitäten. Die dramatische Zunahme der Anzahl der aus Sowjetbotschaften in Europa, Amerika und der Dritten Welt ausgewiesenen Diplomaten sei jedoch nicht damit zu erklären, daß die Gastländer jetzt bei der Enttarnung falscher Diplomaten geschickter zu Werke gehen, meinte Floyd. Der wahre Grund sei vielmehr, daß Moskau weit mehr Agenten in seine diplomatischen Vertretungen schleust als früher.

Die meisten Sowjetagenten würden für die Industriespionage ausgebildet, erklärte der Ostexperte. Der Kreml halte es für billiger, geheime technologische und militärische Neuentwicklungen zu stehlen, als entsprechende Entwicklungsprojekte selbst zu finanzieren. Floyd meinte, Moskau nehme den mit der Enttarnung von Industrie-Spionen verbundenen Negativeffekt durchaus in Kauf. Diese Beobachtung werde auch dadurch gestützt, daß die Sowjetunion die Ausweisung ihrer Diplomaten nicht mehr automatisch mit der Ausweisung von Vertretern des betreffenden Landes beantwortet.

König Marokkos verkündet nach Unruhen Preisstopp

Israel und Iran beschuldigt / Zwischenfälle in Casablanca

AP/rtr, **Rabat**

König Hassan II. von Marokko hat einen allgemeinen Preisstopp für Grundnahrungsmittel verfügt und eine Garantie für die Beibehaltung der Schulgeldfreiheit gegeben. Er bestritt jeden Zusammenhang zwischen den blutigen Unruhen und den geplanten Preiserhöhungen. Statt dessen warf der König Israel, Iran und den marokkanischen Kommunisten vor, sie hätten die Unruhen geschürt, um die islamische Gipfelkonferenz in Casablanca zu sprengen.

In einer Fernsehansprache sagte Hassan, er habe die Regierung angewiesen, die Pläne für Preiserhöhungen fallenzulassen, nachdem er eine Studie über die sozialen Folgen gesehen habe. Die Weltbank verlangt von Rabat die Senkung des Etatdefizits über den Abbau der Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Speiseöl und Zucker.

Der Monarch teilte mit, daß es in Marrakesch, Nador, Oujda, Tetuan, El Hoceima und Ksar El Kebir Demonstrationen gegeben habe. Wie verlautete, soll es in Casablanca, der größten Stadt des Landes, kurz vor Beginn der Rede des Königs zu neuen Unruhen gekommen sein. Reisende berichteten, der Bahnhof von Ksar El Kebir sei niedergebrannt.

Aber, so sagte Hassan, Gesetz und Ordnung würden mit aller Härte erzwungen werden. Er verlas Auszüge aus regierungsfeindlichen Flugblättern. Diese hätten den Aufruhr ausgelöst, der nach unbestätigten Berichten 150 bis 200 Todesopfer forderte. In einem der Flugblätter wurde der König als „Mörder" bezeichnet. Ein den Anhängern Khomeinis zugeschriebenes Flugblatt bezeichnete die islamischen Länder als Opfer der Herrschaft „der großen Teufel USA und Sowjetunion".

Die für die Flugblätter Verantwortlichen seien festgenommen worden, berichtete der Herrscher. Unter ihnen befänden sich auch mehrere Rechtsanwälte. Zu den Unruhen hätten auch Schmuggler beigetragen, die an den Grenzen zu den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta ihr Unwesen trieben. Spaniens Außenminister Fernando Moran wird am Donnerstag zu einem Kurzbesuch in Rabat erwartet.

Seite 5: Rabats Finanzen belastet

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer suchet, der findet

Von Enno von Loewenstern

Was sind Umfragen, Enqueten usw. wert, wenn sie mehr aussagen wollen als die berühmte Alltagsfrage, wie man am Sonntag zu wählen gedenke? Die Jugendkammer der Evangelischen Kirche versuchte beispielsweise in der Akademie Mülheim/Ruhr zu klären, wie ihr zum Teil – auch in der WELT vom 12. November 1982 – scharf kritisierter Bericht über die Jugend („Gesichtspunkte zum Gespräch zwischen den Generationen") einzuschätzen sei.

Er beschäftigt sich praktisch nur mit der Protestjugend und kommt zu Aussagen wie: daß „die Kriegsgefahr dramatisch wächst". Oder: daß „wohl keine Generation bisher mit solch beängstigenden Aussichten für die Zukunft des menschlichen Zusammenlebens auf ihren Lebensweg entlassen worden" sei.

Während der Tagung wurde allen Ernstes die Ansicht verteidigt, daß beispielsweise die Generation von 1945 es leichter gehabt habe als die Jugend von heute. Natürlich führte dies zu scharfen Vorhalten, daß man die Lage der Jugend – und andere sogenannte Befindlichkeiten – nicht im Ruckzuckverfahren ermitteln und nicht nach den lautesten Vertretern beurteilen könne. Aber natürlich haben diese simplen Techniken ihre Anhänger, eben weil sie simpel sind.

Schließlich erbrachten zwei Referate die Pointe. Zuerst berichtete ein Vertreter der Umfrage-Firma Sinus über (gemeinsam mit Infratest gemachte) Erhebungen, deren Bild er gleich selber als düster beschrieb. In der Jugend balle sich ein gefährliches Konfliktpotential zusammen, warnte er seine Zuhörer. Anschließend trug ein Vertreter des Instituts der Deutschen Wirtschaft ein Emnid-Umfrageergebnis vor. Es erbrachte eine haushohe Mehrheit der Jugend für die Marktwirtschaft, für Arbeit, Leistung, Selbstbehauptung.

Die betretenen Diskussionsteilnehmer wollten wissen, ob es sich vielleicht um zwei verschiedene Befragtengruppen handelte. Keineswegs; beide Sprecher erklärten ihre Umfragen als repräsentativ (1900 bzw. 2000 Befragte). Es war eine eindrucksvolle Bestätigung der so lange verdrängten Lehre, daß Umfragen die eigene Lebenserfahrung, die eigene Urteilsfähigkeit nicht ersetzen können. Eine Lehre nicht nur für die Kirche.

Stockholm vis-à-vis

Von Carl Gustaf Ströhm

Zwei Männer und eine Frau sind in der Sowjetrepublik Estland wegen „antisowjetischer Propaganda" zu fünf bzw. sechs Jahren Konzentrationslager und anschließender mehrjähriger Verbannung – sprich: Deportation nach Sibirien – verurteilt worden, und zwar weil sie in Briefen für Sacharow und andere russische und estnische Bürgerrechtler Stellung bezogen, weil sie für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa unter Einschluß des Territoriums der baltischen Staaten und weil sie in einem Brief Lech Walesa gratuliert sowie von der Notwendigkeit demokratischer Reformen im gesamten sozialistischen Lager gesprochen hatten.

Gerade während der Stockholmer Abrüstungskonferenz, die ja auch zur „Vertrauensbildung" zwischen Ost und West beitragen soll, ist es sehr lehrreich, diesen Strafprozeß und seine drakonischen Urteile näher zu betrachten. Das liegt schon deshalb nahe, weil Stockholm ungefähr gegenüber von Reval, der estnischen Hauptstadt, liegt. Was drüben, am anderen Ufer der Ostsee, geschieht, kann gerade an diesem Augenblick und an diesem Ort nicht gleichgültig sein.

Menschen wegen des Schreibens von Briefen und wegen des Äußerns einer politischen Meinung einzusperren und ins KZ zu schicken, sollte im zivilisierten Europa nicht mehr möglich sein. Die drei verurteilten Esten haben nicht zu Gewalt aufgerufen. Sie haben nicht Waffen versteckt oder Attentate vorbereitet, sondern nach Reformen verlangt. Die Frage muß sich stellen: Welches Vertrauen kann sich zu einem Regime bilden, das derart unmenschlich mit seinen eigenen Untertanen umspringt?

Zum anderen hat der Revaler Prozeß ein Licht auf die Zustände in den baltischen Republiken geworfen. Estland, Lettland und Litauen waren unabhängige Staaten. Ihre Völker hatten jenes Selbstbestimmungsrecht für sich verwirklicht, das heute – nicht zuletzt durch die sowjetische Propaganda – für jeden afrikanischen Eingeborenenstamm gefordert wird. Wenn die baltischen Völker ihre Unabhängigkeit verloren haben, dann nur durch das „Recht des Stärkeren" – das heißt der Sowjetunion.

Steckbrief

Von Eberhard Nitschke

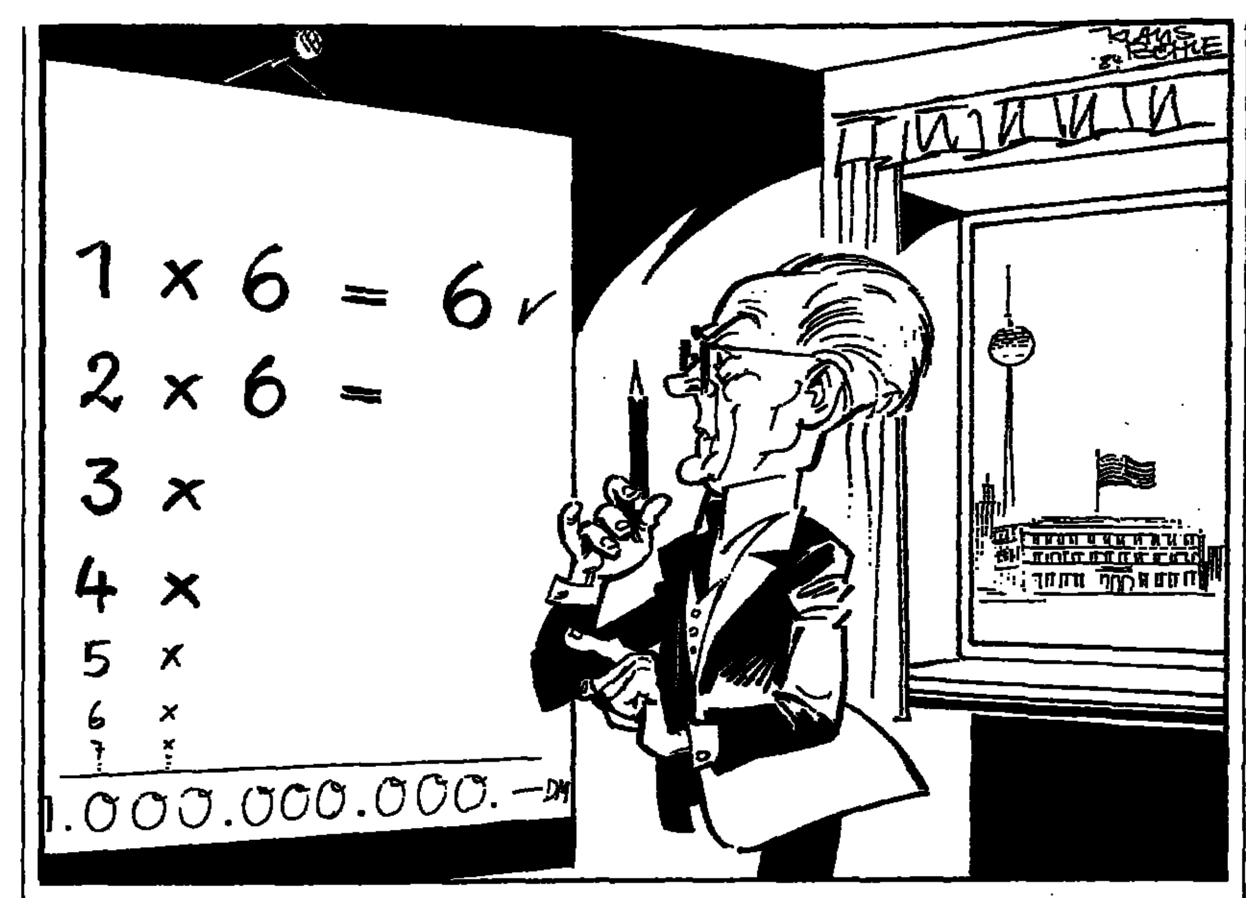
Zehn Tage lang werden zwei große Augen von Plakatsäulen und Großwerbeflächen die Bürger ansehen, dazu wird die vorwurfsvolle Frage gestellt: „Haben Sie auch schon einen Lehrling eingestellt?" Die Plakataktion, angezettelt vom „Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung" will die letzten Reserven mobilisieren, um für rund 730 000 Jugendliche, die dieses Jahr auf den Markt drängen, Ausbildungsplätze freizuschlagen.

Daß alle Bereiche, auch die öffentliche Hand und die Verwaltungen, dabei bedrängt werden müssen, in den meisten Fällen ganz sicher in den vom Kuratorium in Bonn erwähnten „gezielten persönlichen Ansprachen", hat die mitunterzeichnenden Spitzenverbände nicht gehindert, sich an die ganze Bevölkerung zu wenden. Die Werbung ist auch ein Steckbrief: Wo ist der Ausbildungsplatz, der bisher noch nicht registriert worden ist?

Unterlaufen werden solche Bemühungen von jenen Doppelbewerbern um Lehrstellen, die ihre Unterlagen gleich an drei oder vier Arbeitgeber schicken, angenommen werden, und dann aus den verschiedensten Gründen nichts mehr von sich hören lassen. 30 000 sind es im Jahre 1983 gewesen – das sieht nach jener Zahl aus, die damals als „Zuviel" auf dem Markt war und für deren Unterbringung sich Bundeskanzler Kohl besonders eingesetzt hat.

Man hat jetzt verschiedentlich erwogen, solchen Vielschreibern das Handwerk zu legen, indem man jeden Schulabgänger verpflichtet, nur noch Originalzeugnisse mit seiner Bewerbung abzugeben. Das Ergebnis wäre allerdings vorauszusehen, die „Annahmekarte", wie sie jetzt Lehrherren für Schulabgänger empfehlen, sicherlich die bessere Lösung – ohne Karte keine Bedienung und kein Lehrvertrag.

Daneben scheint der Appell an die Arbeitsämter sinnvoll, auf lokaler Ebene mit Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Betrieben, Schulen und Gewerkschaften regelmäßig „Ausbildungsplatz-Konferenzen" abzuhalten. Die Zurückhaltung, wenn nicht sogar Angst vor dem Arbeitsamt, vor Anmeldefristen dort und vor Beratungen unter vier oder sechs Augen ist immer noch groß. Das Kuratorium tut mit seiner Aktion auch dieser Institution einen Gefallen.



Wie man sich was ausrechnet

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

In die Freiheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Sechs Deutsche aus Honeckers Machtbereich haben sich den Weg in die Freiheit geöffnet. Sie schafften es, weil sie Zivilcourage und zugleich ein diplomatisches Geschick, das auch professionellen Diplomaten Ehre machen würde, bewiesen haben. Ihre Zivilcourage bestand darin, ihr Schicksal dem amerkanischen Präsidenten anzuvertrauen, ohne zu wissen, wie ihr Abenteuer ausgehen werde.Mit ihrem diplomatischen Geschick minderten sie jedoch ihr Risiko, aus folgenden Gründen:

1.Sie stellten einen zeitlichen Zusammenhang ihrer Flucht in die Ostberliner US-Botschaft mit der Stockholmer Konferenz her, wo soeben zwischen Shultz und Gromyko ein neuer zaghafter Auftakt zum Ost-West-Dialog vereinbart worden ist.Es konnte weder im Interesse Andropows noch Honeckers liegen, diesen weltpolitischen Ansatz dadurch zu zerstören, daß Ost-Berlin durch eigenes stures Verhalten das Asylbegehren der Sechs sich zu einem Menschenrechtsverdikt des Westens an die Adresse des Sowjetblocks auswachsen ließ.

2. Mit ihrem Hilferuf an den Präsidenten der Vereinigten Staaten hoben sie ihren Wunsch nach einem Leben in Freiheit auf die höchste politische Ebene. Ihr Brief ist so klug abgefaßt, daß sie sicher sein konnten, den humanitären Nerv der Amerikaner anzurühren.

3. Sie stellten Honecker vor die Entscheidung, ob er die mehr oder minder positive Einschätzung seiner Person und seiner moderaten Politik gegenüber Bonn, die seit dem Milliardenkredit nicht nur am Rhein Fürsprecher findet, durch starre Ablehnung der freien Ausreise eigenhändig über den Haufen werfen wolle.

4. Ebenso gaben sie Honecker die Überlegung auf, ob er die Quelle weiterer dringend benötigter Kredite aus der Bundesrepublik selbst auf unabsehbare Zeit verschütten wolle, indem er Bonn vor die Tatsache eines deutsch-deutschen Menschenrechtseklats stellt.

Es zeigt sich, daß die Sechs eine wohl einmalige Konstellation nutzen konnten, die möglichen Nachahmern ihrer Unternehmung schwerlich in gleicher Weise geboten sein wird.Aus diesem Grunde ist es richtig, solche Nachahmungen nicht zu ermutigen.Das heißt aber zugleich, daß sich die Lobpreisungen Honeckers in Grenzen halten sollten. Er hat mehr unter Zwängen, als etwa aus persönlicher Humanität gehandelt.

Auch nach ihrer Befreiung bleibt die Anklage gültig, welche die Sechs in ihrem Brief an Ronald Reagan gegen jenen Staat gerichtet haben, dessen oberster Repräsentant Honecker ist: „Aufgrund unserer inneren Überzeugung ist uns ein Leben in der DDR unmöglich geworden. Die völlige Entmündigung und Unfreiheit der Menschen in der DDR können wir nicht ertragen". Und es bleibt die bittere Wahrheit über die wirklichen Zustände in der „DDR", wenn die Sechs in ihrem Brief die Flucht in die US-Botschaft wie folgt begründeten: „Nach jahrelangen Bemühungen,persönlichen Entbehrungen und Gefängnisstrafen haben wir immer noch keine Aussicht, aus der DDR entlassen zu werden".

Bei dieser Sachlage kann man sich, wie Richard von Weizsäcker, sehr wohl über die „geräuschlose Vernunft" freuen, die das glückliche Ende dieses Ausbruchs aus den Fängen der „DDR"-Sicherheitsorgane möglich gemacht hat. Der Anteil der Amerikaner daran ist, so weit Einzelheiten bisher bekannt sind, nicht hoch genug einzuschätzen.Ganz und gar unmöglich ist es jedoch, den Standpunkt hinzunehmen, den Klaus Bölling, einst Schmidt-Vertrauter und Ständiger Vertreter Bonns in Ost-Berlin, öffentlich zum besten gibt. Die Art der Sechs, meint er, ihre Ausreise zu erzwingen, sei bei allem Verständnis der Motive nicht die richtige; denn hier seien zwei Regierungen


Was hilft den Bedrängten am meisten? - Freikauf-Vermittler Wolfgang Vogel, Ost-Berlin

FOTO: KLAUS MEHNER

unter Druck gesetzt worden. Dem ist entgegenzuhalten:

- Das Recht eines jeden Menschen auf persönliche Freiheit geht allen Bedürfnissen von Regierungen in Ostund West, von niemand unter Druck gesetzt zu werden, vor.

- Wenn die „DDR" Deutschen die Freizügigkeit im eigenen Vaterland verwehrt, wenn sie dieses Menschenrecht mit Gefängnisstrafen unterdrückt, dann sollten wir auf der Seite unserer schickanierten Landsleute stehen.

Man kann es Bölling zugute halten, daß nicht er die Schlaumeierei erfunden hat, die Verstöße gegen die Menschenrechte im Sowjetblock, vor allem aber in der „DDR", nicht mehr laut und deutlich beim Namen zu nennen. Die Spekulation, auf geräuschlose Art mehr für bedrängte Menschen erreichen zu können, wird durch die Erfahrung nicht überzeugend gestützt. Im Jahre 1977 griff der damalige Präsident Frankreichs, Giscard, den US-Präsidenten Carter hart an, weil dieser mit seiner klaren Sprache über die Menschenrechte Breschnew irritiere, eine ideologische Dimension in das Ost-West-Verhältnis bringe und die Abrüstungsgespräche belaste.Giscard sah die Entspannung gestört und reklamierte einen Verhaltenskodex, der angeblich zu Kissingers Zeiten zwischen den USA und der Sowjetunion geherrscht haben soll. Die Wahrheit ist, daß sich Nixon und Breschnew 1972 in Moskau auf einen solchen Verhaltenskodex der beiden Supermächte zur Vermeidung eines Atomkrieges feierlich verpflichtet hatten, die Sowjetunion jedoch diesen löblichen Vorsatz schon 1973 brach, indem sie aus Anlaß des von ihr mitverschuldeten Yom-Kippur-Krieges den Konflik mit den USA auf die Spitze beidseitiger Mobilisierung der strategischen Atomstreitkräfte trieb.

Glaubt Bölling tatsächlich, Sacharow wäre mit Stillschweigen besser zu helfen als mit dem Aufschrei der Weltöffentlichkeit? Glaubt er, die aus der evangelischen Kirche heraus protestierenden Friedensfreunde in der „DDR" wären vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane Honeckers wirksamer geschützt, wenn die Presse in der Bundesrepublik kein Wort für sie fände? Meint er wirklich, Honecker hätte jetzt die Sechs so schnell in die Freiheit entlassen, wenn er keinerlei Geräuschentfaltung im Westen hätte befürchten müssen?

IM GESPRÄCH Ruben Paredes

Panamas dritter Kandidat

Von Günter Friedländer


Wirbt um die Stimmen der Nichtwähler: Ruben Dario Paredes

FOTO: AP

Der Vater nannte seinen Sohn nach dem mittelamerikanischen Poeten Ruben Dario, der als Begründer des „Modernismus" die spanische Literatur von Lateinamerika aus in die Neuzeit führte. Aber Ruben Dario Paredes (49) wurde kein Dichter, sondern Soldat. Dabei fiel ihm die Rolle eines politischen Erneuerers in Mittelamerika zu, als er eine Politik völliger politischer Unabhängigkeit mit der Freundschaft für die USA verband, in denen er den natürlichen Verbündeten Zentralamerikas sieht. Nachdem das Souveränitätsproblem am Panamakanal gelöst war, fand er Formeln, die militärische Anwesenheit der USA zur Sicherung der Verteidigung des Kanals zu verlängern. Als politischer Erbe des Architekten der panamaischen Revolution, General Omar Torrijos, hatte er die Autorität, eigene neue Wege zu gehen.

Als er nach 26 Dienstjahren die Nationalgarde verlassen mußte, schloß er mit deren Offizieren und seinem Nachfolger Noriega ein Gentlemen-Abkommen: Er würde als Kandidat des Torrijismus bei den kommenden Wahlen Panamas Präsidentschaft suchen und das Land zur Demokratie zurückführen, in dessen Politik die Nationalgarde nicht mehr eingreifen sollte.

Nicht alle waren Gentlemen: Die Garde ließ ihn wenige Wochen später fallen. Panamas Präsident rächte sich für Demütigungen, die er von dem eigenwilligen General hatte einstekken müssen, der in der Vergangenheit über seinen Kopf hinweg ihm nicht zukommende politische Entscheidungen gefällt hatte: Er entließ alle Paredes ergebenen Minister. Gleichzeitig erzwang die Nationalgarde ein neues Gesetz, das ihre nach einer kurz vorher angenommenen Verfassungsreform schon verloren geglaubte dominierende Stellung stärker denn je machte. Der verratene General verzichtete auf seine Kandidatur, um den Wahlkampf „von Haß, Rachdurst und Verbitterung" freizuhalten.

Nun aber überraschte der General die Öffentlichkeit mit einem Abkommen, das ihn zum Präsidentschaftskandidaten der Nationalistischen Volkspartei (PNP) macht, und warf die Rechnung der Politiker über den Haufen. Er wird den Torrijistas, die ihn ja ursprünglich als Kandidaten haben wollten, Stimmen wegnehmen und auch bei denen Anhänger finden, die nur halbherzig den greisen Arnulfo Arias unterstützen.

Paredes will viele der 40 Prozent Panamaer gewinnen, die meistens nicht wählen. Manche werden in ihm den Mann sehen, der die Nationalgarde in Schranken halten kann. Von den Offizieren verraten worden zu sein, wird nun zu einem politischen Kapital: Lateinamerikaner haben etwas für verratene Helden übrig. Der Ausgang der für den Mai geplanten Wahlen ist nun wieder vollkommen offen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Das Bonner Blatt schreibt zum raschen Ende der Ostberliner Asyl-Affäre:

Der diplomatische Manövrierraum war gering. Denn die bedingungslose „Auslieferung" der sechs DDR-Bürger durch die Amerikaner wäre nach mehr als sechzig Stunden des Bedenkens und Verhandelns nicht vorstellbar gewesen. Und auf die Bedingungen der Straffreiheit in diesem Fall versuchter „Republikflucht" hätte die DDR, ohne die eigene Staatsraison öffentlich ad absurdum zu führen, eigentlich nicht eingehen können. Daß sie dennoch bereit war, die Flüchtlinge ziehen zu lassen, mag die Gründe haben, die zur Veröffentlichung nicht taugen. Aber das Ende des Alptraumes einer auch für die DDR peinlichen Wirklichkeit war offenkundlich den Preis wert.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zur Abschiebung der Flüchtlinge aus der US-Botschaft in Ost-Berlin:

Daß der Staatsratsvorsitzende und Parteichef die komplizierte Angelegenheit selber in die Hand genommen hat, beweist die Einschaltung von Rechtsanwalt Vogel, der als enger Vertrauter des SED-Vorsitzenden die Freikäufe von Häftlingen und Verfolgten arrangiert. Aber diesmal kam es Honecker sicherlich nicht auf harte Devisen an. Er stand vor der schwierigen Aufgabe, innen- wie außenpolitisch sein Gesicht zu wahren.

NÜRNBERGER Nachrichten

Das Blatt merkt zur Asyl-Affäre an:

Die DDR-Behörden haben gehandelt, bevor der Fall für Ost-Berlin zum Skandal und für den zaghaft wiedereinsetzenden Ost-West-Dialog zur Belastung werden konnte. . . . Was die Entscheidung sicher positiv beeinflußt hat, war die sowohl in Bonn als auch in Ost-Berlin vorhandene Befürchtung, die Affäre könne neue Störungen auslösen.

THE TIMES

Die Zeitung aus London schreibt zur Israel-Reise Kohls:

Wenn Kanzler Kohl in Israel ankommt, wird er am Anfang eines fünftägigen Besuchs stehen, der sowohl für Westdeutschland als auch für Israel von beträchtlicher moralischer und symbolischer Bedeutung ist. Er wird alle seine diplomatischen Fähigkeiten erfordern. Denn so sehr auch Bonn seine politischen Beziehungen zu Jerusalem als nicht verschieden von denen zu anderen befreundeten Ländern betrachten möchte, so sind sie doch besonderer Natur und werden das auch für lange Zeit bleiben.

TAGESANZEIGER

Für die in Zürich erscheinende Zeitung kamen die erneuten Unruhen in Marokko nicht unerwartet:

Zum massiven Aufruhr hat zweifellos die „Brotpreisrevolte" in Tunesien beigetragen, in der sich das Volk durchgesetzt hat. Doch damit sind die Vergleiche mit Tunesien schon erschöpft, denn Marokkos Lage ist weit dramatischer: 8 Millionen der 20 Millionen Einwohner leben in absoluter Armut . . . Weil die politischen und sozialen Organisationen direkt vom Willen des Monarchen abhängig sind, richtete sich der Unmut der Bevölkerung nun immer unverhüllter gegen den König selbst. Kaum jemand macht sich Illusionen: Mit der Person des Königs würde auch die ganze von ihm aufgebaute Fassadendemokratie verschwinden und das Feld für abenteuerliche Lösungen frei.

Der Mann von gestern, der seine Zukunft verspielte

Die Schwanengesänge des britischen Nationalisten Enoch Powell / Von Fritz Wirth

Auch die Politik bedarf der Außenseiter und Hofnarren,der Leute mit einem Spürsinn für Fettnäpfchen, für Provokationen, für's Unerhörte. Die Briten, mit ihrem besonderen Sinn für Humor und Zynismus, leisten sich gleich eine ganze Managerie dieser Spezies.

Arthur Scargill, beispielsweise, den Chef der Bergarbeiter, der nimmermüde von der Revolution der Arbeiterklasse tagträumt, oder Ken Livingstone, den Herren der Londoner Stadtverwaltung, der regelmäßig von der anderen Seite der Themse Frau Thatcher marxistische Grüße ins Haus schickt. Oder Tony Benn, der mit sehr linkslastigem Vokabular selbst seine eigene Labour-Party in Verlegenheit bringt oder eben Enoch Powell, der sich mit seinen politischen Denkübungen in den letzten 15 Jahren um Ministerämter, Parteizugehörigkeit und langjährige Freundschaften gebracht hat.

Sie alle sind sehr respektable Figuren und niemand ist es mehr als Enoch Powell. Selbst seine ärgsten Gegner vermögen nicht über ihn zu sprechen, ohne sich zunächst vor dem bemerkenswerten Intellekt dieses Mannes zu verbeugen. Es gibt halt nicht viele britische Politiker, die griechische Gedichte schreiben, Deutsch mit dem feierlichen Vokabular eines Goethe sprechen, es im Krieg bis zum Generalmajor brachten und später von ihrem politischen Ziehvater, in diesem Fall „Rab" Butler, das Zeug zum Premierminister attestiert bekamen.

Keiner der genannten vier Männer verfügt über nennenswerte politische Macht. Ihre schärfste und für sie zugleich frustrierendste Waffe ist das Wort, und niemand bedient sich dieser Waffe so virtuos wie Enoch Powell. Er beherrscht die Kunst, sich ohne Macht und Einfluß im politischen Gespräch zu halten, weil er gekonnter als andere das Wort mit dem Schock verbindet.

Beispielsweise, indem er öffentlich die Königin attackiert. So nörgelte er, mit fast vierwöchiger Verspätung, kürzlich an der Weihnachtsrede der Queen im Fernsehen herum, in der die Königin im ausführlichen Gespräch mit der indischen Ministerpräsidentin Ghandi zu besichtigen war. Sie habe in dieser Botschaft mehr Interesse für andere Commonwealthländer denn für die eigene Nation gezeigt, mäkelte Powell. Und da er selbst Mitglied des Kronrats und damit ein Berater der Königin ist, nahm er die Königin aus der Schußlinie seiner Kritik heraus und zielte direkt auf jene Minister, die ihr die Weihnachtsbotschaft angeblich schreiben, obwohl bekannt ist, daß sie bei diesen Weihnachtsbotschaften nicht die Hand mit im Spiel haben. Wie auch immer: Powell erreichte sein Ziel. Die Zeitungen räumten ihm Platz auf Seite 1 ein und bemühten die Leitartikler.

Was steht hinter dieser Kritik Powells? Zielscheibe sind nicht die Queen und nicht einmal ihre angeblichen ministeriellen Redenschreiber. Sie sind lediglich Vehikel seiner Attacke. Gemeint sind vielmehr die gleichen Minderheiten, deren Existenz und wachsende Zahl Powell schon vor 15 Jahren Anlaß zur Horrorvision gaben, daß es einst „Ströme von Blut" ihretwegen geben werde: die farbige Minderheit des sogenannten „neuen Commonwealth" in Großbritannien.

Vor 15 Jahren veranlaßte diese Attacke den damaligen Oppositionsführer Edward Heath, zu Powell auf Distanz zu gehen und ihn aus seinem Schattenkabinett zu entfernen. Heute reagierten Frau Thatcher und ihre Minister wortlos. Enoch Powell ist zum Propehten der falschen und fragwürdigen Visionen, zum Feldzügler der „lost causes" geworden.

Nach seiner Rassenrede des Jahres 1969 machte er den britische EG-Beitritt zum Thema seines Nationalismus und überdrehte dabei so sehr, daß er als ehemaliger konservativer Kabinettsminister 1974 den britischen Wählern den Rat gab, Labour zu wählen. Er mußte die Tories verlassen und fand politischen Unterschlupf im harten und unbeugsamen Konservativismus der nordirischen Protestanten. Sein Europa-Feldzug scheiterte, als sich Labour im letzten Jahr entschloß, den bisher angestrebten Auszug aus der EG aus dem Wahlprogramm zu streichen.

Zum gleichen Zeitpunkt versuchte sich Powell zum Wortführer eines neuen Anti-Amerikanismus in Großbritannien zu machen. Die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten die letzte und beste Hoffnung für die Menschheit seien, nannte er eine Legende und stellte sie in Kontrast zu sowjetischer Friedfertigkeit mit der Behauptung, daß sich mit Ausnahme Afghanistans heute kein sowjetischer Soldat auch nur einen Zentimeter jenseits jener Grenzen befinde, hinter denen die Sowjets im Jahre 1948 standen. Als gäbe es heute keine sowjetischen Soldaten in Vietnam, der Mongolei, Äthiopien oder Kuba.

Das alles summiert sich immer mehr zum Schwanengesang eines einst hochtalentierten Politikers. Ein Mann von gestern, der seine Zukunft verspielte. Ein Visionär, der an den engen Horizonten seines Klein-Engländertums hängen blieb.

Der „Prellbock“ weicht aus der Gefahrenzone

Ihr Stern ging auf, als sich über der Partei ein schweres Gewitter zusammenbraute: Bei der FDP wird anerkannt, daß Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer nicht unwesentlich zum Wahlerfolg im März 1983 beitrug. Dennoch: Sie gibt ihr Amt ab. Hinter der „Amtsmüdigkeit“ indes stecken Differenzen mit Parteichef Genscher.

Von STEFAN HEYDECK

Ich werde kein Karriereweib. Im Gegenteil.“ Das hatte Irmgard Adam-Schwaetzer selbstbewußt im Oktober 1980 nach den Bundestagswahlen verkündet. Damals war sie zu ihrer eigenen Überraschung im zweiten Anlauf – nach 1976 – über den eigentlich aussichtslosen Platz 14 der nordrhein-westfälischen FDP-Landesliste ins Bonner Parlament eingezogen. Tatsächlich aber verlief der politische Weg der promovierten Apothekerin und früheren Managerin eines Kölner Pharma-Konzerns bisher fast unaufhaltsam steil nach oben.

Jetzt zeichnet sich in ihrer Laufbahn ein Knick ab: Die 41jährige Generalsekretärin will auf dem Parteitag der Liberalen Anfang Juni in Münster nicht wieder für dieses Amt kandidieren.

Das hatte sie FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, der nach der Satzung allein den Generalsekretär zur Wahl vorschlägt, vertraulich schon zwischen Weihnachten und Neujahr angekündigt.

Indiskretion aus den eigenen Reihen

Trotz der vereinbarten Vertraulichkeit mußte sich bereits am letzten Montag die FDP-Führung unfreiwillig mit der Rücktrittsabsicht der „Generalin“ befassen. Deren Festlegung war zielgerichtet in die Öffentlichkeit lanciert worden, und zwar von Gegnern aus den eigenen Reihen.

So vermeldete der „Spiegel“, daß Genscher Kritik an ihr nach außen hin zwar abwehre und sie als „Sympathieträgerin“ bewerte. Aber: „Intern wurde der Vorsitzende deutlich: ‚Sie hat noch eine steile Karriere vor sich‘ – dabei (so der „Spiegel“ weiter) zeigte er mit der Hand schräg nach unten.“ Es kam daraufhin die Frage auf, ob eine Intrige bewußt gestartet worden war, sogenannte „offene Rechnungen“ beglichen werden sollten.

Allerdings telefonierte Genscher prompt schon am Sonntag, bevor das Magazin an den Kiosken war, alle erreichbaren Präsidiumsmitglieder an. Er stellte die ihm zugeschriebenen Negativ-Meldungen über „FDP-Irmgard“ (so „Bild“) energisch und ausdrücklich in Abrede. Schmülling ließ er am nächsten Tag erklären, daß die Generalsekretärin auch in Zukunft Mitglied der Führungsmannschaft sei und in der Partei weiter eine wichtige Rolle spielen solle.

Denkbar ist, daß er ihr einen der drei Beisitzerposten im neunköpfigen Präsidium anbietet. Denn im Thomas-Dehler-Haus in Bonn gehen in diesen Tagen immer wieder Anrufe aus Kreis- und Bezirksverbänden und sogar aus Ortsvereinen ein, die sich gegen die Mandatsniederlegung wenden.

Allerdings war „hinter vorgehaltener Hand“ sogar aus der Parteispitze heraus versucht worden, die Noch-Generalsekretärin für die NRW-Landtagswahlen 1985 als Spitzenkandidatin „wegzuloben“. Das für den Fall, daß Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zurücktreten müßte, Genscher dessen Amt übernehmen würde und der NRW-Landesvorsitzende, Staatsminister Jürgen Möllemann, Außenminister werden sollte. Hier hat jedoch Irmgard Adam-Schwaetzer bereits eindeutig abgewinkt.

Von der FDP-Führung wird offiziell dementiert, daß hinter dem Verzicht auf eine zweite Amtszeit als Generalsekretärin private oder politische Gründe stehen. Welche denn dann? fragt sich der überraschte Beobachter. Tatsächlich ist Irmgard Adam-Schwaetzer wegen ihrer hohen Arbeitsbelastung und der vielen Dienstreisen von ihrem Mann schon seit geraumer Zeit zu dem jetzt bekanntgewordenen Schritt gedrängt worden. So ließ Wolfgang Adam sie im letzten Oktober sogar von der Polizei suchen, weil sie wegen kurzfristiger zusätzlicher Verpflichtungen nicht nach Hause nach Düren gekommen war und er sie in der Bonner Zweitwohnung nicht erreichen konnte. Der Vorgang war einer Boulevard-Zeitung sogar eine Schlagzeile wert.

Verstärkt wurde die nunmehr bekannte „Amtsmüdigkeit“ dadurch, daß es zwischen der Generalsekretärin und ihrem Parteivorsitzenden, die eigentlich engstens und vertrauensvoll zusammenarbeiten sollten, seit etwa Mai nicht unerhebliche Spannungen gibt. In der ersten Jahreshälfte 1983 waren interne Überlegungen der Parteispitze über die Frage durchgesickert, wer bei einem möglichen Scheitern der FDP bei der Hessen-Wahl vom 25. September die Nachfolge des damals sichtbar angeschlagenen FDP-Chefs antreten könnte.

Dahinter hatte einerseits zu diesem Zeitpunkt ein gewisser Unmut über Genschers Führungsstil gestanden. Andererseits hatte er selbst damals signalisiert, daß wegen der Doppelfunktion als Außenminister und Parteivorsitzender seiner Belastbarkeit Grenzen gesetzt seien. Hatte er doch einige Jahre vorher bereits wegen einer Überbeanspruchung seines Herzens sich vorübergehend und „außer der Reihe“ zurückziehen müssen.

Meldungen über eine „Amtsmüdigkeit“ und eine denkbare Ablösung Genschers als Parteivorsitzender wurden am 6. Mai auf einer Präsidiumssitzung gegenüber der Öffentlichkeit „einmütig“ (nicht einstimmig) und „mit allem Nachdruck“, so Parteisprecher Schmülling, offiziell dementiert. Doch hinter verschlossenen Türen verdächtigte Genscher die Generalsekretärin zu Unrecht, die zu diesem Zeitpunkt zutreffenden Informationen gezielt gegen ihn „gestreut“ zu haben. Spätestens seit diesem Datum war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden zumindest erschwert.

Außerdem gab es immer wieder Meinungsverschiedenheiten um die sogenannten Kleinigkeiten des „Tagesgeschäfts“. Nach Informationen der WELT ging es aber auch um wesentliche Fragen. Zum Beispiel: Ist die FDP zu sehr auf Genscher als Führungs-Persönlichkeit zugeschnitten und läßt er ihr zuwenig Spielraum für eigene politische Initiativen? Oder: Am Abend der Hessen-Wahl mußte die Generalsekretärin als „Mitarbeiterin de Luxe der Bundesgeschäftsstelle“, (so wird inzwischen im Thomas-Dehler-Haus angesichts der sichtbaren Spannungsverhältnisse ironisiert) auf Genschers Anweisung hin stundenlang schweigen und die auf Informationen wartenden Journalisten hinhalten, bis sie endlich als sein „Sprachrohr“ und damit praktisch als aufpolierter „Schmülling-Ersatz“ die Stellungnahme des FDP-Chefs nach vorheriger Ausstrahlung im Fernsehen von ihm abgesegnet verkünden durfte.



Gestörte Eintracht: „General“ Adam-Schwaetzer und Chef Genscher FOTO: SVEN SIMON

Zum Konflikt kam es auch im Vorfeld der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß, Irmgard Adam-Schwaetzer hatte eine breit angelegte Informationskampagne geplant, mit der die Notwendigkeit einer Nachrüstung beim Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden sollte. Genscher lehnte jedoch ab. Er hatte die Befürchtung, daß eine derartige Aktion „aus dem Ruder laufen“ könnte und der gut 80 000 Mitglieder zählenden Partei schaden würde.

„Politisches Ziehkind“ des Grafen Lambsdorff

Solche „Reibereien“ scheinen unverständlich. Denn Genscher hatte Irmgard Adam-Schwaetzer, die erst 1975 in die Partei eingetreten war, für die Liberalen und erst recht die Öffentlichkeit verblüffend als Nachfolgerin für den aus Protest gegen den Bonner Regierungswechsel zur SPD übergetretenen Günter Verheugen „wie das Kaninchen aus dem Hut gezaubert“. Er war durch Lambsdorff, dessen Bezirksverband Aachen sie 1980 geleitet hatte und als dessen „politisches Ziehkind“ sie auch gilt, auf sie aufmerksam geworden.

Für den FDP-Vorsitzenden hatten bei Auswahl von Frau Adam-Schwaetzer vor allem drei Punkte eine Rolle gespielt: Sie ist eine Frau. Sie hatte – obwohl ursprünglich dem sozial-liberalen Flügel zuzurechnen – als einziges weibliches Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion den Wechsel vom 1. Oktober 1982 voll mitgetragen. Sie ist Expertin im Sozialbereich. Gerade dieses Gebiet hatte und hat noch immer wegen der nach wie vor kritischen Haushaltslage einen besonderen politischen Stellenwert. Auf dem Berliner Parteitag im November 1982 wurde Genschers Kandidatin dann mit 200 gegen 161 Stimmen bei 15 Enthaltungen gewählt.

Irmgard Adam-Schwaetzer hat sich für das Amt in erster Linie auch deshalb zur Verfügung gestellt, weil sie damals, „in der Stunde der Not“, der Partei helfen wollte. Es sei zu einem großen Maß ihr Verdienst, heißt es bei der Partei anerkennend, daß die Freien Demokraten wieder aus ihrer „Lethargie“ herausgefunden hätten und trotz aller Angriffe und Kritik mit sieben Prozent am 6. März 1983 wieder den Einzug in den Bundestag schafften.

Vor, aber auch noch nach den Neuwahlen reiste sie als „Prellbock für die Wendefolgen“ (so ihre Umgebung) zu allen Parteigliederungen quer durch die Bundesrepublik. Auf einer Serie von Regionalkonferenzen kümmerte sie sich schwerpunktmäßig um die Verbesserung der Parteiorganisation und -strukturen. Gleichzeitig verdeutlichte damals Lambsdorff genauso vehement landauf und landab die politischen Inhalte.

Neben der Frage der Nachfolge muß sich die Parteispitze jetzt auch mit dem Vorsitz der 31köpfigen Programmkommission befassen, den Irmgard Adam-Schwaetzer seit der Konstituierung am 8. Juni innehat. Sie hatte diesen Posten mit der Absicht übernommen, die Fülle der FDP-Programme zusammenzuschneiden und der Partei ein „unverwechselbares Profil“ zu geben. Allerdings gibt es an der langsamen Arbeit dieses Gremiums durchaus Kritik. Bemängelt wird, daß entgegen der Planung erst jetzt erste Vorschläge „auf den Tisch“ kommen.

Grundsätzlich will die scheidende Generalsekretärin, die diesen Nachholbedarf kennt und über dieses Defizit verärgert ist, weiter in der Kommission mit an „Polit-Rezepten“ kochen.

Kochen tut sie auch in ihrer Freizeit: „Ich koche sehr gern und würze alles mit Kräutern, die ich selbst gezogen habe.“

Hat jetzt sie Genscher die Suppe versalzen? Oder umgekehrt?

Der Nervenkrieg war zu Ende, noch bevor er richtig begann

Im Westen herrscht Zufriedenheit darüber, daß die Flucht von sechs „DDR“-Bürgern in die Ostberliner US-Botschaft ein schnelles, glückliches Ende fand. Ob dafür ein Preis gezahlt wurde, darüber hüllen sich alle Seiten in Schweigen.

Von H. R. KARUTZ

Für „Smileys Leute“ wäre es das Ambiente gewesen, eine beklemmende Ost-West-Grenzlinie: An der Sandkrugbrücke, im bläulichen Spiel von Neonlampen, inmitten altpreußischer Bauten und einer verrotteten Bahnhofshalle mündete das Flüchtlingsdrama von Ost-Berlin in ein gutes Ende. Als die Kolonne der silbrigen Daimler und Volvo am Sonntagabend ohne Halt über die schmale Kanalbrücke in den Sektor rollte, den der „Union Jack“ auf weißem Schild als britischen ausweist, hatten die sechs aus dem Osten den west-östlichen Nervenkrieg gewonnen.

Während Bonns Vertreter in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, in seinem selbst gesteuerten Dienstwagen bald wieder in seine Dienstvilla in Niederschönhausen zurückkehrte, verlor sich die Spur der vier Ostberliner und des Potsdamer Ehepaars im Dunkel der Invalidenstraße.

Eine Brücke zwischen West und Ost

Sie verbrachten die Nacht vermutlich in alliierter Obhut oder im Notaufnahmelager Marienfelde. Wie in solchen Fällen üblich, befragen die Alliierten die Flüchtlinge.

Die Brücke, die sie passierten, war bereits 1983 Schauplatz außergewöhnlicher Szenen: Richard von Weizsäcker fuhr über die Sandkrugbrücke zu Erich Honecker, Udo Lindenberg ließ sich jenseits der Barrieren von seinen Ostberliner Fans herzen. Rechtsanwalt Wolfgang Vogel fährt in seinen humanitären Ost-West-Obliegenheiten hier regelmäßig hinüber. Die sowjetischen Wachsoldaten des Ehrenmals der Roten Armee im benachbarten Tiergarten passieren hier ebenfalls täglich.

Zivile Wagen des Staatsschutzes erwarten hier täglich die „DDR“-Bediensteten der Besucherbüros, die Anträge der Westberliner entgegennehmen. Hier geschah am 12. Mai 1963 einer der grausamsten Mauer-Zwischenfälle, als „DDR“-Grenzer auf die zwölf Insassen eines durchbrechenden Flüchtlings-Busses feuerten. Der Fahrer und ein acht Monate altes Baby starben im durchsiebten Fahrzeug.

Der Ort, der nur für Diplomatenwagen, Westberliner Besucher und taschenschleppende „DDR“-Besucher im Rentenalter zugänglich ist, wird westlicherseits durch eine kleine Zollbaracke markiert. Als am Sonntagabend der Konvoi aus Ost-Berlin auftauchte, hielten die sechs Flüchtlinge die Entlassungsurkunden aus der „DDR“-Staatsbürgerschaft in der Hand – letzter formaler Akt in einem Verfahren, das sie jahrelang vergebens auf dem vorgeschriebenen Weg der „DDR“-Bürokratie zu Ende zu bringen hofften.

- Bernd Macke (28) trat bei den Verhandlungen in der US-Botschaft gleichsam als Sprecher und intellektueller Kopf der Gruppe auf. Der Sohn eines Mitarbeiters des Staatssicherheitsdienstes studierte Kunstgeschichte, bis ihn die Universität wegen eines Ausreiseantrages von der Hochschule wies.
- Jörg Hejkal (23) saß knapp zwei Jahre im Prominenten-Bau II in Bautzen, nachdem er als Flüchtling in Jugoslawien von der Polizei aufgegriffen und über ein benachbartes Ostblockland an die „DDR“ ausgeliefert worden war.
- Der älteste der Flüchtlinge, Bernd Apel (43), machte auf die US-Diplomaten den Eindruck, seelisch und körperlich am stärksten beeinträchtigt zu sein. Er mußte wegen eines Fluchtversuchs 18 Monate in „DDR“-Haftanstalten erdulden.
- Mit am leidenschaftlichsten hatte der 19jährige René Faccin in den vergangenen Jahren um seine Ausreise gekämpft. Als Sohn eines italienischen Staatsbürgers – seine Mutter stammt aus der „DDR“ – erhielt er von der italienischen Botschaft in Ost-Berlin einen italienischen Paß. In dem Dokument ist „Berlino“ als Geburtsort eingetragen. Nach italienischem Recht besitzen Abkömmlinge italienischer Staatsangehöriger zugleich auch deren Staatsangehörigkeit. Die „DDR“ sah dies, wie stets in solchen Fällen, völlig anders, zog Faccin zur Volksarmee ein und nahm den Paß nicht zur Kenntnis. Dem Vernehmen nach floh der 19jährige dann bei einer Musterung aus dem Gebäude eines NVA-Wehrkreiskommandos.
- Das junge Ehepaar Petra und Daniel Klingberg hatte sich seit Jahren vergebens bemüht, auf legalem Wege die Ausreise in die Bundesrepublik zu erhalten.

Als Ausreisewillige in Bonn bekannt

Sämtliche sechs Flüchtlinge befanden sich offensichtlich auf den offiziellen Listen des Innerdeutschen Ministeriums oder waren in Bonn zumindest als Ausreisewillige bekannt. Nur auf diese Weise erklärt sich auch von der Zuständigkeit her das Eingreifen von Rechtsanwalt Vogel, den Honecker aus dem Urlaub anreisen ließ, um den Vorgang, der dem Renommé Ost-Berlins abträglich ist, elegant und im Eiltempo zu bereinigen.

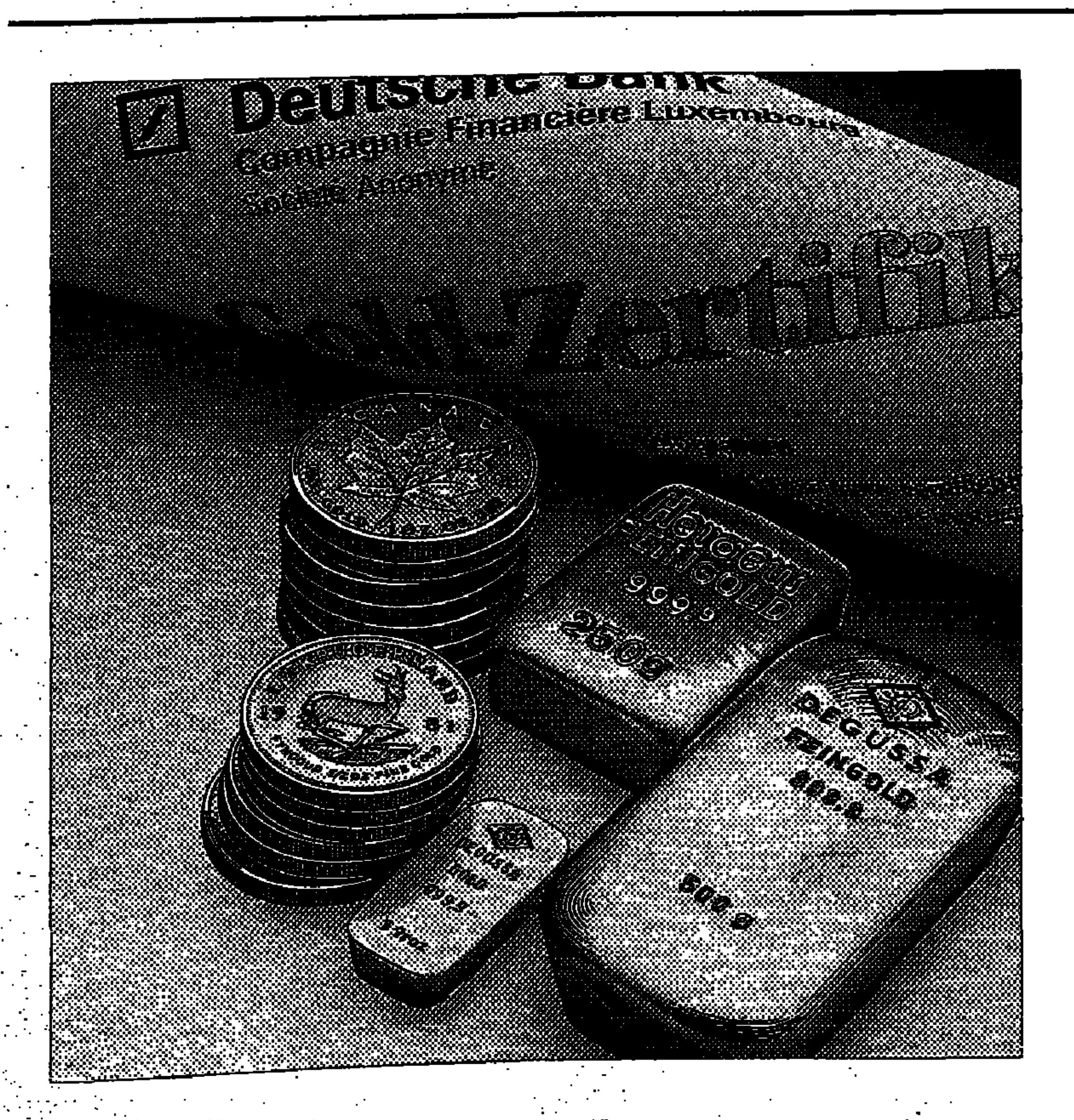
Vor der Ankunft des französischen Außenministers Claude Cheysson am kommenden Donnerstag und dem angesagten Besuch des kanadischen Premiers Pierre Trudeau am 30./31. Januar sollten die West-Medien wohl nichts mehr über diesen Fall zu berichten haben. Das Schweigen der „DDR“-Presse beeinträchtigte den Informationsstand in der „DDR“ selbst nicht – West-TV und -Hörfunk hielten ihre „DDR“-Stammkundschaft auf dem laufenden.

In Berlin herrscht die Meinung, daß ohnedies vor allem der gelungene Versuch der sechs Flüchtlinge, an ihrem Zufluchtsort von Anfang an Kontakt zu West-Korrespondenten herzustellen, ihre Ausreisewünsche an den entscheidenden politischen Stellen in Ost und West förderte.

Am heutigen Dienstag wird das SED-Politbüro auf seiner Wochensitzung den Vorgang debattieren. Erich Honecker fand den Bittbrief der sechs, am Freitag zur Post gegeben, erst gestern auf seinem Schreibtisch. Als alles gelaufen war …



Für die sechs Asylsuchenden das Tor zum Westen: Der Übergang Invalidenstraße in Berlin FOTO: STARK-OTTO



Papst bewirkte Durchbruch im Beagle-Konflikt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Im seit rund 100 Jahren anhaltenden Konflikt um den Beagle-Kanal, die natürliche Wasserstraße zwischen Argentinien und Chile, ist dank fünfjähriger geduldiger Vermittlung des Vatikans der entscheidende Durchbruch zu einer Einigung erzielt worden. Nach einem gemeinsamen Treffen unter Vorsitz von Kardinal Staatssekretär Casaroli paraphierten die Außenminister Dante Caputo (Argentinien) und Jaime del Valle (Chile) gestern im Vatikan eine Friedens- und Freundschaftserklärung, mit der sich die Regierungen in Buenos Aires und in Santiago verpflichten, ihren Streit binnen kurzem beizulegen. Anschließend wurden die beiden Außenminister getrennt vom Papst empfangen.

In Rom gilt nun als sicher, daß die beiden Staaten noch in diesem Jahr einen definitiven Einigungsvertrag vorlegen werden. Bei der Kontroverse geht es um drei im Beagle-Kanal zwischen Feuerland und Kap Hoorn gelegene winzige Inseln, die den Osteingang des Kanals beherrschen und deshalb von großer strategischer Bedeutung sind. Die Gewässer sind dort besonders fischreich, und der Festlandssockel gilt als erdölhaltig.

Ein Schiedsspruch der englischen Krone hatte 1978 die Inseln Chile zugesprochen. Argentinien akzeptierte jedoch nicht, und beide Länder trafen Kriegsvorbereitungen.

Polen: Westen hebt bald Sanktionen auf

rtr, Warschau

Polens Außenminister Stefan Olszowski erwartet, daß der Westen schon bald mit der Aufhebung seiner Sanktionen gegen die Volksrepublik beginnen wird. Der amtlichen Nachrichtenagentur PAP sagte er gestern, er sei zu diesem Schluß gekommen, nachdem er in Stockholm am Rande der europäischen Abrüstungskonferenz mit den Außenministern von acht der 16 NATO-Staaten gesprochen habe. Seine Gespräche mit den Amtskollegen aus der Bundesrepublik, Kanada, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Dänemark, so der Minister, „müßten eigentlich schon bald Früchte in Gestalt eines schrittweisen Verzichts auf die Restriktionspolitik" tragen.

„Koreas Jumbo wich früh vom Kurs ab"

AP, Anchorage

Eine Bodenkontrollstation der US-Luftwaffe in King Salmon (Alaska) hatte eine Kursabweichung des später über sowjetischem Hoheitsgebiet abgeschossenen koreanischen Jumbo-Jets registriert, meldet die „Anchorage Daily News". Über Funk habe der Pilot einige Zeit nach einer Zwischenlandung in Anchorage gemeldet, die Maschine befinde sich direkt über Bethel in Südwest-Alaska. Daraus gehe hervor, daß das Flugzeug zu diesem Zeitpunkt bereits knapp 23 Kilometer vom Kurs abgekommen war. Dieser Sachverhalt sei an die zivile Bodenkontrollstation in Anchorage weitergegeben, doch von den dort tätigen Fluglotsen offenbar nicht beachtet worden.

Meese neuer US-Justizminister

AP/AFP, Washington

Der amerikanische Justizminister William French Smith hat Präsident Reagan sein Rücktrittsgesuch eingereicht, wurde aus Regierungskreisen bekannt. Zur Begründung äußerte Smith, er habe das Gefühl, nach dreijähriger Amtszeit seine Ziele erreicht zu haben.

Smith ist das sechste Mitglied der Regierung Reagan, das seit dessen Amtsantritt am 20. Januar 1981 aus dem Amt ausscheidet. 1982 war Außenminister Alexander Haig wegen Differenzen in der Außenpolitik zurückgetreten. Nachfolger von Smith wird nach Angaben des Präsidialamtes der Berater von Präsident Reagan, Edwin Meese.

Zwei Sowjets baten um politisches Asyl

dpa, Paris

Ein Diplomat aus dem Stab der Handelsmission der sowjetischen Botschaft in Paris und ein dritter Offizier eines aus Rostock nach Rouen gefahrenen sowjetischen Getreidefrachters haben in der vorigen Woche in der amerikanischen Botschaft in Paris um politisches Asyl gebeten. Wie erst gestern bekannt wurde, sind sie inzwischen nach München in ein Auffanglager für Flüchtlinge aus dem Ostblock gebracht worden, wo sie von US-Sicherheitsbeamten vernommen werden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Jerusalem erinnert Kohl an Wilhelms hohes Pferd

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die 50 Kilometer lange Fahrt vom Ben-Gurion-Flughafen zum King-David-Hotel in Jerusalem wird den Bundeskanzler nach dessen Ankunft um 14.00 Uhr am heutigen Dienstag an einer ganzen Reihe von Stätten vorbeiführen, bei denen die Geschichte von Christi Geburt bis zur Neuzeit wieder lebendig wird.

Der Flughafen selbst gehört zur Stadt Lod, dem biblischen Lydda, eine jüdische Stadt in der Antike und auch Geburtsort von St. George, dem Schutzheiligen Englands. Er ist auch in der dortigen Kreuzfahrerkirche begraben, deren Errichtung König Richard Löwenherz zugeschrieben wird.

Schon die Apostelgeschichte erwähnt, daß Petrus die frühchristliche Gemeinde hier besuchte. Etwa auf halbem Weg zur Hauptstadt kann der Bundeskanzler zu seiner Linken die Ruine von Emmaus erblicken. Dort soll, wie es bei Lukas heißt (XXIV, 13–31), der auferstandene Christus zweien seiner Jünger erschienen sein.

Auch die deutsche Geschichte wird bei der Vorbeifahrt an Emmaus gestreift: Fünf Jahre bevor er seine Legionen im Teutoburger Wald verlor, siegte hier der spätere römische Oberbefehlshaber und Statthalter in Germanien, Varus, im Krieg gegen den Diadochenkönig Antiochus IV.

Zur Rechten, gegenüber Emmaus', liegt das berühmte Trappistenkloster Latrun, ursprünglich von den Tempelrittern im 12. Jahrhundert erbaut. Nach der Überlieferung ist dies die Heimat der zwei „guten Diebe" (Boni Latrones), daher angeblich der Name Latrun. Von hier aus sieht man auch die Ebene von Ayalon, in der, wie es Josua schildert (Kapitel 10, Vers 12), Gott das Gebet des israelitischen Heerführers Josua erhörte und Sonne und Mond stillstehen ließ, bis die Israeliten ihre Angreifer zurückgeschlagen hatten.

Zwanzig Kilometer vor Jerusalem wird die Kolonne des Bundeskanzlers eine schmale Schlucht durchfahren, „Sha'ar Hagai" (Tor des Tales). Der Name ist berechtigt. Es handelt sich um einen vier Kilometer langen strategischen Bergpaß, der die Zufahrt nach Jerusalem vom Westen her beherrscht.

An den Abhängen zu beiden Seiten der Schlucht liegen ausgebrannte Panzer aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948. Das waren die Fahrzeuge, mit denen die damals noch schwache israelische Armee die arabische Blockade Jerusalems zu durchbrechen versuchte. Dies mißlang damals trotz schwerer Opfe Das ausgehungerte Jerusalem war schon verzweifelt, als die Armee auf Ben Gurions Geheiß in fieberhafter Arbeit eine Umgehungsstraße aus dem Gestein heraushackte. Die Stadt war gerettet.

Rechts von Sha'ar Hagai liegt der „Wald der Märtyrer". Er enthält sechs Millionen Bäume, einer für jeden Toten des Holocaust. Morgen vormittag will Kohl zum Auftakt seines sechstägigen Besuches zum Mahnmal „Yad Vashem" für die Opfer des Holocaust, das in Jerusalem errichtet wurde, fahren.

Vom „Wald der Märtyrer" dauert es noch einmal 15 Minuten, bis der Bundeskanzler in Jerusalem angekommen sein wird. Die heiligen Stätten der drei großen Welt-Religionen Judentum, Christentum und Islam im Ostteil der Stadt wird er aber erst am Samstag besuchen. Dieser Besuch am Wochenende gilt dann als „privat", offenbar um unnötige Komplikationen zu vermeiden.

Von der Stadtgrenze Jerusalems führt der Weg durch die südlichen Bezirke zum King-David-Hotel. Insgesamt wurden zwei Etagen des Hotels für die deutsche Delegation reserviert. Kohl wird hier auch seinerseits am Mittwochabend zu einem Staatsbankett laden, mit dem er das heute abend stattfindende Bankett des israelischen Ministerpräsidenten Shamir beantwortet.

Von seinen Fenstern in der königlichen Suite des King-David-Hotels wird Kohl eine der faszinierendsten Aussichten der Welt bewundern können: die Altstadt Jerusalems mit der großen Mauer, die von Sultan Suleiman dem Prächtigen im 16. Jahrhundert erbaut wurde. Nur eines der sieben Tore kann man sehen, das Jaffa-Tor mit seiner Bresche, die den Kanzler an einen Deutschen im 19. Jahrhundert erinnern wird. Denn diese entstand, als der obere Bogen des Stadttores heruntergerissen wurde, damit Kaiser Wilhelm II. anläßlich seines Besuchs in der Heiligen Stadt 1898 nicht vom Pferd steigen mußte, um die Altstadt zu betreten.

Appell an Gründerländer

CSU: Sie tragen besondere Verantwortung für EG

PETER SCHMALZ, München

Die CSU appelliert an die sechs Gründerländer der Europäischen Gemeinschaft, in gesonderten Verhandlungen den europäischen Grundgedanken auch dann zu sichern, wenn weitere Mitglieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Derartige Gespräche seien notwendig, um den Europazug in Bewegung zu halten, wenn nun weitere Wagen angehängt werden und die Geschwindigkeit sich verringern wird, erklärte der CSU-Spitzenkandidat Fritz Pirkl nach der gestrigen Sitzung des CSU-Landesvorstands in München.

Das Parteigremium billigte den Entwurf eines 20 Punkte umfassenden Grundsatzprogramms zur Europawahl, das am 11. Februar auf einem „Kleinen Parteitag" in Augsburg offiziell verabschiedet werden soll. Zu den Kernpunkten zählen Forderungen zu einer europäischen Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang verwies Pirkl auf das besondere Europa-Interesse der CSU, die als erste Partei kurz nach ihrer Gründung „die europäische Dimension" in ihr Parteiprogramm aufgenommen habe.

Mit 6,5 Millionen Mark will CSU-Generalsekretär Gerold Tandler in die Europawahl ebensoviel investieren wie in die letzte Bundestagswahl, dennoch wird in der bayerischen Regierungspartei eine geringe Wahlbeteiligung befürchtet: Der Wahltermin 17. Juni liegt in Bayern in den zweiwöchigen Pfingstferien. Pirkl: „Unsere Hauptaufgabe wird es deshalb sein, den Wahlgang als eine staatsbürgerliche Verpflichtung herauszustellen." Zu diesem Wahltermin muß Strauß auch zwei wichtige Personalentscheidungen fällen: Pirkl wird als bayerischer Sozialminister (seit 1966) ausscheiden, als Nachfolgefavorit gilt der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber.

Bis zum Juni muß auch das Generalsekretärsproblem gelöst werden, nachdem Tandler dem CSU-Vorsitzenden eindringlich erklärt hat, er werde dieses Amt längstens bis zur Europawahl kommissarisch ausüben und sich dann wieder uneingeschränkt auf den Vorsitz der Landtagsfraktion konzentrieren. Strauß billigt diese Haltung und meinte gestern, er habe nie daran gedacht, Tandler diese Doppelfunktion auf Dauer zuzumuten, obwohl er ihn für jedes dieser Ämter gleichermaßen qualifiziert halte.

Ob Otto Wiesheu nach seinem Alkoholunfall, bei dem der Fahrer eines anderen Wagens ums Leben kam, wieder in sein Amt zurückkehren kann, will Strauß erst dann entscheiden, wenn die Anklageschrift bekannt und ein Urteilstenor erkennbar ist. In CSU-Kreisen rechnet man aber mit einem Urteil, das eine Rückkehr Wiesheus ausschließt. Über die Nachfolge hat Strauß bereits mit Thomas Goppel gesprochen, dem jüngsten Sohn von Ex-Ministerpräsident Alfons Goppel, eine Entscheidung ist aber auch hier noch nicht gefallen.

Palme redet von „Erfolg"

Auch Arbatow ist mit Ergebnis von Rom zufrieden

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein einjähriges Moratorium in der Atomrüstung hat die von dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme geleitete Internationale Kommission für Probleme der Abrüstung und der Sicherheit auf einer Tagung in Rom den beiden Supermächten vorgeschlagen. Auf der gleichzeitig in der italienischen Hauptstadt tagenden Nord-Süd-Kommission, deren Präsident Willy Brandt ist, stieß dieser Appell auf den entschiedenen Widerstand des ehemaligen britischen Premierministers Edward Heath.

Dem Appell an die Supermächte hatten in der Palme-Kommission sowohl der ehemalige amerikanische Chefdelegierte bei den SALT-II-Verhandlungen, Paul Warnke, als auch Andropows Abrüstungsberater Giorgi Arbatow zugestimmt. Er sieht vor, daß die USA und die UdSSR ein Jahr lang keine neuen Atomwaffen mehr installieren. Heath bezeichnete den Vorschlag als „unannehmbar". Er laufe darauf hinaus, die bereits installierten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjetunion hinzunehmen und die amerikanische Nachrüstung zu verhindern.

Palme setzte sich über diese Einwände hinweg und bezeichnete die römische Sitzung als Erfolg: „Zum ersten Mal ist in einem internationalen Gremium ein konkreter Vorschlag (in der Euro-Raketenfrage) von beiden Seiten, von der Sowjetunion und von den USA, akzeptiert worden." Palmes Kommission wiederholte auch ihren alten Vorschlag zur Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa.

Arbatow, der Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU ist, erklärte sich „sehr befriedigt" vom Ergebnis der römischen Tagung. Sie habe dazu beigetragen, die öffentliche Meinung zu sensibilisieren.

Die Affären haben dem MAD das Selbstvertrauen genommen

Seit der Gründung 1956 ist die Stellung des Militärischen Abschirmdienstes umstritten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ein Nachrichtendienst soll im Verborgenen arbeiten. So ist er am wirksamsten. Das, was in diesen Tagen dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr im Zusammenhang mit der „Affäre Kießling" widerfährt, geht an die Substanz, schadet der Motivation und Leistungsbereitschaft seiner Mitarbeiter. So drückt es jemand aus, der viele Jahre Erfahrung im MAD hat und weiß, daß die öffentliche Aufregung über den Dienst, für den er tätig ist, nur der gegnerischen Seite wirklich nützt. Und mit einem gewissen Sarkasmus fügt der MAD-Mann hinzu, es sei schon sehr merkwürdig „mit uns Deutschen: Wir finden nicht zu einem normalen Verhältnis zu einer Organisation, ohne deren Arbeit den Gegnern der Streitkräfte, ob sie nun außer Landes sitzen oder bei uns selbst, Tür und Tor zur Bundeswehr offen wären." In anderen Armeen gehöre es zu „Karriere und Ehre", zwischen Nachrichten- und normalem Truppendienst hin und her zu pendeln. In der Bundesrepublik kann davon nach all den Affären, in denen die Arbeit des MAD grell beleuchtet worden ist, kaum mehr die Rede sein. Es wird Jahre dauern, sagt der Mann, bis „sein" Dienst wieder konsolidiert sein wird.

Die Anfänge des MAD reichen zurück bis in die ersten Tage der Bundeswehr. Die Aufgaben, deren Bewältigung ihm damals übertragen wurden, unterscheiden sich von den heutigen um keinen Deut. Sie ranken sich um drei Begriffe. Es geht um die Abwehr von Spionage, Sabotage und Zersetzung. Jede Armee ist solchen Angriffen ausgesetzt, besonders natürlich die Bundeswehr, die Teil des demokratischen Staates ist. Teil also eines offenen Gemeinwesens, in dem die Gegner der Freiheit diese genau so nutzen, um diese zu beseitigen, wie die Mehrheit der Bürger, um sich wohl zu fühlen.

Eine kleine Gruppe von Mitarbeitern bildete 1956 die Anfänge des MAD, „hochengagierte Leute", wie sich einer von ihnen erinnert. In den Gründerjahren umgab den Dienst der Ruch des Geheimnisvollen. Selbst Soldaten wußten wenig von ihm. Er versuchte, nach Möglichkeit ohne viel Aufhebens, die ihm gestellten Aufträge zu erledigen. Mit ihm Bekanntschaft machten demnach nur solche Soldaten, die ihm „Tips" gegeben hatten, und solche, die in den Verdacht von Sicherheitsbedenken geraten waren.

Ursprünglich dachten die Gründer der Bundeswehr auch an die Aufstellung einer eigenen Polizei für die Streitkräfte mit allen Befugnissen der „normalen" Polizei von der Verkehrslenkung bis zur Verfolgung von Straftaten in den Kasernen. Dieser Plan indes scheiterte an der Weigerung der Bundesländer, die ihre Polizeihoheit in Gefahr wähnten. Übrig blieb von den Bundeswehr-Plänen schließlich nur die Aufstellung der Truppe der Feldjäger. Kriminalpolizeiliche Aufgaben in den Kasernen oblagen der zivilen Polizei. Und so ist es auch heute.

Der MAD, manchmal auch verniedlichend „Werkschutz" der Streitkräfte genannt, hat sich seit den Aufbaujahren bis heute zu einer festgefügten Organisation entwickelt, deren Stellung in der Struktur der beiden ande-

DIE ● ANALYSE

ren Nachrichtendienste – der Bundesnachrichtendienst (BND) für die Aufklärung im Ausland zuständig und der Verfassungsschutz für die gleiche Aufgabe im Inland – noch umstritten ist. Dies hat recht praktische und großenteils negative Folgen für ihn, denn es gibt auch gegenwärtig niemand in der Bundesregierung, der sich für eine langfristig koordinierte Personalpolitik zur Besetzung der Spitzenämter der drei Dienste verantwortlich fühlt. Dies mag, wenn auch nicht der entscheidende, so doch ein wichtiger Grund für die immer wieder aufkommenden Mängel der MAD-Arbeit sein.

Über viele Jahre hin hat die SPD die Verantwortung für die Besetzung des Chefs des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw) zu tragen, das die Arbeit der regionalen MAD-Gruppen von Köln aus steuert, überwacht und mit den anderen Staatsschutzorganen der Bundesrepublik koordiniert. Brigadegeneral Behrendt, seit Oktober 1983 der Amtschef, wurde noch von Wörners Amtsvorgänger auf der Hardthöhe, Apel, auf diese Position gesetzt.

Der damalige Amtsstellvertreter, Kapitän zur See Konrad Koch, schrieb im Januar 1976 über die Aufgaben des Dienstes: „Der MAD hat den eindeutigen Auftrag, gegen die Bundeswehr gerichteten Angriffen fremder geheimer Nachrichtendienste und sicherheitsgefährdender politisch motivierter Kräfte vorbeugend und abwehrend zu begegnen und der politischen und militärischen Führung ein Lagebild zu vermitteln." Im einzelnen verlangt das die Sicherheitsüberprüfung von Angehörigen der Bundeswehr, die wie im Fall Kießling manchmal zu Sicherheitsbedenken für den Umgang mit Verschlußsachen führen kann. Weiter geht es um die Beratung der Kommandeure und Dienststellen der Bundeswehr bei der Absicherung, um die Klärung von Sicherheitsvorkommnissen auf dem Gebiet von Spionage, Sabotage und Zersetzung, sowie schließlich die Realisierung von regelrechten Abwehroperationen.

Jährlich hat der MAD rund 200 000 Personen hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit beim Umgang mit Geheimmaterial zu überprüfen. Zum Beispiel sollen im Jahr 1982 bei solchen Überprüfungen in 3200 Fällen vom MAD Sicherheitsbedenken erhoben worden sein. In den weitaus meisten Fällen handelte es sich dabei um finanzielle Schwierigkeiten von Soldaten oder Fahnenflucht. Wegen Spionagetätigkeit von Angehörigen der Bundeswehr wurde der MAD in jenem Jahr nur in zwölf Fällen fündig. Wegen der auch im Fall Kießling jetzt erhobenen Bedenken „abnormer sexueller Veranlagung" warnte der Dienst im Jahr 1982 in neun Fällen die zuständigen Militärdienststellen.

Mit rund 2300 Mitarbeitern, Soldaten und Zivilisten, ist der MAD im Vergleich mit BND und Verfassungsschutz der kleinste Nachrichtendienst der Republik. Dem Kölner Amt unterstehen sieben MAD-Gruppen von Kiel bis München mit 17 MAD-Stellen, die sich auf besonders sicherheitsgefährdete Bereiche konzentrieren.

Als ganz entscheidend wird im Kölner Amt die zentrale Auswertung der vom Dienst gesammelten Informationen angesehen. Dafür verfügt der Dienst über eine elektronische Datenverarbeitung, über die auch der Austausch mit den anderen Staatsschutzorganen möglich ist.

Späth will „Schrittmacher" sein

Drastische Steuererleichterung für umweltfreundliche Autos / Initiative im Bundesrat

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg hat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die wesentliche steuerliche Vergünstigungen für abgas- und umweltfreundliche Autos vorsieht. Gleichzeitig sollen Altfahrzeuge ohne umweltfreundliche Einrichtungen drastisch höher besteuert werden. Dies teilte Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) in Stuttgart mit.

Gleichzeitig hat das baden-württembergische Wirtschafts- und Verkehrsministerium in einem Erlaß vom 9. Januar dieses Jahres für den Südwesten sichergestellt, daß in diesem Bundesland ab sofort abgasarme Personenwagen „ohne Probleme" zugelassen werden, teilte Späth weiter mit.

Im einzelnen sollen die steuerlichen Entlastungen für Autos, die die strengeren amerikanischen Abgasnormen erfüllen, so aussehen:

- Vom 1. Juli dieses Jahres an bis zum 31. Dezember 1988 wird die Kfz-Steuer völlig abgeschafft.
- Von 1989 bis 1990 gilt dann nur der halbe Steuersatz.
- Erst ein Jahr darauf soll dann der jetzt noch gültige Steuersatz von 14,40 Mark pro 100 Kubikzentimeter Hubraum entrichtet werden.

Teuer werden dagegen Alt-Autos ohne Abgasreinigung für ihre Besitzer: der genannte Steuersatz soll vom 1. Januar 1986 an auf 20 und von 1991 an gar auf 25 Mark (fast das Doppelte) pro 100 Kubikzentimeter Hubraum erhöht werden.

In diesem Zusammenhang forderte Späth Bonn auf, an der Entscheidung der Bundesregierung unbedingt festzuhalten, von 1986 an die Abgase bei Autos drastisch herabzusenken. Mit der Stuttgarter Initiative wolle die Landesregierung, so Späth weiter, sich erneut als „Schrittmacher" betätigen.

Der Regierungschef erinnerte daran, daß schon heute alle für die USA produzierten deutschen Autos, rund sechs Prozent der gesamten Pkw-Produktion der Bundesrepublik, die erforderlichen strengen amerikanischen Umweltforderungen erfüllen. Er habe festgestellt, so Späth weiter, daß „diese Fahrzeuge schon jetzt auch bei uns ohne weiteres auf den Markt zu bringen" seien.

Mit der Bundesratsinitiative wolle die Landesregierung der Automobilindustrie auch Anreize und Möglichkeiten schaffen, ihre Produktion in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren umzustellen. Die Landesregierung erwartet, daß im ersten Jahr rund 115 000 abgasarme Autos, im zweiten gar 460 000 umweltfreundliche Pkw in den Verkehr gebracht werden können.

Vom dritten Jahr an müßten nach den Berechnungen der Landesregierung 2,3 Millionen abgasarme Fahrzeuge jährlich hergestellt werden, um innerhalb von zehn Jahren faktisch alle Autos umweltfreundlich zu gestalten.

Späth erinnerte daran, daß fast die Hälfte – 43 Prozent – aller Stickoxydemissionen vom Auto stammen, jährlich würden 1,5 Millionen Tonnen dieses Schadstoffes aus den Auspuffrohren geblasen. Deshalb halte die Landesregierung die Zeit für gekommen, „aus der Phase der Diskussion in die Phase der Einführung" von abgasfreien Autos mit bleifreiem Benzin zu gehen. Einige Dienstfahrzeuge der Landesregierung seien schon jetzt in der Erprobung, mit bleifreiem Benzin umweltfreundlich zu fahren, wurde weiter betont.

Der Regierungschef appellierte gleichzeitig eindringlich an die Europäische Gemeinschaft, eine „gesamteuropäische Lösung" für den Betrieb abgasarmer Autos zu finden.

Dieselfahrzeuge sollen nach der Vorstellung der baden-württembergischen Landesregierung nicht von der neuen Steuerregelung betroffen werden. Es sei denn, es würden solche Dieselfahrzeuge entwickelt, die ebenfalls die strengen amerikanischen Normen erfüllen: dann allerdings müßten auch sie bis 1988 steuerfrei fahren dürfen.

Späth sieht in der Bundesratsinitiative und dem Stuttgarter Erlaß zugunsten der sofortigen Zulassung umweltfreundlicher Autos einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen das Waldsterben und die Luftverschmutzung.

Kapitalisten in Polen haben Erfolg

500 Betriebe nach westlichem Muster/Warschau sieht Entwicklung mit Freude und Sorge

rtr, Warschau

Während die Regierung verzweifelt vesucht, die Volksrepublik Polen mit den Mitteln der Planwirtschaft aus der Misere zu führen, werden in rund 500 Unternehmen mit Erfolg die verpönten kapitalistischen Methoden angewendet. Die im ganzen Ostblock einmaligen Betriebe sind fast alle im Besitz polnischstämmiger Amerikaner, Engländer, Franzosen und Australier.

Es gibt sie seit 1976, als die Regierung das Geld der Auslandspolen ins Land locken wollte. Heute produzieren sie mit durchschnittlich 40 Beschäftigten Waren von überdurchschnittlicher Qualität. Ihr einziges Problem: Nach drei Freijahren schlägt der polnische Fiskus mit einer 85prozentigen Ertragssteuer zu.

Die im amtlichen Jargon so genannten „polnischen Betriebe" tragen zum Bruttosozialprodukt nur 0,5 Prozent bei, aber sie expandieren rasch. Und ihr Erfolg macht den Machthabern zugleich Freude und Sorge. Einerseits wirken sie bei extrem hoher Nachfrage und chronischer Unterversorgung mit ihrem Angebot wie ein Notventil, doch andererseits dürfte es sie – ideologisch gesehen – eigentlich gar nicht geben.

Ihre Preise liegen zwar oft weit über denen der staatlichen Konkurrenz, doch die Kaufkraft der Polen ist so groß, daß die Erzeugnisse reißenden Absatz finden. Entgegen ersten Befürchtungen der Wirtschaftsfunktionäre sind die Firmeninhaber nicht auf schnelles Geld aus: Sie reinvestieren ihre Erträge in Polen und breiten ihren Produktefächer aus. Sie beschäftigen derzeit 19 600 Menschen, denen sie durchschnittlich 19 000 Zloty (etwa 520 Mark) im Monat zahlen. Nach westlichen Vorstellungen ist das wenig, doch liegen die Durchschnittsgehälter in Polen um ein Viertel darunter.

Einen Beweis für die Wirtschaftskraft dieser Unternehmen liefert die Produktivitätsstatistik der Handelskammer. Sie zeigt, daß die Beschäftigten der „polnischen Firmen" drei- bis viermal mehr herstellen als ihre Kollegen in den Staatsunternehmen. Ein Spitzenfunktionär der Kammer fragte deshalb unlängst in der Wochenzeitung „Polityka": „Haben sich die für die Arbeitsorganisation Verantwortlichen in Polen eigentlich schon einmal darum gekümmert, warum ein polnischer Beschäftigter in einer polnischen Firma leistet, was er in anderen Betrieben nicht leistet?"

Partei- und Regierungschef Jaruzelski erklärte zu diesem heiklen Thema: „Wir werden ihren Bestand sichern, aber sie sollten eine Enklave ungerechtfertigter Sonderrechte in unserer Wirtschaft bleiben."

Hochschullehrer appellieren an den Kanzler

AP/dpa, Bonn

Der Präsident des Hochschulverbandes, Professor Hartmut Schiedermair, hat an die Bundesregierung appelliert, unverzügliche Gesetzesinitiativen zur Änderung des Hochschul-Rahmengesetzes einzuleiten. Schiedermaier bezog sich gestern in Bonn auf die Aussage von Bundeskanzler Kohl, seine Regierung werde den Universitäten zugunsten einer Stärkung ihres wissenschaftlichen Auftrages zur Hilfe kommen. Der Verband, der nach eigenen Angaben mehr als die Hälfte der 22 000 Professoren vertritt, stimmte den Vorschlägen einer Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Hochschul-Rahmengesetzes zu, die in den Bereichen Personalstruktur, Drittmittelforderung, künftige Wahl der Hochschulleitung durch eine absolute Mehrheit der Professoren und Zusammenfassung der ausgeuferten Zahl der Fachbereiche in den Fakultäten fordert.

Auf die aktuelle Diskussion eingehend sagte Schiedermair, sein Verband habe nichts gegen die Errichtung von privaten Hochschulen in der Bundesrepublik. Diese seien prinzipiell zu begrüßen. Schiedermair gab jedoch zu bedenken, daß eine Universität mittlerer Größe gegenwärtig jährlich rund 350 Millionen Mark benötige. Dabei sei die Errichtung nicht berücksichtigt. Der Präsident des Hochschulverbandes stellte daher die Frage, ob von privater Seite überhaupt Mittel in der Höhe aufgebracht werden könnten. Zu warnen sei vor einer Entwicklung, durch die privatrechtliche Organisationen geschaffen werden könnten, deren Einrichtungen dann die Bezeichnung Hochschule erhalten würden. Eine derartige „Inflation des Hochschulbegriffes" sei niemandem dienlich, meinte Schiedermair.

CDU-Programm zur Berufsausbildung

hey. Bonn

Die CDU will den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit verstärken. Gestern berieten Präsidium und Vorstand in der Bonner Parteizentrale über ein entsprechendes Programm, das am 20. Februar vom Bundesausschuß verabschiedet werden soll. Neu ist, daß nach den Vorstellungen der CDU-Spitze bei der Berufsausbildung künftig flankierend auch die staatliche Förderung eingesetzt werden soll. Allerdings war man sich einig, daß mit dem dualen System das Problem der Jugendarbeitslosigkeit am besten angegangen werden kann. Schwerpunktmäßig soll mit dem Programm erreicht werden, den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern, indem sie vorher eine Ausbildung erhalten.

„Datenschutz darf nicht nur reagieren"

AP, Wiesbaden

Vor den tiefgreifenden Veränderungen der Informations- und Kommunikationstechnik, die sich mit der Einführung des Bildschirmtextes, der Verbreitung von Heimcomputern und der zunehmenden Verwendung von Karten mit kodierten Lesezonen ergeben, hat der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis gewarnt. Aus diesem Grund kritisierte Simitis den Referentenentwurf zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes.

In seinem gestern vorgelegten Tätigkeitsbericht für 1983 schreibt Simitis: „Datenschutzbestimmungen haben nur dann eine echte Chance, wirksame Vorkehrungen zu treffen, wenn sie nicht späte Reaktion auf längst realisierte Techniken sind, sondern zu den Entstehungsbedingungen dieser Technik gehören."

Rebmann erhebt Anklage gegen Dutzi

DW. Karlsruhe

Generalbundesanwalt Rebmann hat vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt gegen die 31 Jahre alte Gisela Dutzi Anklage wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion seit 1980 erhoben. Frau Dutzi soll auch am 15. September 1982 in Bochum an einem bewaffneten Bankraub beteiligt gewesen sein. Ihr wird unter anderem vorgeworfen, im Raum Heidelberg Möglichkeiten für einen Anschlag gegen Einrichtungen der US-Streitkräfte ausgeforscht zu haben.

Carstens besucht Indonesien

dpa/AP, Bonn

Bundespräsident Karl Carstens wird nach Angaben des Bundespräsidialamtes Ende Februar und Anfang März zu Staatsbesuchen nach Indonesien und Thailand reisen.

Bundeskanzler Kohl wird Anfang März gemeinsam mit Außenminister Genscher zu einem Arbeitsbesuch in die USA kommen. Die deutschen Politiker werden dabei mit Präsident Reagan, Mitgliedern der US-Regierung und Vertretern des Senats Gespräche führen. Regierungssprecher Boenisch bezeichnete den Besuch als Ausdruck der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Bonn und Washington.

Dürren und ein Krieg belasten Rabats Finanzen

Hintergründe der Unruhen / Auch Paris besorgt

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Marokko hat sich die Lage nach den Unruhen der letzten Tage, bei denen es mindestens 150 Tote gab, beruhigt. Die Rede von König Hassan II. hat dazu offensichtlich wesentlich beigetragen. In diplomatischen Kreisen der französischen Hauptstadt sprach man von einem „rhetorischen Meisterwerk". Hassan sagte drei Dinge: Die Erhöhung der Grundnahrungsmittelpreise wird verschoben, der Prozeß der Demokratisierung wird fortgesetzt, die Unruhen wurden von außen angezettelt.

Die Ähnlichkeit der Vorgänge und ihre unmittelbare zeitliche Aufeinanderfolge in Tunesien (der „Brotkrieg") und Marokko, den beiden Schlüsselländern des Maghreb, haben die franzsösiche Regierung überrascht und beunruhigt. Präsident Mitterrand hat dem Vernehmen nach seinen persönlichen Botschafter François de Grossouvre, der schon in Tunesien nach den Ursachen der schweren Dezember-Unruhen (etwa 200 Tote) geforscht hatte, auch nach Marokko in Marsch gesetzt, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Außerdem telefonierte er gestern mit König Hassan, der noch im vorigen Herbst in Paris war und engen Kontakt zum Elysée unterhält. Im Unterschied zur tunesischen Regierung, die keinerlei „Einmischung von außen" erwähnt hatte, hat sich der marokkanische Herrscher nicht gescheut, gleich drei fremde Aufwiegler zu nennen, darunter zu allgemeinem Erstaunen den „Zionismus", mit dem nur der Staat Israel gemeint sein kann, zu dem Hassan gewöhnlich gute Beziehungen unterhält.

Der Zorn des Königs

Als Grund für den Zorn des Königs wird in Paris die Tatsache genannt, daß der kürzlich unter seiner Ägide in Casablanca veranstaltete islamische Gipfel die Einladung an Ägypten zur Wiederaufnahme in die Islamische Konferenz ausgesprochen und sich zu den Thesen des PLO-Chefs Arafat bekannt hatte. Was die Vorwürfe an die iranischen Mullahs und den internationalen Kommunismus angeht, so dürfte Hassan genügend Beweise für die Feindschaft in Händen haben, die diese beiden Seiten seinem Versuch entgegenbringen, einen aufgeklärten theokratischen Staat (Hassan bezeichnet sich als den direkten Nachfahren des Propheten) in der islamischen Welt zu errichten.

Gibt es in Marokko den Humus, in dem von außen hereingetragene revolutionäre Ideen aufgehen können? Auf diese Frage antworten nordafrikanische Diplomaten in Paris mit einem entschiedenen Nein. Das Regime des Königs ist weithin im Lande populär, die Verehrung, die gerade das einfache Volk dem Monarchen entgegenbringt, ist ungeschmälert. Wie in Tunesien oder Algerien brodelt es in der studentischen Jugend, aber es herrscht keine vorrevolutionäre Stimmung in den Fakultäten.

Bismarck zitiert

Marokko sieht sich indessen mit zwei Problemen konfrontiert: Eine außergewöhnliche Trockenheit im letzten Sommer und Herbst hat die Lebensmittelversorgung außergewöhnlich erschwert und ist mit ein Grund der Preiserhöhungen. Von offiziell 21 Millionen Marokkanern lebt ein Drittel praktisch unter dem Existenzminimum. Die an der Regierung beteiligten Sozialisten errechneten, daß 9,4 Millionen Marokkaner täglich mit ungefähr einer Mark auskommen müssen. 40 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos oder nur gelegentlich beschäftigt.

Das zweite Problem ist der seit Jahren währende Krieg in der West-Sahara. Er findet kein Ende, obwohl Hassan wiederholt seine Bereitschaft erklärt hat, ihn durch eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) beizulegen. Offenbar werden seine Bemühungen von promarxistischen Elementen innerhalb der OAU boykottiert. Das Volk aber ist eines aussichtslosen Konflikts müde, der die Söhne von zu Hause fernhält und die Volkswirtschaft jährlich schwerer belastet.

König Hassan hat die Zeichen der Zeit längst verstanden. Alles könne man ändern, außer der Geographie, sagte er, Bismarck zitierend, am letzten 5. November zu seinen Ministern. Es war der Tag, an dem er zum zweiten Mal seit 1976 eine Übergangsregierung einsetzte, unter deren sechs Parteien auch die „Sozialistische Union der Völkischen Kräfte" des sozialistischen Anwalts Abderrahim Bouabid, die einzige wirkliche Linkspartei des Landes außer der unbedeutenden kommunistischen „Fortschrittspartei", vertreten ist. Im Februar sollen Parlamentswahlen die endgültige Zusammensetzung der künftigen Regierung bestimmen.

KP Kroatiens Eigenmächtigkeit vorgeworfen

Kritik des Ex-Innenministers führt zu Parteiausschluß / Wohnungen von zwei unbequemen Altkommunisten durchsucht

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der ehemalige Innenminister der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien, Pavle Gazi, ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem eine Kommission seinen „Fall" untersucht hatte. Gazi trat im vergangenen Herbst angeblich aus Gesundheitsgründen zurück.

Inzwischen wird in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb erklärt, Gazi – der zur Garde der „alten Partisanen" in der KP gehört – habe sich moralisch und politisch disqualifiziert, weil er „Mißtrauen gegen die KP Kroatiens und gegen deren Führung" verbreitet habe. Hinter dieser vielsagenden Formulierung verbirgt sich eine schwere Auseinandersetzung des Ex-Innenministers mit dem kommunistischen Parteichef der Republik Kroatien, Josip Vrhovec (der früher Außenminister der jugoslawischen Bundesregierung war).

Gazi soll öffentlich seiner Empörung darüber Luft gemacht haben, daß der Parteichef Kroatiens unter Umgehung des zuständigen Innenministeriums selbständig Polizeiaktionen durchgeführt habe. So wurden die Wohnungen zweier prominenter Altkommunisten – es handelte sich um den Schriftsteller und Tito-Biographen Wladimir Dedijer und um den ehemaligen Werftdirektor Josip Kopinic – von Geheimagenten durchsucht. Dabei sollen die angeblichen Geheimpolizisten in der Wohnung von Kopinic auf der Suche nach belastendem Material sogar Mauern abgerissen haben.

Dedijer, der durch seine Tätigkeit für das Russell-Tribunal international bekannt wurde, behauptet, es seien ihm bei mysteriösen Einbrüchen in seinem Haus Dokumente und Materialien für die Tito-Biographie abhandengekommen. Dedijer ist inzwischen mit seiner Familie nach Florenz geflüchtet und erklärt dort öffentlich, er habe aus Jugoslawien verschwinden müssen, weil sein Leben dort bedroht gewesen sei.

Sowohl Dedijer wie Kopinic – letzterer betrieb im Kriege eine geheime Funkstation für die Sowjets im von den Deutschen besetzten Zagreb – sind der kroatischen KP-Führung sehr unbequem, weil sie gewisse Vorfälle aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wieder an die Öffentlichkeit gebracht haben – Vorfälle, die mit der damaligen Haltung der illegalen KP Kroatiens im Zusammenhang stehen.

In einer von ihm autorisierten Autobiographie behauptet der Ex-Sowjetagent Kopinic, die kroatische KP sei nicht besonders erpicht gewesen, nach dem Angriff Hitlers auf die UdSSR mit dem sowohl von Moskau wie von Tito geforderten bewaffneten Aufstand gegen die Deutschen zu beginnen. Sowohl Dedijer wie Kopinic behaupten in ihren bisher erschienenen Büchern, die kroatische Partei sei eher nationalistisch als kommunistisch gewesen. Beide haben auch den „Fall Hebrang" wieder ausgegraben: Das Schicksal jenes prominenten kroatischen KP-Funktionärs und Politbüromitglieds, der sich als nationalbewußter Kroate lieber den Sowjets als Tito und der Belgrader Führung unterordnen wollte, dann verhaftet wurde und in einem jugoslawischen Gefängnis angeblich Selbstmord begangen haben soll. Zumindest von Kopinic ist bekannt, daß er mehrfach erklärte, er habe noch mehr belastendes Material gegen die einstige kroatische Parteiführung in seinen Archiven.

Offenbar ging es Vrhovec darum, zu verhindern, daß durch Dedijer und Kopinic „schlafende Hunde geweckt werden" – das heißt: daß das gesamte „kroatische Problem" wieder auf die Tagesordnung kommt. Denn mehr oder weniger deutlich ging aus den Publikationen sowohl Dedijers wie Kopinic' hervor, daß die Kroaten – und zwar bis tief in die Reihen der Kommunistischen Partei – 1941 keine Neigung zeigten, Jugoslawien gegen Hitler zu verteidigen und daß sie lange Zeit auch Titos jugoslawischer Staatskonzeption skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß es erst vor wenigen Monaten zu einer Kontroverse zwischen dem kroatischen Parteichef Vrhovec und Belgrader serbischen Zeitungen gekommen ist, weil dieser erklärt hatte, es sei nicht schade, daß das alte, königliche Jugoslawien 1941 untergegangen sei. Es habe ohnedies die nichtserbischen Völker unterdrückt. Vrhovec wurde daraufhin von den Medien mit der Bemerkung zurechtgewiesen, ein solcher Standpunkt widerspreche der damaligen und der heutigen Parteilinie.

Als Dedijer und Kopinic sich bei Gazi über die Hausdurchsuchungen beschwerten, soll dieser aus allen Wolken gefallen sein. Er und seine Untergebenen hatten keine Ahnung. Kopinic hatte inzwischen erklärt, weder die Sicherheitsorgane Kroatiens, noch jene der Belgrader Bundesregierung hätten ihm sagen können, wer diese Durchsuchung angeordnet und durchgeführt habe. Es heißt nun, Vrhovec habe sozusagen auf eigene Faust seine Aktion gestartet. Innenminister Gazi aber habe scharf gegen den Eingriff des kroatischen Parteichefs in Kompetenzen des Innenministeriums und der Polizei protestiert.

In Uganda gehören Chaos und Mord zum Alltag

Wer hat die vier Entwicklungshelfer getötet? / Verworrene Sicherheitslage / Obotes Hilflosigkeit

M. GERMANI, Johannesburg

Der trügerische Frieden, der in den letzten Monaten über der ugandischen Hauptstadt Kampala lag, ist am Wochenende durch den brutalen Mord an vier europäischen Entwicklungshelfern jäh zerrissen worden. Damit haben sich auch die Hoffnungen, Präsident Milton Obote könnte endlich den inneren Frieden im Land herstellen, wohl endgültig zerschlagen.

Bisher ist weder in Kampala noch in Nairobi bekannt, wer für die vier Morde verantwortlich zu machen ist. Die Sicherheitslage Ugandas ist verworren. Nur selten wissen die Einwohner des Landes, ob ihnen Soldaten der Armee oder Anhänger der nationalen Widerstandsbewegung (NRM) gegenüberstehen. Nicht einmal die Regierung kennt die genaue Anzahl ihrer Soldaten. Sie wird auf 25 000 bis 40 000 Mann geschätzt. Die Offiziere kommen hauptsächlich aus dem Langi-Stamm, die unteren Ränge sind überwiegend Acholis. Beide Stämme unterstützen Präsident Obote und gehören dem Minderheitsvolk der Niloten an.

Demgegenüber rekrutieren sich die Guerrillas der Widerstandsbewegung aus dem Volk der Baganda, dem jahrhundertealten halbautonomen Bantu-Königreich, das seine Unabhängigkeit 1967 aufgegeben hatte. Gerade unter der Bevölkerung der Bagandas haben die Rebellen ihre größte Anhängerschaft. Vor einem Jahr begann Obotes Armee eine Großoffensive gegen die NRM, doch einen endgültigen Erfolg konnte er bisher nicht verzeichnen. Die Zivilbevölkerung hat, wie immer in diesen Fällen, die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sowohl Armee als auch Rebellen beschuldigen die Gegenseite, für Morde und Grausamkeiten verantwortlich zu sein.

Amnesty International kritisierte 1982 die brutalen Übergriffe beider Seiten. ai berichtete unter anderem von den Foltermethoden der Regierungssoldaten. Diese würden ihre Gegner und mutmaßlichen Feinde mit Macheten zerstückeln und mit Stacheldraht geißeln. Nicht wenige enthauptete Leichen wurden bereits an die Ufer des Victoria-Sees angespült. Überreste von unzähligen Opfern fand man in den Wäldern bei Kampala. Selbst kritische diplomatische Beobachter halten die Beschuldigungen der Menschenrechtsorganisation für erwiesen.

Tausende von Bauern hatten in den Lagern der Armee Schutz vor den Guerrillas gesucht. Denn, so berichten westliche Diplomaten, die Soldaten sehen jeden Zivilisten, der sich außerhalb der Lager bewegt, als Rebellen an und schießen sofort. Andererseits beschuldigt die Regierung in Kampala die Rebellen, wahllos Ärzte, Politiker, Priester und Anwälte in der Hauptstadt zu ermorden.

Im September vergangenen Jahres sah sich Präsident Obote genötigt, den Westen um Hilfe für mindestens 150 000 Menschen zu bitten, die in die Lager der Armee geströmt waren. Fast zur gleichen Zeit aber wurden die Helfer des Roten Kreuzes bei der Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten überfallen und drangsaliert. Jedoch war es in den meisten Fällen unmöglich festzustellen, wer die Banditen waren. Obotes Regierung sieht sich nicht imstande, die Hilfsgüter an die Bevölkerung weiterzuleiten. Westliche Beobachter halten es für wahrscheinlich, daß dieser Mangel mit etwas mehr gutem Willen der Behörden, sprich weniger Korruption, leicht zu beheben wäre.

Mordkomplott gegen Dschumblatt?

DW. Beirut

Der Chef der schiitischen Amal-Milizen in Libanon, Hussein Mussawi, ist nach Informationen aus Beirut vom syrischen Geheimdienst aufgefordert worden, den Führer der libanesischen Drusen, Walid Dschumblatt, zu beseitigen. Mussawi war diesen Quellen zufolge am 5. Januar mit dem Chef des syrischen Armee-Geheimdienstes in Libanon, Oberst Ghazi Kan'an, in Baalbek zusammengetroffen. Dabei sei der Attentatsplan abgestimmt worden. Der Anschlag soll durch die Selbstmordaktion eines iranischen Freiwilligen durchgeführt werden, der Ende Dezember vergangenen Jahres via Rom in Libanon eintraf. Es handelt sich dabei um einen 22jährigen Mann, der vom iranischen Botschafter beim Vatikan, Hadi Khosrou Shahi, ausgesucht wurde.

Dschumblatt ist für Syrien trotz seiner wiederholten demonstrativen Anlehnung an Damaskus zu einem Sicherheitsrisiko geworden, seit er durch geheime Kontakte mit Präsident Gemayel versucht, eigenständig einen innerlibanesischen Ausgleich herbeizuführen.

Grass sieht deutsche Souveränität verletzt

AP, Berlin

Der Schriftsteller Günter Grass hat die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden als „ungeheuren Eingriff in die Souveränität der Bundesrepublik" bezeichnet. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP sagte Grass, er habe mit der Unterschrift unter die Heilbronner Erklärung, in der alle Wehrpflichtigen zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen werden, nur verdeutlichen wollen, daß die Bundeswehr ihren verfassungsmäßigen reinen Verteidigungscharakter verloren habe.

Seiner Meinung nach müsse man in der NATO von einer veränderten Situation ausgehen, weil die amerikanische Regierung seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan von einem gewinnbaren Atomkrieg spreche. So werde die Atomwaffe nicht mehr als „politische Waffe" angesehen.

Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sagte der Schriftsteller, dies sei nicht der Weisheit letzter Schluß. Er sprach sich statt dessen für eine kulturelle Einheit aus, unter Beibehaltung der beiden gesellschaftlichen Systeme.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unverzichtbare Einheit

„Ein Pfad und drei Holzwege": GEISTIGE WELT vom 7. Januar

Hillgruber will mit seinen Vorhaltungen die USA wohl aus ihrer deutschlandpolitischen „Defensiv-Position" herauslocken. Jedoch verlangt er nicht vom „geläuterten national-liberalen Deutschland-Konzept" hierzulande, daß es selber die Deutschland betreffenden westlichen und US-Rechtsverpflichtungen im In- und Ausland ständig verbreitet, vor allem aber entschieden deren Einhaltung und Renaissance in der aktuellen Politik einfordert.

Die „Holzwege" der amerikanischen Deutschlandpolitik im „Wiedervereinigungsengagement" waren besonders ausgeprägt in der Kennedy-Ära, doch sind es insbesondere auch „Holzwege" unserer deutschen Diplomatie seit den 60er Jahren. Adenauer versuchte noch die Fragen der europäischen Sicherheit und der europäischen und deutschen Teilung stets verknüpft miteinander zu behandeln!

Hillgrubers Zielvorgaben raten, Teile deutscher Rechtspositionen ersatzlos preiszugeben. Er beruft sich auf Äußerungen von Politikern und Diplomaten. Dies aber geht über die eindeutigen Verpflichtungen der Ostverträge hinaus; auch die Siegermächte haben sich zu Deutschland für die Zukunft alles offengehalten und die Westmächte auch die volle Fortgeltung des Londoner Abkommens, *das im Art. 1 von Deutschland* in den Grenzen von 1937 ausgeht.

Leider nehmen zünftige Historiker und auch manche Politiker und Diplomaten nur wenig Rücksicht auf vorhandenes Staats-, Völker- und Völkervertragsrecht. Wer Urteile in der politischen Geschichte fällt und nicht nur hingeworfene „prophetische Zielvorgaben" für die Zukunft machen will, muß die Rechtslage berücksichtigen. Sonst gerät er auf den Irrweg des Unrechts.

Der Ostblock hat die Unberührtheit des Deutschlandvertrags in allen Ostverträgen ausdrücklich hingenommen, die westlichen Partner ihn feierlich bekräftigt. Hillgruber zitiert den Art. 7 des Deutschlandvertrages nur halb, also falsch. Abs. 1 von Art. 7, den verbindlichen Aufschub von Grenzfestlegungen in Deutschland bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen, übergeht er völlig. Unbefristete Verträge können auch Historiker nicht einfach „auflösen".

Er verweist auch auf die Verpflichtung des Grundgesetzes zur Wahrung der staatlichen Einheit, aber rät im Widerspruch dazu und zum Deutschlandvertrag Teile Deutschlands an einem einfachen politischen Tauschkonzept abzuschreiben. Dies hielten 1950 amerikanische Professoren und Diplomaten für möglich, Adenauer hat sich dem aber immer entzogen. Wir schreiben nicht 1951 oder 1961, sondern 1983.

Das Schreiben Adenauers an Bulganin beim ersten Moskauer Besuch und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 13. 9. 1955 übergeht Hillgruber, ebenso zahlreiche westliche und deutsche Erklärungen zur vollen Fortgeltung des Deutschlandvertrages. Die Erklärung des Bonner NATO-Gipfels vom 10. 6. 1982 in Deutschlandfragen ist davon beeinflußt, ebenso das Kommuniqué Reagan – Kohl im November 1982. Kissinger riet eben erst den Deutschen zu mehr Selbstbewußtsein in der deutschen Frage, er und Burns sagten, die Wiedervereinigung kommt bestimmt; ebenso Mitterrand, Chirac, Gaston Deferre, Jacques Delors.

Das Tauschgeschäft Ostprovinzen gegen Wiedervereinigung des Restes ist sicherlich auch aus der Sicht Moskaus auf die deutsch-polnischen Probleme viel zu vereinfachend. Hillgrubers Versuch, dem nationalen Überschwang des „realen Sozialismus" und dem diffusen nationalen Neutralismus von links und rechts bei uns (auch einzelner Historiker) rechtzeitig entgegenzuwirken, verdient Anerkennung und Unterstützung.

Es kann nicht alles so kommen, wie es war. Es kann aber auch nicht so bleiben, wie es ist. Auf weite Sicht wäre wohl zu versuchen, so viel als möglich von Deutschland zu retten und dieses sowie Umstrittenes in eine freiheitliche und föderale gesamteuropäische Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen einzubringen.

Dr. Herbert Czaja, MdB, CDU

Wort des Tages

» Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen. Eine echte Demokratie muß diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wer wirklich demokratisch denkt, muß Achtung *vor dem anderen,* vor dessen ehrlichem Wollen und Streben haben. «

Konrad Adenauer, dt. Politiker (1876–1967)

Post-Realität

„E + 1 soll die Formel der Post bleiben": WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Entweder schreiben Postverantwortliche und -angestellte keine Briefe, oder aber ihnen wird eine Luxuszustellung ihrer Post zuteil.

Meine Erfahrungen mit der Postbeförderung sehen leider erheblich anders aus: So benötigt ein einfacher Brief für die Strecke München–Leverkusen (oder umgekehrt) – bei schlechtester Bahnverbindung ein Weg von ca. 8 Stunden – in bestimmt 50 Prozent der Fälle zwei, häufig sogar ganze drei Tage!

Es erscheint mir daher löblich, daß die Post „an ihrer Formel E + 1 festhält" – nur mit der Realität hat das nicht viel zu tun!

T. Müller, München 20

*

Der anscheinend auf Veranlassung des zur Unterdrückung jeglichen Briefverkehrs entschlossenen Bundespostministeriums abgedruckte Beitrag vermag dem Zwangskunden der Deutschen Bundespost allenfalls ein gequältes Lächeln abzunötigen. Man könnte es noch dem vorweihnachtlichen Postverkehr zuschreiben, wenn *eine* wegen des Sonntagvormittags 11.30 Uhr vorsorglich eigenhändig zur Freiburger Hauptpost gebrachte Sendung von eiligen Druckkorrekturen die zuständige Druckerei in Sigmaringen (Entfernung 148 km, viermal täglich durchgehende Eilzüge Freiburg–Sigmaringen–Ulm) bereits am Mittwoch, dem 7. Dezember, gegen 9.00 Uhr erreichte.

Wie zur Illustrierung des Artikels kam am Montag, dem 16. Januar 1984, gegen 9.30 Uhr ein anderer Brief aus Sigmaringen in Freiburg an, der am 11. Januar laut Poststempel in Sigmaringen abgeschickt worden war. Ich kann Ihnen daher nur empfehlen, die Überschrift des Beitrages von G. Reiners zu ändern in: E + 5 soll nicht die Formel der Post bleiben.

Prof. Dr. B. Schwineköper, Freiburg/Breisgau

Klassen-Kollektiv

„Pflichtfach Realismus"; WELT vom 6. Januar

Sehr geehrter Herr Phillips,

wenn bereits 114 000 Lehrer des Lehrerverbandes über ihren Präsidenten Christians der Verbreitung des Pessimismus an den Schulen eine Absage erteilen, dann werden die Schüler bald wieder fröhlicher lernen und sie grübeln nicht mehr über gesuchte und mit den angebotenen unzulänglichen Mitteln sowieso nicht bewältigbare Probleme nach.

Es wäre nun an der Zeit, die Lehrer der Lehrer *aufzuspüren,* die die Schule des Negierens so früh und erfolgreich betrieben haben. Von Veränderungen und deren unbedingter Notwendigkeit wurde gesprochen. Mit diffusem Ziel. Die Eltern hatten früh kapituliert. Sie wagten sich oft aus Angst vor schlechter Beurteilung ihrer Kinder sowieso nicht, uneingeschränkt zu „artikulieren".

Das übrige tat das jeansblaue Klassen-Kollektiv. Mit anonymisierten Jahrgangsstufen hat man darüber hinaus die aus früheren Klassenverbänden bekannten Lebensfreundschaften beseitigt und zu Arroganz führende „Leistungskurstreffen" hinterlassen. Eine Fehlleistung in erklärt nichtleistungsbezogener Umgebung. Hoffentlich läuft nun die Schule den linken Drahtziehern richtig aus dem Ruder.

K. Menschel, Plettenberg

Machterhaltung

„Getöse" und „Unternehmer ziehen auf ein neues Schlachtfeld"; WELT vom 9. Januar:

Verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Herr Steinkühler hat die Ziele der Gewerkschaften klar und unmißverständlich genannt: Es geht um den Bestand der Gewerkschaften, nicht um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es geht um die Erhaltung der Macht der Gewerkschaftsbosse, nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze.

Wenn diese Herren der festen Überzeugung sind, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Überwindung der Arbeitslosigkeit und mehr Arbeitsplätze in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland garantiert, dann ist zu fragen, weshalb diese Lösung der anstehenden Probleme nicht schon lange in den von den Gewerkschaften betriebenen Einrichtungen praktiziert wird. Die Unternehmensgruppe „Neue Heimat" schreit doch förmlich nach solchen Maßnahmen. Auch bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main, der Alten Volksfürsorge-Lebensversicherungs AG, Hamburg, Deutsche Sachversicherung Eigenhilfe AG, Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, Deutsche Bauhütten GmbH, Gemeinnützige bzw. wirtschaftliche Hochseefischereigesellschaft mbH, Bremerhaven, an denen der DGB und die Einzelgewerkschaften unmittelbar beteiligt sind, wären die Mitarbeiter sicher erleichtert, wenn ihr Arbeitsplatz dadurch gesichert wäre. Warum verwirklichen diese Herren ihre grandiosen Ideen nicht erst einmal in ihren Betrieben? Wo der Erfolg doch so sicher ist!

Hochachtungsvoll
A. Ascheberg, Hamburg 73

Personalien

GEBURTSTAG

Der Sozialpolitiker **Eugen Glombig** wurde gestern 60 Jahre alt. Seit 1962 vertritt der an beiden Beinen gelähmte SPD-Abgeordnete einen Hamburger Wahlkreis im Bundestag. Mit sozialpolitischen Problemen hatte der Politiker schon als Lehrling zu tun gehabt: Eugen Glombig lernte bei der Hamburg-Münchener Ersatzkasse in seiner Heimatstadt Hamburg. Von 1948 bis 1969 war er als Fachreferent für Sozialpolitik beim Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen tätig. Nach fünfjähriger Zugehörigkeit im Parlament der Hamburger Bürgerschaft wurde Glombig in den Bundestag gewählt. Hier hat er maßgeblich an der Gesetzgebung zur gesundheitlichen und beruflichen Rehabilitation mitgewirkt. Glombig wurde Obmann der SPD-Fraktion für Sozialpolitik und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Inzwischen hat er auch den Vorsitz im Sozialausschuß des Bundestages übernommen. Die Hamburger Freunde wollen den Parlamentarier am kommenden Freitag im Berufsförderungswerk in Hamburg ehren.

EHRUNGEN

Prälat Dr. **Franz Hermann**, langjähriger Domkustos und Diözesanpräses des Borromäusvereins Freiburg und späterer Direktor des Borromäusvereins in Bonn, erhielt die Konradsplakette des Erzbistums Freiburg. Die höchste Auszeichnung der Erzdiözese wurde durch Erzbischof **Oskar Saier** überreicht. Dr. Franz Hermann wird am 25. Januar 80 Jahre alt. Noch heute ist er in der Seelsorge seiner Heimatpfarrei in Herdwangen-Schönach tätig. Lange Jahre war Franz Hermann Fraktionsführer der CDU im Baden-Württembergischen Landtag und später Direktor der katholischen Rundfunkarbeit.

*

Der Publizist Professor **Marcel Reich-Ranicki**, seit 1973 Leiter der Literatur-Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", erhält die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt. Dies entschied der Magistrat der Stadt.

*

Der Konzept- und Aktionskünstler **Timm Ulrich** erhielt den Kunstpreis der Deutschen Landesbank Hannover. Der Preis ist mit 25 000 DM dotiert. Er wurde zum ersten Mal durch Niedersachsens Minister für Kunst und Wissenschaft, **Johann Tönjes Cassens**, verliehen.

ERNENNUNG

Professor **Ernst Hinrichs** wurde neuer Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung. Hinrichs lehrte bisher an der Universität Oldenburg Geschichte der frühen Neuzeit. Er wird in seinem neuen Amt Nachfolger von Professor Dr. **Karl-Ernst Jeismann**. Die Direktoren werden für jeweils fünf Jahre gewählt.

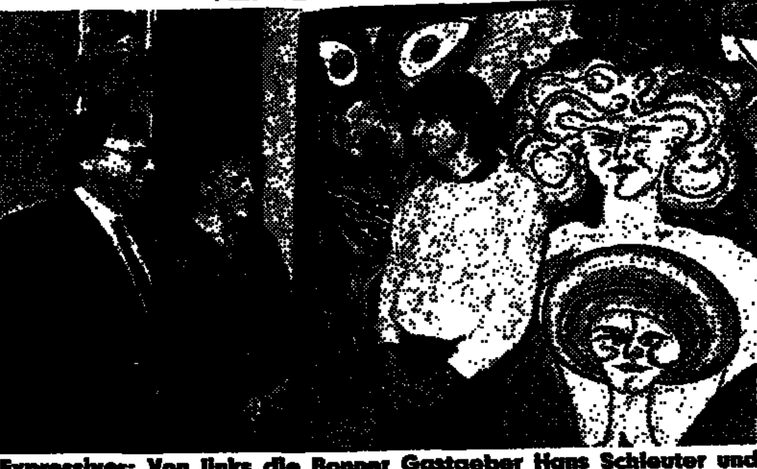
KREBSHILFE

Dr. **Mildred Scheel**, Gründerin und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, erholt sich in einem Sanatorium am Tegernsee von einer Virusgrippe. Zur Zeit bereitet die Ärztin dort auch den Jahresbericht zum zehnjährigen Bestehen der Krebshilfe vor, die insgesamt für ihre zahlreichen Projekte mehr als 200 Millionen DM sammeln konnte. Mitte Februar will Mildred Scheel, Frau des früheren Bundespräsidenten **Walter Scheel**, wieder in ihrem Büro in Köln sein.

GESTORBEN

Der frühere Landgerichtspräsident Dr. **Karl Wurm**, Mitbegründer des Familienbundes der deutschen Katholiken, starb im Alter von 69 Jahren in Arnsberg. 1964 hatte ihn der damalige **Papst Paul VI.** zum Komtur des Silvesterordens ernannt.

VERANSTALTUNGEN



Expressives: Von links die Bonner Gastgeber Hans Schleuter und Irene Diederichs und der junge Künstler Werner Stürenburg.

Junge deutsche Kunst bereichert seit Sonntag ein altes Haus. Im historischen Kelterhaus in Bad Godesberg, in dessen altfränkischem Ortsteil Muffendorf, präsentiert **Werner Stürenburg** seine Bilder, die zum Teil monumentalen Charakter besitzen. Stürenburg wurde bereits erfolgreich in einer großen Ausstellung im Leopold-Hoesch-Museum Düren der Öffentlichkeit vorgestellt. Der junge Maler, Jahrgang 1948, der in Berlin und New Orleans Mathematik und Kunst studierte und in Mathematik promovierte, ging zunächst einen anderen Weg. Er wurde Studienrat. Seit 1982 lebt er als freischaffender Künstler in Löhne bei Bielefeld und versicherte jetzt, daß sein neuer Berufsweg große Chancen eröffne, er optimistisch die Zukunft sehe. Der „Aussteiger" Werner Stürenburg will sich nicht unbedingt zu den „Neuen Wilden" zugerechnet wissen, auch wenn er jetzt schon als ein Maler neuer Expressivität gefeiert wird. Stürenburgs Bilder werden bis zum 22. Februar im Kelterhaus gezeigt. Ostern wird er mit seinen Werken auch beim Dortmunder Kunstmarkt präsent sein.



„Höhen-Rausch" in Bonn. Von links Minister Peter Schmidhuber, Richard Gebhardt und Alpenvereinsvorsitzender Fritz März. FOTOS: KEIL

„Höhen-Rausch" heißt ein Karikaturenband, der in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn präsentiert wurde. Fast unpolitisch gab man sich, denn hier geht es vor allem um den „Alpinismus in der Karikatur". Gastgeber Staatsminister **Peter Schmidhuber** fiel dennoch manch Gemeinsames zwischen Bergsteigen und Politik ein. „Alpinisten und Politikern ist ein Zug zu Höherem eigen. Auf dem Weg nach oben bilden sich manchmal Seilschaften, die das Vorwärtskommen sehr erleichtern. Allerdings schließen sie Absturz oder Sturz nicht aus", meinte er. Die Karikaturen aus dem Rosenheimer Verlag **Alfred Förg** sind natürlich nicht an Bayerns Landesvater **Franz Josef Strauß** vorbeigegangen, der in einer Zeichnung von **Josef Blaumeiser** von allen bedeutenden bayerischen Alpengipfeln her lächelt. Die Buchvorstellung brachte auch den Ersten Vorsitzenden des Deutschen Alpenvereins, Dr. **Fritz März**, und dessen Hauptgeschäftsführer Dr. **Richard Gebhardt** nach Bonn.

SPORT-NACHRICHTEN

Van der Duim Europameister

Larvik (sid) – Der Holländer Hilbert van der Duim verteidigte bei den Europameisterschaften der Eisschnelläufer seinen Titel im Großen Vierkampf. In Larvik (Norwegen) gewann er mit 168,142 Punkten vor Weltmeister Rolf Falk-Larsen (Norwegen) und seinem Landsmann Frits Schalij. – Die Sprinter-Vierkämpfe in Davos gewannen Gaetan Boucher (Kanada) und Karin Enke („DDR").

Rumänien Zweiter

Quito (sid) – Rumäniens Fußball-Nationalmannschaft, bei der Endrunde der Europameisterschaft mit dem deutschen Team in einer Gruppe, belegte bei einem Turnier in Ecuador den zweiten Platz. Die Rumänen besiegten Polens Olympia-Team (2:0) und Ecuador (3:1), verloren aber gegen Chile (1:2).

Platini vor Gericht

Lyon (sid) – Michel Platini, Europas Fußballer des Jahres 1983, muß morgen in St. Etienne vor dem Untersuchungsrichter erscheinen. Er wird zur Schwarzgeld-Affäre beim ehemaligen französischen Meister AS St. Etienne verhört, wegen der Klub-Präsident Roger Rocher seit dem 16. Dezember in Untersuchungshaft sitzt.

Kritik von Niki Lauda

Düsseldorf (sid) – Niki Lauda, Sprecher der Formel-1-Fahrer, hat den Termin des Großen Preises von Europa auf dem neuen Nürburgring kritisiert. Das Rennen ist für den 7. Oktober geplant. Lauda: „Das ist ein Witz, dieser Termin ist für die Eifel viel zu spät. Da kann es schon Schnee geben."

Doch sechs Biathleten?

München (sid) – Der Deutsche Ski-Verband hat dem Nationalen Olympischen Komitee jetzt doch sechs Biathleten für die Teilnahme an den Winterspielen in Sarajevo vorgeschlagen. Bei der Nominierung des Olympia-Teams waren Angerer, Fischer und Pichler fest benannt worden, für zwei weitere Plätze haben sich nach internen Ausscheidungen Reiter und Sutter qualifiziert. Der Ski-Verband will aber noch Stefan Höck mitnehmen, der als Startläufer der Staffel vorgesehen ist.

Vier Crews zur WM

Hamburg (sid) – Nur vier Mannschaften des Deutschen Segler-Verbandes werden an den Weltmeisterschaften der olympischen 470er-Klasse (28. Januar bis 4. Februar) vor Auckland/Neuseeland teilnehmen: Wolfgang und Joachim Hunger (Berlin), Gerhard und Bernd Wintermantel (Waldkirch), Joachim und Stefan Oetken (Frankfurt) und Andreas Bock/Catrin Ochsen (Hamburg).

Football-Finale in USA

Los Angeles (sid) – Über 100 Millionen Amerikaner sahen die Originalübertragung des Finales um die Football-SuperBowl im Fernsehen. Eine Werbeminute während der Sendung kostete umgerechnet 1,3 Millionen Mark. Die Los Angeles Raiders besiegten Titelverteidiger Washington Redskins 38:9. Bester Spieler von Los Angeles war Marcus Allen.

Iran nicht dabei

Teheran (dpa) – Iran wird nicht an den Olympischen Sommerspielen teilnehmen. In der Begründung für diesen Entschluß heißt es, olympische Spiele seien nur „Maske und Fassade", die „von den hochmütigen Weltmächten" geschaffen werden, „um ihre eigenen gräßlichen Gesichter zu verstecken". Iran hatte 1980 auch die Spiele von Moskau boykottiert.

ZAHLEN

BOB

Europameisterschaft, Zweier, in Innsbruck: 1. Kipurs/Schnepsts (UdSSR) 3:38,49, 2. Richter/Jerke („DDR") 3:39,71, 3. Ekmanis/Alexandrow (UdSSR) 3:40,18. 4. Pulkans/Bersups (UdSSR) 3:41,28, 5. Schönau/Legler („DDR") 3:41,36, 6. Gibellina/Freiermuth (Schweiz) 3:42,44, 7. Fischer/Metzler (Bundesrepublik Deutschland) 3:42,69.

TENNIS

Kingscup in Essen, Finale: CSSR – Schweden 2:1 (Pimek – Nystroem 3:6, 5:7, Mecir – Gunnarsson 7:5, 6:4, Pimek/Navratil – Nystroem/Gunnarsson 6:3, 3:6, 6:2).

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 39: 6, 15, 31, 38, 41, 42, Zusatzzahl: 12. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 13, 10. – Rennen B: 23, 35, 30.

(Ohne Gewähr)

BOB / Überlegenes Material aus der UdSSR

Deutscher Schlitten nur von Klebeband zusammengehalten

dpa, Igls

Toni Fischer, der beste Zweierbobpilot aus der Bundesrepublik, war sauer. Bei der ersten international bedeutenden Materialschlacht des Olympia-Winters, bei der Europameisterschaft auf der Olympiabahn von Innsbruck-Igls, war er Siebter geworden. Fischer schimpfte über seinen Schlitten: „Mit dieser Kiste kannst du nichts gewinnen." Die großen Gewinner waren die Sowjetrussen, die durch Kipurs/Schnepsts erstmals in der Geschichte dieses Sports einen internationalen Titel gewannen.

Drei Jahre nach ihrem Einstieg haben die Sowjets die Bobszene umgekrempelt. Als sie erstmals mit ihren neuen, extrem schmalen Schlitten („Russen-Zigarren") in Winterberg auftauchten, begann bei den etablierten Fahrern die Hektik. Sie erreichte jetzt ihren Höhepunkt, als in Igls einige finstere, nicht identifizierte Gestalten einen sowjetischen Bob stehlen wollten (WELT berichtete). Österreicher, Italiener, Schweizer und auch der Verband der Bundesrepublik ließen die „Zigarre" kopieren – hinter das Geheimnis sind sie aber offensichtlich nicht gekommen.

Und so erlebten die Schweizer jetzt ein Debakel – sie waren in der letzten Saison noch führende Nation –, fuhren Italiener und Österreicher hinterher. Und Toni Fischer auch. Mit seinem überarbeiteten herkömmlichen Schlitten lag er über vier Sekunden zurück. Vor einem Jahr hatte Fischer seinen Bob bekommen, heute hält ihn nur noch Tesafilm zusammen. Fischer: „Die Firma könnte uns bald sponsern, soviel verbrauchen wir von den Klebestreifen."

Klaus Müller, Abteilungsleiter des Fischer-Klubs SV Ohlstadt, kritisiert heftig: „Da werden 150 000 Mark in eine Neuentwicklung gesteckt, doch 3000 Mark für den Fischer-Schlitten gibt es nicht. Der ist doch nur zusammengeschustert worden. Da gibt es keine Originalschrauben und -nieten mehr. Und der Boden war auch schon ausgerissen." In die Russenimitation will Fischer nicht so gern steigen. Bei einer Testfahrt stürzte er. Fischer: „Der Bob ist zu spät erschienen, es gibt zuwenig Tests."

In Sarajevo, so scheint es, gibt es im Zweierbob von den Russen Zigarren ...

SKI ALPIN / Marc Girardelli – Ein Österreicher siegt für Luxemburg

Mit olympischer Ehre klappt es nicht, Hofrat will nicht auf Knien rutschen

KLAUS BLUME, Bonn

Nur 559 Meter hoch ist der „Buurgplaatz", höher hinaus geht es in Luxemburg nicht. Im alpinen Rennsport, genauer: im Herren-Slalom, gibt der luxemburgische Ski-Verband dennoch den Ton an, vertreten durch den in Lustenau (Vorarlberg) lebenden österreichischen Slalomspezialisten Marc Girardelli (20). Der junge Mann, der seit drei Jahren im November stets mit dem Schweden Ingemar Stenmark im Schnalstal trainiert, gewann am Sonntag in Kitzbühel den Weltcup-Slalom.

Es war der dritte Sieg des luxemburgischen Vorarlbergers in diesem Winter, und somit ist Girardelli eigentlich einer der großen Olympiafavoriten für Sarajevo. Doch der zur Zeit beste luxemburgische und auch österreichische Slalomläufer wird bei den Olympischen Winterspielen nicht dabei sein, „denn schließlich ist nicht anzunehmen, daß Herr Bundesrat Heller noch eine Kehrtwendung vornehmen wird", sagt Österreichs NOK-Generalsekretär Jungwirth. Bundesrat Kurt Heller ist Präsident des österreichischen Nationalen Olympischen Komitees, und ausgerechnet ihm hatte Girardelli im letzten Herbst mitteilen lassen, „jetzt muß er auf Knien zu mir kommen".

Die Angelegenheit Girardelli – in der Ski-Nation Österreich derzeit Dreh- und Angelpunkt aller Kaffeehauspossen – hat folgende Vorgeschichte: Vor sechs Jahren zweifelte der Stickereifabrikant Helmut Girardelli (acht Angestellte) die Fähigkeiten der Funktionäre und Trainer des Vorarlberger Ski-Verbandes an. Deshalb beschloß er, seinen Sohn selbst zu trainieren und ihn beim luxemburgischen Verband anzumelden. Weil Marc Girardelli damals aber noch keinem Leistungskader angehörte, erlaubte ihm der Internationale Ski-Verband (FIS) lediglich, als Vorfahrer, der nicht am offiziellen Wettkampf teilnimmt, bei großen Rennen zu starten.



Ein Österreicher jubelt nach seinem Sieg für Luxemburg: Marc Girardelli. FOTO: AP

Dieses Entgegenkommen der FIS-Funktionäre brachte den Stein ins Rollen, und heute gibt es kaum ein Weltcup-Rennen, bei dem Vater Girardelli nicht einen Protest einbringt („Schließlich bin ich einer der besten Skitrainer der Welt") oder die anderer Teams ungefragt unterstützt. Ein FIS-Funktionär: „Der Mann ist seit Jahren ein Alptraum. Und meistens ist er ja nicht ganz nüchtern. Dann wird er überaus aggressiv."

Bei den Weltmeisterschaften 1982 in Schladming meldete Helmut Girardelli seinen Sohn als luxemburgischen Teilnehmer an und nannte als Beleg dafür die Nummer eines luxemburgischen Reisepasses. Die Herren der FIS, in Sachen Girardelli skeptisch geworden, fragten beim luxemburgischen Justizministerium nach. Und siehe da, aus dem Reisepaß wurde eine längst abgelaufene, für den Sommer zuvor ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung für Luxemburg. Girardelli durfte bei den Weltmeisterschaften nicht starten.

Für Österreich zu starten, das käme überhaupt nicht in Frage, erklärten jedoch Vater und Sohn stets. Der Grund nach ihrer Ansicht: die fachliche Inkompetenz im österreichischen Ski-Verband. Marc Girardelli im Februar 1983: „Ich verspüre weder Lust noch Interesse, für Österreich zu fahren." Doch das Interesse wuchs, je näher die Olympischen Spiele in Sarajevo heranrückten. Und nach Ablauf der letzten Weltcup-Saison hatte Marc Girardelli schließlich eine stolze Bilanz vorzuweisen: Im Kombinations-Weltcup war er Zweiter geworden und damit bester Österreicher. Im Spezialslalom war er als Weltcup-Siebenter ebenfalls bester Österreicher – alles mit einer luxemburgischen Lizenz.

Also wurde Vater Helmut Girardelli beim Internationalen Ski-Verband in Bern vorstellig, inoffiziell, versteht sich, und unterbreitete folgenden Plan: Im Weltcup sollte sein Sohn als Luxemburger starten, bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo jedoch als luxemburgische Leihgabe für Österreich, doch ausgestattet mit luxemburgischen und privaten Ausrüsterverträgen. FIS-Generalsekretär Gian-Franco Kaspar zur WELT: „Eine idiotische Forderung." Das meinten wohl auch die Funktionäre des österreichischen Nationalen Olympischen Komitees. NOK-Generalsekretär Jungwirth: „Wir haben Herrn Girardelli im Herbst gesagt, er müsse zwei Dinge erfüllen, um als österreichischer Skiläufer nach Sarajevo zu kommen: Erstens muß er die internen Qualifikationen fahren und zweitens muß er aus rechtlichen Gründen seine privaten Verträge fallenlassen." Beides hat er nicht getan. Er hat aber auch keinen luxemburgischen Paß beantragt ...

SKI ALPIN

Sieg nach vier Jahren

sid, Limone Piemonte

In Limone Piemonte, in den italienischen Alpen, feierte das italienische Ski-Team einen überraschenden Triumph beim 7. Weltcup-Slalom der Damen in diesem Winter. Es siegte die Weltmeisterschafts-Dritte Daniela Zini vor ihrer Mannschaftskameradin Maria-Rosa Quario und der Amerikanerin Christine Cooper. Vierte wurde die Schweizer Weltmeisterin Erika Hess.

Maria Epple aus Seeg, die am Sonntag Zweite in Verbier war, belegte diesmal den fünften Platz. „Ich bin sicher, daß die Formsteuerung diesmal aufgeht", sagte sie zufrieden. So langsam etabliert sich die ehemalige Weltmeisterin im Riesentorlauf wieder in der Weltspitze.

Daniela Zini, die 24jährige Siegerin aus Livigno, hatte vor vier Jahren mit dem Slalomsieg in Vysoke Tatry (CSSR) auf sich aufmerksam gemacht, doch dann ließen die großen Erfolge auf sich warten. Vier Jahre hat sie auf einen Sieg gewartet, nun ist sie, kurz vor den Olympischen Winterspielen in Sarajevo, wieder in Schwung.

STANDPUNKT / Was Ski-Asse so alles fordern

Abfahrt nur noch als freier Fall für die Todesmutigen

Vielleicht hat ihnen der Rausch der Geschwindigkeit die Sinne vernebelt. Oder das sogenannte Champagnerklima oberhalb der Baumgrenze, von dem sie so gern sprechen. Wie anders ist es sonst zu verstehen, wenn Österreichs Abfahrtsexperten ausgerechnet einen Tag nach dem Todessturz des früheren Weltmeisters Sepp Walcher den freien Fall auf Skibrettern als Hasardspiel mit dem Leben fordern.

Franz Klammer will endlich wieder sein wahres Können zeigen dürfen, sein Vorgänger Karl Schranz wünscht naturgegebene Wellen und Buckel auf den Pisten, und Trainer Karl Kahr („Downhill-Charly") sagt: „Im Weltcup haben nur noch die Besten Startrecht."

Kahr, der über sich sagt, er wäre ein schwacher Mensch, würde er sich jemals in Frage stellen, will also das brutal-berüchtigte Ausleseverfahren der Österreicher auf die ganze Skiwelt ausdehnen. Also etwa so wie im Falle von Klammers Bruder, der nach einem Sturz querschnittgelähmt blieb.

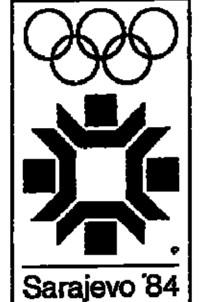
Die österreichischen Forderungen beinhalten schließlich dies: Abfahrtsrennen sollen allesamt zumindest ein solches Spektakel bieten wie in Wengen oder Kitzbühel. Und wer dafür die Qualifikation haben möchte, muß üben. Zum Beispiel am Anfang bei solchen Volksabfahrtsläufen, bei dem am Wochenende der frühere Weltmeister Sepp Walcher tödlich verunglückte.

„Chinesen, Neger und so etwas" – so sagte in Kitzbühel ein Skiproduzent, wolle man ohnehin nicht mehr bei den Abfahrten sehen. Das Ausleseprinzip à la Kahr muß also her: Fahrer „A" geeignet, Fahrer „B" Bammel, Fahrer „C" Genickbruch, Fahrer „D" ... Auf diese Weise bliebe man unter sich: Kopf runter und statt nachdenken immer schön „einibeißen", denn der nächste Sturzflug kommt bestimmt.

Kahr weiß auch, wem das nutzt: Allen, die das lebendig überstehen, weil nämlich die Einschaltquoten der Fernsehanstalten klettern würden. Da ruft dann der Reporter aus: „Zappradi noch 'mal, jetzt kommt Klammer an die Kahr-Klippe, dorthin, wo zum Gedenken an einige mutige Rennläufer drei Kreuze stehen ..."

K.Bl.

OLYMPIA-SERIE / Die Mahre-Zwillinge



● Noch 15 Tage, dann werden die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo eröffnet. Gestern zogen die ersten Athleten aus Kanada ins olympische Dorf, heute kommen alle 72 Athleten des Gastgeberlandes Jugoslawien. Die WELT setzt ihre Olympia-Serie fort. Heute: Die Zwillinge Steve und Phil Mahre aus den USA. Nächste Folge: War Bob-Pilot Georg Großmann ein Feigling, weil er nicht in Lake Placid starten wollte?

Deutscher Trainer und die Lust im Schnee

Von MARTIN HÄGELE

Harald Schönhaar hat sich im Hot-Whirlpool nur kurz herumgedreht, zur kühlen Bierflasche gegriffen und gesagt: „Die Europäer, die können schreiben, was sie wollen." Die Zeitungen hatten berichtet, Steve und Phil Mahre, die Zwillinge und Stars der amerikanischen Ski-Nationalmannschaft, seien aus lauter Ärger über ihre schlechten Plazierungen bei den Dezember-Rennen des Weltcups wieder nach Hause geflogen. Und als sie dann wieder da waren, vertauschten sie – Absicht oder Jux? – ihre Startnummern. Beide wurden in Parpan disqualifiziert. Steve hatte mit der Nummer von Phil gewonnen.

Wenn man von den Mahre-Brüdern (26) redet, dann muß man auch über Harald Schönhaar reden. „Er ist der Mann, von dem wir so ziemlich alles gelernt haben", sagt Phil. Gott sei Dank sei das damals mit den Deutschen passiert. Gott sei Dank, meint auch Schönhaar und lacht im warmen Wasser. Der Deutsche Skiverband hat den Schwaben nach dem Olympia-Winter von Sapporo davongejagt. Das sei eine bayerische Mafia gewesen, die vorne schön lächele, aber dem jungen Mann aus Eßlingen von hinten das Messer ins Kreuz gebohrt habe. Der Manager hieß Heinz Krecek, der Generalsekretär Tiedemann, und Christian Neureuther soll auch gegen Schönhaar gewesen sein.

Aber bevor der hoffnungsvolle Diplomsportlehrer und Jung-Trainer ohne Job vor die Hunde ging, kam der Anruf aus Amerika. Hank Tauber, damals Trainer der US-Skigirls, holte Schönhaar in die USA. Schönhaar sollte die Männer betreuen, die zu jener Zeit im Weltcup hinterherfuhren mit Startnummern ab 60 aufwärts.

Tauber und Schönhaar haben das auf die Beine gebracht, was wir in den letzten Jahren als Skiwunder aus Amerika bestaunen: Die Mahres, Cindy Nelson, Tamara McKinney, Christine Cooper und auch einen gewissen Bill Johnson, der vor ein paar Tagen am Lauberhorn die Schweizer und Österreicher besiegte und als erster Amerikaner eine Weltcup-Abfahrt gewann.

Mit ihren Schützlingen kletterten auch die zwei Trainer nach oben: Tauber wurde Boß des Skiverbandes, später stellvertretender Präsident des internationalen Verbandes. Und als die deutsche Skibindungsfirma Marker vor Jahren kurz vor dem Konkurs stand, kratzte Hank Tauber alle seine Dollar zusammen und kaufte den Laden. Heute wohnen der Unternehmer Tauber und der Chefausbilder und Koordinator Schönhaar im Pulverschneeparadies Park City. Und hier klingelt auch das Telefon, wenn Phil oder Steve einen Rat brauchen.

Wer einmal diesen Schnee unter den Brettern gefühlt hat, der kann verstehen, warum die Mahres im Dezember vor Kunstschnee, Eis und Dreck in Europa geflüchtet sind. Sie hatten die Freude an ihrem Beruf nicht verlieren wollen. Früher habe er sie manchmal heimschicken müssen, erzählt Schönhaar, wenn etwa Steve der Liebeskummer gepackt hatte und er Angst bekam, sein Mädchen liefe ihm während der Zeit seiner Abwesenheit davon. Aber solche menschlichen Probleme müsse ein psychologisch geschulter Trainer eben meistern.

Schönhaar: „Phil und Steve sind die besten Athleten, mit denen ich jemals gearbeitet habe. Ich hatte einige mit größerem Talent, aber die waren lange nicht so eifrig, gewissenhaft und intelligent. Die Mahres sind die ersten am Berg und abends die letzten daheim."

Diesen Spaß am Sport haben sie offensichtlich geerbt. Sport spielt die Hauptrolle in der Familie des David Mahre und seiner neun Kinder. Als er einst erfuhr, daß seine Söhne fürs Skifahren Geld kassierten, ist für ihn ein Ideal zusammengebrochen. Den Deutschen aber, der seine Söhne zu Weltcupsiegern, Weltmeistern und Phil zum Silbermedaillengewinner von Lake Placid gemacht hat, hat der Alte in den Familienrat aufgenommen. Als es darum ging, ob Vater Mahre den Mount Everest noch besteigen könne, hat auch Harald Schönhaar mitgestimmt. Die Expedition des David Mahre ist jedoch wegen schlechten Wetters 500 Meter unterhalb des Gipfels gescheitert.

Nach zehn Jahren Arbeit mit den Zwillingen hat Schönhaar auch keine Schwierigkeiten, die beiden auseinanderzuhalten. Steve fährt nicht so kraftvoll wie Phil, auch passieren ihm häufiger taktische Fehler. „Dafür ist er freundlicher und leutseliger als sein Bruder. Dessen Verschlossenheit rührt wahrscheinlich von den größeren Erfolgen her." Schönhaar glaubt, daß die Zwillinge zusammen den Schlußstrich unter ihre Laufbahn ziehen. Und zwar am Ende dieser Saison.

Aber Olympia reizt noch einmal. Besonders, weil Stenmark, der große Gegner über Jahre hinweg, in Sarajevo nicht am Start ist. „Wenn sie gesund bleiben, zählen beide im Slalom und im Riesenslalom zu den Favoriten", sagt Harald Schönhaar. Der Entdecker und Förderer der Mahres wird dann noch einmal am Hang stehen, obwohl er sich vor zwei Jahren von der Piste an den Schreibtisch des Planers verabschiedet hat. Der Deutsche Skiverband besaß schon viele Planer für das Herrenteam, Läufer von der Klasse der Zwillinge konnte er nicht vorweisen. Oder waren sie, die Planer, einfach schwächer als der Deutsche Harald Schönhaar?

„Lehrstellen-Offensive" für 730 000 Jugendliche

Wirtschaftskuratorium will 1984 allen Bewerbern helfen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit einer „Lehrstellen-Offensive" wollen die im Kuratorium der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Spitzenverbände versuchen, nach Möglichkeit für alle rund 730 000 Jugendlichen, die 1984 darum nachfragen werden, Ausbildungsstellen zu schaffen.

Zentrum eines Maßnahme-Bündels ist dabei eine Plakat-Aktion, die ab 30. Januar für zehn Tage etwa 15 Prozent der Werbefläche der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlins bedecken wird. Auf 10 000 Litfaßsäulen und 25 000 Großwerbeflächen wird dabei im Text gefragt: „Haben auch Sie schon einen Lehrling eingestellt?" Auf einem zweiten Plakat ist die Mahnung: „Wer jetzt ausbildet, sichert nicht nur die Zukunft junger Menschen, sondern auch die eigene" von den Vorsitzenden und Präsidenten verschiedener Berufsverbände unterschrieben, die dem „Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung" angeschlossen sind. Für dieses Gremium lobte der Vorsitzende der Mitgliederversammlung, der Generalbevollmächtigte der BMW AG, Eberhardt Sarfert, in Bonn vor der Presse, daß der Fachverband Außenwerbung e. V. durch Spezialpreise die Aktion überhaupt erst ermöglicht habe.

Die Spitzenverbände appellieren außerdem in einem gemeinsamen Aufruf an alle Betriebe und alle Selbständigen, auch wenn sie bisher nicht ausgebildet haben, unter Umständen in Verbund mit anderen eine Lehrstelle zu schaffen. In dem Appell heißt es dazu: „Mehrere Betriebe errichten zum Zweck der Ausbildung eine Gesellschaft, die mit dem Jugendlichen den Vertrag abschließt."

Als wirkungsvolles Mittel gegen Mehrfachabschlüsse von Ausbildungsverträgen, die nach Sarferts Angaben im Vorjahr rund 30 000 Lehrstellen blockierten, wird die Ausgabe einer „Annahmekarte" für alle Schulabgänger vorgeschlagen, wie sie schon in einigen Bundesländern (so in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) eingeführt wurde. Die Annahmekarte muß bei dem Betrieb eingereicht werden, mit dem der Schulabgänger einen Vertrag schließen will. Obwohl von Gewerkschaften diese Karte als „einschränkende Maßnahme" kritisiert werde, sei sie eine „nützliche Lösung" und jedenfalls besser, als die ersatzweise vorgeschlagene Einreichung nur von Originalschulzeugnissen zur Verhinderung von Doppel-Bewerbungen.

„Im Interesse der Situation", so Eberhardt Sarfert weiter, sollte für die nächsten drei bis vier Jahre auf eine Erhöhung der Ausbildungs-Vergütungen verzichtet werden, da dies ein „großer Faktor der Ausbildungskosten" sei. Sprecher des Kuratoriums der deutschen Wirtschaft nannten ferner die Beseitigung ausbildungshemmender Vorschriften, wie sie gegenwärtig in Gesetzentwürfen zum Jugendarbeitsschutz, zur Arbeitsstättenverordnung und zum Schwerbehindertengesetz vorgeschlagen würden, als günstige Voraussetzung zur Schaffung weiterer Lehrstellen.

Im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen nach Sarferts Worten die Haupt- und Realschüler. Es sei aber unübersehbar, daß immer mehr Abiturienten als Konkurrenz für diese Gruppen in Ausbildungsverhältnisse drängten, um die man sich ebenso bemühe wie um die Mädchen und um Problemgruppen.

Seite 2: Steckbrief

Reagan will mehr Vollmacht für Etat

● Fortsetzung von Seite 1

desstaaten besteht allerdings ein Zwang zum Budgetausgleich, was die Anwendung eines solchen Vetos erleichtert.

Nach einer Gallup-Umfrage würden 67 Prozent der amerikanischen Bürger dem Präsidenten das letzte Wort über Einzelausgaben im Bundeshaushalt zugestehen, 25 Prozent entschieden sich dagegen. Aber anders sieht es auf dem Kapitol aus. Dort spricht man von einem Schachzug Reagans, der im Wahljahr von der zerstörerischen Wirkung des 200-Milliarden-Dollar-Defizits ablenken wolle. Renommierte Republikaner wie die Senatoren Howard Baker und Mark Hatfield, der letztere zuständig für „Appropriations", nennen den Vorgang offen eine „Scharade". Bestritten wird die Zweckmäßigkeit des Vetos auf Bundesebene, da nur die Hälfte der Ausgaben betroffen sei (Transferzahlungen wie Renten und Pensionen sowie Schuldzinsen der Regierung gelten als fixe Größen). Würde Reagan seine kalifornischen Schnitte am Potomac wiederholen, könnte er das Defizit 1984 nur um acht Milliarden Dollar abbauen.

Die Chancen für eine Realisierung des Reagan-Planes sind auch deshalb gering, weil der Kongreß niemals seine angestammten Haushaltsrechte aufgeben wird. „Nur die Legislative entscheidet über Einnahmen und Ausgaben, niemand sonst", erklärte kürzlich der demokratische Sprecher im Repräsentantenhaus, Thomas O'Neill. Überdies könnte natürlich der Kongreß jedes Veto des Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit überstimmen. Kernpunkt ist jedoch die Weigerung, der Exekutive weitere Machtbefugnisse abzutreten. Der unumstrittene Disziplinierungseffekt geht damit verloren.

Zusammenarbeit mit DKP beendet

Friedensbewegung in Baden-Württemberg gegen einseitige Ablehnung der US-Raketen

XING-HU KUO, Stuttgart

Die große Mehrheit der „Friedensbewegung" in Baden-Württemberg, einem Schwerpunkt der Aktionen gegen die Nachrüstung und Stationierung von Pershing-2-Raketen, hat sich von der DKP und deren Organisationen gelöst. 14 Gruppen der „Friedensbewegung" haben am Sonntag im Stuttgarter Gewerkschaftshaus die Zusammenarbeit mit der moskauorientierten Deutschen Kommunistischen Partei und den ihr nahestehenden Organisationen Deutsche Friedens-Union (DFU) sowie SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, die DKP-Nachwuchsorganisation) aufgekündigt.

Zu den 14 Verbänden, die nicht mehr bereit sind, mit den Kommunisten zusammenarbeiten, gehören u. a. die Grünen, die Jungsozialisten, die Gruppe „Ohne Rüstung leben", Pax Christi, die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, die Gustav-Heinemann-Initiative.

Zehn-Punkte-Dokument

Äußerer Anlaß für den organisatorischen und inhaltlichen Bruch der meisten „Friedensinitiativen" mit den bisher einflußreichen Kommunisten war ein Grundsatzpapier mit dem Titel „Stationierung – wie weiter?", das von der DKP und den ihr nahestehenden Organisationen strikt abgelehnt wurde. In dem zehn Punkte umfassenden Dokument der 14 Verbände wird gegen die bisherige Einseitigkeit – als Folge der DKP-Dominanz – in der Beurteilung der Aufrüstung erstmalig in großer Deutlichkeit Stellung genommen. Vor allem folgende Thesen stießen bei den Kommunisten auf entschiedenen Widerstand:

Die „Friedensbewegung" dürfe sich „nicht mehr ausschließlich auf die Ablehnung der neuen US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen konzentrieren, sondern muß das gesamte System der Abschreckungslogik in Frage stellen". Im Klartext: „Die Sowjetunion hat sich auf den seit Jahrzehnten anhaltenden Rüstungswettlauf eingelassen."

Während DKP und Sympathisanten nur eine Verurteilung der westlichen Rüstungsmaßnahmen anstreben, wird von den nichtkommunistischen Teilen eine gleiche Verurteilung von Ost und West befürwortet: „USA und UdSSR verfügen – auch im konventionellen Bereich – über eine Bewaffnung, die für einen Angriffskrieg geeignet ist."

Besonders peinlich für die von Moskau und der SED finanzierte DKP dürfte der Satz sein: „Unsere besondere Verbundenheit gilt der unabhängigen Friedensbewegung der DDR." Die Vertreter der 14 Organisationen setzten dank ihrer Mehrheit noch vor dem Bruch auch durch, daß ein Telegramm an SED-Chef Erich Honecker abgesandt wurde. Darin fordert die „Friedensbewegung" in Südwestdeutschland die sofortige Freilassung der inhaftierten „DDR"-Frauen Ulrike Poppe und Bärbel Bohley. Sie hatten gegen die Stationierung der SS-20-Raketen auf „DDR"-Gebiet protestiert. In dem Telegramm an Honecker wurde unterstrichen, daß die „Sache des Friedens unteilbar und unverzichtbar" sei.

Die Trennung des größten Teils der baden-württembergischen „Friedensbewegung" von den Kommunisten war für Insider keine Überraschung. Schon seit Monaten schwelte der Unmut der Nichtkommunisten über den zunehmenden Einfluß der zahlenmäßig zwar kleinen DKP, die aber aufgrund ihrer finanziellen Stärke durch Hilfe aus Ost-Berlin und disziplinierten Kader-Struktur unentbehrlich geworden zu sein schien.

Die beherrschende Position der Kommunisten, für die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik seit langem kein Geheimnis mehr, wurde zunächst als Behauptung „kalter Krieger" von Teilen der „Friedensbewegung" verniedlicht. Erst als Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll, selbst ein entschiedener Nachrüstungsgegner, im Herbst 1983 vor dem DKP-Einfluß in der „Friedensbewegung" warnte, verstummten solche Bagatellisierungen. Böll forderte die nichtkommunistische „Friedensbewegung" auf, mehr auf Distanz zur DKP zu gehen, was jetzt erstmals im Südwesten mit aller Konsequenz geschehen ist.

Parteiamtlich bestätigt

Parteiamtlich bestätigt wurde der große Einfluß der DKP innerhalb der „Friedensbewegung" auf dem Anfang Januar dieses Jahres durchgeführten DKP-Parteitag in Nürnberg. Der wiedergewählte Vorsitzende Herbert Mies und das SED-Politbüromitglied Egon Krenz hoben die außerordentlich aktive Rolle der DKP in der westdeutschen Friedensbewegung hervor. Mies und andere Delegierten betonten dabei vor allem die gute Zusammenarbeit mit „sozialdemokratischen Genossen", Grünen und anderen „Friedensfreunden".

Die DKP unterstrich in Nürnberg auch, daß sie in diesem Jahr an allen Demonstrationen, Aktionen und Blockaden der „Friedensbewegung" aktiv teilnehmen werde. Gleichzeitig rühmten sich die Kommunisten, daß sie maßgeblich an den Blockaden in Mutlangen und anderswo sowie bei der Bildung der Menschenkette von Stuttgart nach Ulm am 22. Oktober 1983 teilgenommen hätten.

Vogel lehnt Null-Runde für Beamte ab

dpa, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, hat sich gegen eine „Null-Runde" im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Vogel erklärte in einem Interview mit der Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, es gebe keine Rechtfertigung, einen bestimmten Bereich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln.

Vogel bezog sich in seiner Begründung vor allem auf die unteren und mittleren Einkommen im öffentlichen Dienst. In der Bundestagsfraktion seiner Partei werde allerdings die Auffassung vertreten, daß von einer bestimmten Besoldungs- und Vergütungsgruppe an ein „gewisser Schnitt" gemacht werden könne. Was hier durchaus von Nutzen sei, würde für die Angehörigen des einfachen und mittleren Dienstes die Grenze des Zumutbaren überschreiten, betonte Vogel.

Früherer Minister kritisiert Thatcher

AFP, London

Harte Kritik mußte die britische Regierungschefin Margaret Thatcher erneut aus der eigenen Partei einstecken. Ihr früherer Minister Sir Ian Gilmore prophezeite einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen, falls die Premierministerin ihre Wirtschaftspolitik nicht ändere. In einem Fernsehinterview erklärte Gilmore, Frau Thatcher habe zwar die letzten Wahlen „triumphal" gewonnen, aber dies sei nur auf den britischen Sieg im Falkland-Konflikt zurückzuführen. Das Volk werde aber nicht ewig der Meinung sein, daß 3,5 oder vier Millionen Arbeitslose zumutbar seien.

KRITIK

Kopf und Herz Jerusalems

Teddy Kollek gilt außerhalb Israels vielfach als Synonym für Jerusalem. Dieser Bürgermeister ist tatsächlich aber, wie es im Hebräischen heißt, nicht nur der Kopf der Stadt – er ist auch ihr Herz. Das konnte jeder fühlen, der „Mister Jerusalem" in der feinfühligen Befragung durch Rudolf Radke in der Sendung **„Zeugen des Jahrhunderts"** erlebte:

Da saß er mit einer an einen Bären gemahnenden · Physiognomie und nahm ohne falsches Selbstbewußtsein („Ich bin der populärste Bürgermeister der Welt") im wienerisch gefärbten Plauderton zu den vitalen Problemen seines Landes Stellung. Jerusalem war schnell abgehakt. Das Geheimnis von Kolleks Erfolg als Stadtvater seit 1965 wurde rasch klar: Menschlicher Pragmatismus. So war sein erster Gedanke nach der Wiedervereinigung der Stadt im Jahre 1967: „Wie bekommen die Araber im Ostteil der Stadt umgehend Essen, Wasser und Strom" und danach wurde alles getan, „um sie so zu behandeln, wie jeden anderen Bürger der Stadt ... mit Respekt".

Stärker beschäftigen Kollek jedoch die nationalen Probleme. Der Praktiker, ein Schüler des Staatsgründers und Philosophen Ben Gurion bedauert, daß die „heroische Periode" Israels schon vorbei ist. „Wir haben einen Staat gegründet, aber wir müssen erst beweisen, daß wir auch ein Staatsvolk sind, einen Staat führen können", fordert er seine Landsleute auf.

RAFAEL SELIGMANN

Sonntags ein Schluck Leben

Die „kleinen Geschichten zur Unterhaltung" sind so eine Art Lebenstip für alte Menschen: Geh nur um die Ecke, da steht ein Mensch in Not, dem du helfen kannst. Angesichts dieser warmherzigen Absicht wäre es vermessen, die darstellerische Perfektion von **Jakob und Adele**, ZDF, (sprich Carl Heinz Schroth und Brigitte Horney) zum Gegenstand einer kritischen Würdigung zu machen; beide tun, was ihnen aufgetragen ist, sie geben dem Sonntagabend einen Schluck Leben, einen Tupfer jener herzlichen Banalität, die unser Leben auf weite Strecken ausfüllt.

Der Autor Herbert Reinecker, der mehr und mehr zum Haupt- und Staatsdichter der deutschen Fernsehnation wird, hat nicht mehr gemacht, als den nicht alltäglichen Alltag zweier alter Menschen gewissermaßen zu dialogisieren. Sie sprechen miteinander, und da sie sprechen, leben sie, das ist das Fazit. Da ist es ziemlich gleichgültig, ob die Hilfsbereitschaft der beiden Menschen gar so effektiv ist. Nach den unzähligen Film-Alten, deren Hauptmerkmal das Granteln, die präsenile Grämlichkeit oder sonst etwas aus der medizinischen Verschleißforschung ist, tut einem diese lächelnde Belanglosigkeit geradezu wohl. Freilich, das Leben mag anders sein, aber die Hoffnung liegt im Märchen, im ganz und gar gewöhnlichen Schwatz unter der Oktobersonne.

VALENTIN POLCUCH

Das Feuerwerk des Entsetzens

Daß es für Journalisten kein Kinderspiel ist, leidlich wirklichkeitsgetreu aus Krisenzentren wie dem Libanon zu berichten – wer wüßte es nicht. Und wer möchte bei einer dermaßen komplexen politischen und strategischen Lage nicht auch grobe Vereinfachungen verzeihen? Wie oft schließlich muß noch die Binsenweisheit auf den Tisch, daß nicht der normale Alltag Nachrichten produziert, sondern die große Ausnahme von demselben, letztlich eben die Sensation. Etwas „Besonderes" muß schon passieren, damit es der Welt Aufmerksamkeit wert wird. Was aber wiederum nicht heißt, daß vom Zuschauer hinter dem Feuerwerk des Entsetzens nicht doch auch – oder gerade – ein möglichst gerechtes Panorama der Hintergründe und Verkettungen erwartet wird.

Machen es sich hier unsere Fernsehreporter zu einfach? Gewiß – hierin lag die von Manfred Buchwald geleitete Diskussion **„Ein Krieg wird vermarktet – die Medien im Libanon-Konflikt"** (ARD) in ihrer konformen Tendenz nicht eben schief. Doch fußen diese Mängel in der Berichterstattung mitnichten darauf, daß „Sensation" gesucht wird oder daß gar, wie hier unterstellt, etliche Kämpfe überhaupt nur der großen Fernsehshow wegen stattfänden. Sie liegen vielmehr in der historisch-politischen Unwissenheit so vieler Reporter wie in deren krassen politischen Einseitigkeit.

HERMANN A. GRIESSER



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?
10.55 Bitte umblättern
11.40 Themenshow Der Kuß
12.10 Jerusalem vor dem Kanzlerbesuch
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Mascha Blankenburg
Film von Anna Dünnebier
16.55 Spaß am Dienstag
Funkes Werkstatt (3)
Fernsehserie
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Kaiserin Elisabeth von Österreich
21.00 Report
Die alltägliche Diskriminierung: *Homosexualität / Standhaft* gegen Flick: Der erfolgreiche Kampf des SPD-Bundestagsabgeordneten Spöri / Die Krise der Grünen – Wolf-Dieter Hasenclever gibt auf / 38 Jahre nach Auschwitz: deutsch-arabische Waffengeschäfte
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Ein Ewing bleibt ein Ewing
Regie: Larry Hagman
Miss Ellie ist deprimiert, weil die Gerichtsverhandlung über die Testamentsanfechtung anders ausgegangen ist, als sie gehofft hatte.
23.00 Kulturwelt international
Themen:
Karen Silkwood – Kämpferin gegen Atomkraftwerke / Christer Stroemholm – der schwedische Meisterfotograf / Kulturszene Leningrad / Die neue Callas – Cecilia Gasdia.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Stadtporträt Augsburg
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Peppino
4. Folge: Die Flucht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die „Conditors"
17.50 Waldheimat
4. Teil: Als ich zur Drachenbinderin ritt
Anschl; heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
18.57 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Unser Mann vom Südpol
Von Walter Kärger und Michael Riedner
Mit Jan Fedder, Monika Baumgartner, Tilo Prückner, Jürgen Mumm und anderen
Regie: Peter Adam
20.59 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
Hintergrund: Deutsche Waffen – gebremster Renner? / Sozialreport: Deutsche Pillen – superteuer? / Tip: Für wen lohnt sich eine Kreditkarte?
Moderation: F. Ost.
21.45 heute-journal
22.05 Eine unmögliche Liebe
(El Nido)
Spanischer Spielfilm (1980)
Regie: Jaime de Arminan
(Dt. Erstaufführung)
23.50 heute

III.

WEST
20.15 Auslandsreporter
Die tödliche Koordinate
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren:
Die ersten Olympischen Winterspiele
21.00 Formel Eins
21.45 Vor der Tür das große Geld
22.15 Deutscher Alltag
Porträt zweier Trabrennfahrer
23.00 Grenada – Invasion oder Befreiung

NORD
21.15 Der Prinzregent (4)
22.05 Ich und Du

HESSEN
20.00 Die Wand (1)
Dreiteil. franz. Fernsehfilm
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Das, was ich vielleicht am besten kann ...
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Max-Ophüls-Wettbewerb '84
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Ärger im Paradies
Amerikanischer Spielfilm von 1932
22.35 Avanti! Avanti!

BAYERN
19.20 Im Kittchen ist kein Zimmer frei
Französisch-italienischer Spielfilm aus dem Jahr 1959
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z.E.N.
22.35 Im Gespräch

Kleine Ursache . . .

HH – Die Weltwirtschaft ist im letzten Jahrzehnt von zwei Ölkrisen – 1973/74 und 1978/80 – erschüttert worden. Der scheidende Exekutivdirektor der Internationalen Energie Agentur (IEA), Ulf Lantzke, hat jezt auf einem BBC-Seminar daran erinnert, welch lächerlich geringe Fehlmengen in der Ölversorgung zu diesen beiden Ölschocks geführt und zum Beispiel dem libyschen Staatschef Khadhafi den Embargoknüppel in die Hand gegeben haben.

1973 seien durch das Ölembargo der arabischen Förderländer etwa drei Millionen Faß täglich (bei einem Weltverbrauch von rund 56 Millionen Faß) für fünf Monate ausgefallen; 1979 sei die Fehlmenge noch geringer gewesen. Lantzke fragt daher zu Recht, „ob diese weltwirtschaftlichen Erschütterungen nicht durch konsequente Vorsorgepolitik hätten vermieden werden können". Nun, eine der Antworten der Industrieländer auf die erste Ölkrise war die Gründung der IEA, die dann einen Ölverteilungsmechanismus für Krisenfälle entwickelte. Allein die Existenz dieses Krisenmechanismus – in Verbindung mit den nationalen Pflichtvorräten – mag dazu beigetragen haben, daß der jahrelange Krieg Irans gegen Irak keine neue Hysterie ausgelöst hat, obwohl die Ölausfälle denen der Irankrise von 1979 vergleichbar waren.

Der seit 1979 zurückgehende Weltölverbrauch dürfte sich ebenfalls wogenglättend ausgewirkt haben. Doch sollte man auf diesen Trend – jedenfalls unter strategischen Gesichtspunkten – nicht ohne weiteres setzen. Sonst könnten sich, wenn die Weltkonjunktur anspringt und der Ölverbrauch in die Höhe geht, die alten Abhängigkeiten – und Erpreßbarkeiten – wieder einstellen.

Weinlaune

Ha. (Brüssel) – In Weinlaune scheinen die EG-Instanzen gewesen zu sein, als sie das Prämiensystem der Gemeinschaft zur Umstrukturierung oder Umstellung von Rebflächen schufen. Neun Verordnungen und Richtlinien regeln derzeit die Vergabe von Zuschüssen aus dem Brüsseler Agrarfonds. Kein Wunder, daß der Europäische Rechnungshof Beispiele für widersprüchliche Beihilfenpraktiken und säumige Zahlungen ausfindig machte. Nachdem die EG im Rahmen der Verordnung 17/64 im Gebiet von Armagnac/Südwestfrankreich Neubestockungsvorhaben im Umfang von mehreren tausend Hektar sowie den Bau und Erweiterung einer Brennerei finanziert hatte, wurden von ihr im gleichen Departement auf Grund anderer Verordnungen ebenso umfangreiche Rodungs- und Umstellungsprogramme bezuschußt. Die betroffenen Winzergenossenschaften – so heißt es im Bericht des Rechnungshofes – hätten angesichts dieser widersprüchlichen Auswirkungen ihrer „Entmutigung" Ausdruck gegeben. Noch mehr Anlaß zum Kopfschütteln haben vielleicht die Steuerzahler.

WERFTEN / Bundeswirtschaftsministerium: Immer noch viel zu hohe Kapazitäten

Bonner Schiffbaupolitik soll zuerst Wettbewerbsverzerrungen abbauen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die deutschen Werften müssen ihre Kapazitäten trotz höherer Subventionen weiter anpassen. Eine Teilnahme am Subventionswettlauf mit anderen Schiffbauländern kann nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums keine Entlastung bringen. Denn: „Neue Aufträge lassen sich damit nicht produzieren und die Besinnung auf die eigenen Kräfte tritt in den Hintergrund", heißt es in einem Situationsbericht des Ministeriums. Zur bisherigen Subventionspolitik hat sich das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung äußerst kritisch geäußert.

Die deutschen Werften sind nach dem Bericht des Wirtschaftsministeriums von der weltweiten unbefriedigenden Auftragslage überwiegend erst spät erfaßt worden. Dieses kommt in den hohen Schiffsablieferungen von gut vier Milliarden Mark im vergangenen Jahr zum Ausdruck. Im Verlaufe des letzten Jahres hat die schlechte Nachfrage und die verschärfte Konkurrenz aus Ostasien auch auf den deutschen Schiffsbau durchgeschlagen.

Trotzdem konnten sie 1983 Exportaufträge von mehr als einer Milliarde Mark hereinholen und die von den deutschen Reedern voll in Anspruch genommene Reederhilfe von 230 Millionen Mark, die einem Schiffbauvolumen von 1,9 Milliarden Mark entspricht, auf sich ziehen. Die Exportaufträge kamen vor allem aus Entwicklungsländern und wurden durch den Einsatz von Werfthilfemitteln gefördert. Das inländische Auftragsvolumen von *1,9 Milliarden Mark* enthält allerdings zu einem nennenswerten Teil auch Aufträge aus dem Vorjahr, die wegen des damaligen Nachfrageüberhangs beim Reederprogramm erst später gefördert werden konnten.

In diesem Jahr steht den deutschen Reedern ein auf 250 Millionen Mark ausgeweitetes Programm zur Verfügung, das bei voller Inanspruchnahme ein Auftragsvolumen von gut zwei Milliarden Mark ermöglicht. 1985 und 1986 soll die Finanzkraft der Reeder zusätzlich durch Finanzbeiträge des Bundes von jeweils 40 Millionen Mark gestärkt werden. Das Wirtschaftsministerium hofft, daß trotz des fehlenden Nachfrageüberhangs das Reederprogramm wieder voll in Anspruch genommen und von den deutschen Werften auf sich gezogen werden kann. Durch die zur Verfügung stehende Werfthilfe sollte wie im Vorjahr ein Auftragsvolumen aus dem Ausland von einer Milliarde Mark erreicht werden können.

In ihrer Schiffbaupolitik geht es der Bundesregierung primär um den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen *auf dem Weltschiffbaumarkt*. Ein gewisser Ausgleich soll durch Subventionen erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften zu stärken und bruchartige Entwicklungen bei dem notwendigen Anpassungsprozeß zu vermeiden.

Das Hamburger Institut weist darauf hin, daß der Abbau der Kapazitäten zu langsam vollzogen wurde und daß sie nach wie vor viel zu hoch sind. Dazu hat die Subventionspolitik nicht unerheblich beigetragen. Die Teilnahme am Subventionswettlauf mit dem Ziel, durch eigene Mittel die Konkurrenzländer zur Rücknahme ihrer Hilfen zu bewegen, hat sich nicht als Erfolg erwiesen. In einigen Fällen hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften nicht nur durch die ausländischen Subventionen gelitten, in Teilbereichen hat die Konkurrenz Kostenvorteile erreicht. Es wäre unökonomisch, hier mit Subventionen gegenhalten zu wollen, wenn nicht die Aussicht besteht, diese Kostenvorteile auch im eigenen Land realisieren zu können.

Entschieden wendet sich das Institut auch gegen das in der subventionspolitischen Diskussion häufig genannte Ziel der Sicherung der Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit einer eigenen Flotte. Dieses Antarkie-Argument sei bestens geeignet, Dauersubventionierungen zu begründen. Das Institut plädiert jedoch für eine Befristung der Hilfen. Wenn keine Erfolge zu erzielen sind, sollten die Subventionen eingestellt werden. *Umstrukturierungshilfen* gehen überdies zu Lasten anderer Unternehmen und Branchen und sollten daher nur in Ausnahmefällen gewährt werden.

STEUERPOLITIK

Höherer Freibetrag zur Entlastung der Alleinerzieher

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung wird jetzt die steuerliche Behandlung Alleinerziehender neu regeln. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 1982 muß diese Regelung spätestens am 1. Januar 1985 in Kraft treten. Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 1985 fertiggestellt, der neben diesem politisch wichtigsten Punkt unter anderem auch eine Änderung der Abgabenordnung und die Übernahme bestimmter EG-Richtlinien in nationales Recht vorsieht.

Stoltenberg hat sich für eine Entlastung der Alleinerziehenden durch einen Steuerfreibetrag entschieden, dessen genaue Höhe morgen bekanntwerden dürfte. Inoffiziell ist bisher von einem Pauschalbetrag von 6000 Mark jährlich die Rede; bei Einzelnachweis sollen auch höhere Belastungen steuerlich berücksichtigt werden können. Zugleich soll aber vermieden werden, daß Alleinerziehende im Vergleich zu Familien mit Kindern einen Steuervorteil erhalten, dies schon aus Verfassungsgründen.

Offen ist, ob mit dieser Regelung bereits eine Vorentscheidung auch für den Familienlastenausgleich verbunden ist. Die Bundesregierung will, wie berichtet, bis zur Jahresmitte hierüber entscheiden und prüft derzeit zwei Lösungsansätze: neben der Regelung über einen Steuerfreibetrag das Ehegattensplitting, jeweils in Verbindung mit Kindergeldzahlungen an die Bezieher niedriger Einkommen.

Zwar hatte sich der Bundeskanzler in zwei Regierungserklärungen auf das Ehegattensplitting festgelegt. Doch ist die Diskussion neuerdings wieder völlig offen, und Finanzminister Stoltenberg hält sich mit einer Festlegung zurück. Politisch von Bedeutung ist vor allem, daß die Länder ganz überwiegend die Freibetragslösung vorziehen.

Da die Neuregelung des Familienlastenausgleichs als wichtiger Bestandteil der Steuerreform (auch Änderung des Steuertarifs zum Abbau heimlicher Steuererhöhungen) voraussichtlich noch in dieser Legislaturperiode – zumindest zum Teil – in Kraft treten soll, könnte sich die Bundesregierung bei den Alleinerziehenden auch für eine Übergangsregelung entscheiden, die zum Beispiel 1987 in den umfassenden Familienlastenausgleich einmündet.

Alleinerziehende haben bisher einen Haushaltsfreibetrag von 4212 Mark jährlich, der in die geplante 6000-Mark-Regelung eingehen dürfte. Mit Blick auf die Haushaltslage sind weitergehende Zugeständnisse des Finanzministers kaum zu erwarten.

Der Steuerexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Gobrecht, hat sich gegen die Steuerfreibetragslösung für die rund 900 000 Alleinerziehenden ausgesprochen. „Denn damit würden erneut die Großverdiener herausragend begünstigt, während gerade die kleinen und mittleren Steuerzahler als Alleinstehende mit Kindern die Entlastung brauchen." Gobrecht plädiert daher für einen „festen und gleich hohen Steuerabzugsbetrag von zum Beispiel 1500 Mark jährlich".

Produktion hinkt nach

Von WILHELM FURLER, London

Ginge es nach der stürmischen Entwicklung an der Londoner Börse, wo die Aktienkurse seit Wochen von Rekordstand zu Rekordstand eilen, dann müßte es mit der britischen Wirtschaft eigentlich im Eiltrab bergauf gehen. Dabei tut sich in der Konjunktur-Entwicklung Großbritanniens allerdings eine Diskrepanz auf, deren Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden sollte. Es geht um die sich weitende Schere zwischen dem Boom der Konsumenten-Ausgaben und der bedrohlich zurückhängenden Industrieproduktion.

Während das Volumen der Einzel*handelsverkäufe im* vergangenen Jahr vorläufigen Statistiken zufolge um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, hat die Produktion in der verarbeitenden Industrie mehr oder weniger stagniert. Jedenfalls stieg sie im Durchschnitt der ersten neun Monate des vergangenen Jahres, verglichen mit der gleichen Zeit 1982, gerade um ein halbes Prozent.

Noch enttäuschender verlief die Produktionsentwicklung im Investitionsgüter-Sektor. Vorausssichtlich wird sich hier für das vergangene Jahr sogar ein leichter Rückgang gegenüber 1982 herausstellen. Monat für Monat müßte in Großbritannien eigentlich die Frustration darüber wachsen, daß jede Reaktion der Produktionsziffern auf die sich überbietenden Verbrauchs-Statistiken ausbleibt.

Dies um so mehr, als das Produktionsniveau in der verarbeitenden Industrie immer noch um rund 14 Prozent unter dem Stand von 1979 liegt, also kurz bevor der stärkste konjunkturelle Rückschlag seit den dreißiger Jahren einsetzte.

Alle Konjunktur-Hoffnungen in Großbritannien *richten* sich darauf, daß die anhaltend starke Verbrauchernachfrage letztlich eine Belebung der Produktionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie und damit eine wachsende Investitionsneigung in Gang setzt. Doch Woche für Woche vergrößert sich die Gefahr, daß der Boom bei den Konsumenten-Ausgaben jäh verebbt – schließlich wird er in zunehmendem Umfang durch Teilzahlungskredite, zinslose Kauf-Darlehen und Überziehungskredite finanziert. Allein im November stieg das Volumen neuer Kredite, die Verbrauchern eingeräumt wurden, gegenüber Oktober um 14 Prozent.

Immer wieder hört man das Argument, die zurückhängende Industrieproduktion gehe zu einem großen Teil auf den länger als erwartet andauernden Lagerabbau bei Herstellern und im Handel zurück. Doch dieser Prozeß zieht sich schon über Jahre hin und müßte eigentlich längst abgeschlossen sein. In Wahrheit kristallisiert sich immer deutlicher heraus, daß mangelnde Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in weiten Teilen der britischen Industrie, verstärkt durch einen relativ festen Pfundkurs gegenüber allen wichtigen Währungen mit Ausnahme des Dollar und des Yen, zu einem bedrohlich wachsenden Importsog geführt haben.

Allein im Oktober lag das Importvolumen (Öl ausgenommen) um 18 Prozent über dem Monatsdurchschnitt von 1982, was natürlich vor allem mit dem Weihnachtsgeschäft in Verbindung gebracht werden muß. Aber dennoch zeigt diese Zahl genauso wie die generell an den Außenhandelsstatistiken abzulesende Zunahme der Importe, daß die britische Industrie zumindest in weiten Bereichen nicht oder noch nicht in der Lage ist, nachdrücklich auf die kräftige Nachfrage am heimischen Markt zu antworten. Um wieviel schwerer muß es ihr fallen, auf den Exportmärkten zu bestehen?

Die vordringlichste Aufgabe der Regierung Thatcher kann jetzt nur lauten, die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft verbessern zu helfen, bevor der Sprung auf den bereits angefahrenen Welt-Konjunkturzug verpaßt wird. Im nächsten Budget Mitte März ist die Chance gegeben, die antiinflationäre Schraube wenigstens ein kleines bißchen zu lockern. Ohnehin dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur (Straßennetz, Abwasserkanalisation), eine reduzierte Kostenbürde für die Industrie und schließlich ein niedrigeres Zinsniveau (die britische Wirtschaft zahlt im Schnitt 30 bis 40 Prozent höhere Zinsen als die in Japan oder Deutschland) könnten Schlimmes verhindern: Daß die Produktions-Misere anhält, die Importflut zunimmt und es schließlich zu einer Zahlungsbilanz-Krise mit allen negativen Auswirkungen auf Wachstum und Steuern kommt.

AUF EIN WORT

„Die Erfolge bei Energieeinsparung und Steigerung der einheimischen Energieproduktion haben jeder für sich das Energiepotential einer normalen Jahresölförderung von Saudi-Arabien."

Dr. Ulf Lantzke, Exekutiv-Direktor der Internationalen Energien-Agentur
FOTO: CAMERA PRESS

Industrie erheblich optimistischer

dpa/VWD, **Mülheim**

Die Stimmung in der Industrie hat sich nach Einschätzung der Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, seit Herbst 1983 deutlich verbessert. Durchschnittlich rechneten die Unternehmen der Bundesrepublik – ohne Bergbau – für 1984 mit einer realen Steigerung der Investitionen um 3,6 Prozent, berichtet die Investitionsgüter-Vermietungsgesellschaft gestern nach ihrer jüngsten Konjunkturumfrage. Die Wachstumsrate liege jedoch niedriger als die letzten Schätzungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und des Sachverständigenrates. Weite Teile der deutschen Industrie, begründet das Unternehmen die Abweichung, spürten noch die Spätfolgen der Rezession. Zunehmend gehemmt werde die Investitionsneigung durch das relativ hohe Zinsniveau, den hohen Kurs des US-Dollar und die Ungewißheit über die Entwicklung der Kostenbelastung.

EG-BUDGET-STREIT

Großbritannien plädiert für eine dauerhafte Lösung

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Den Wunsch nach einer dauerhaften Lösung für die europäischen Budget-Streitigkeiten hat der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe gestern in Brüssel bekräftigt. Jede zeitlich befristete Regelung laufe Gefahr, den Prozeß der Wiederbelebung der Gemeinschaft aufzuhalten, sagte Sir Geoffrey zum Auftakt der ersten Außenminister-Konferenz *unter französischer Präsidentschaft*.

Er wandte sich damit vor allem gegen Äußerungen aus Paris. Sie deuten darauf hin, daß Frankreich nach wie vor nur an eine vorübergehende Änderung der bisherigen Finanzregeln in der Gemeinschaft denkt. In diplomatischen Kreisen Brüssels wird angesichts der nach wie vor schwer zu überbrückenden Interessengegensätze ebenfalls zunehmend wieder von Ad-hoc-Lösungen für den britischen und deutschen Beitragsausgleich gesprochen.

In einem Papier, das die britische Delegation gestern in Umlauf brachte, heißt es, in den bisherigen Verhandlungen habe jeder sich stets ausgerechnet, wieviel es ihn kosten würde, den britischen und deutschen Finanzbeitrag auf eine vernünftige Höhe zu reduzieren. „Die Tatsache, daß sie die Sache so angehen, beweist, daß das Problem der durch die Gemeinschaft aufgebürdeten Haushaltsbelastung ein wirkliches Problem ist."

Die britische Regierung drängt nach wie vor auf einen Beitragsausgleich, der so lange gilt, wie sich das Problem in der Praxis stellt. Er muß nach ihrer Meinung auf einer objektiven Berechnung der Haushaltsbelastungen basieren und dem Grundsatz folgen, daß Kompensationen in eine Beziehung zur Zahlungsfähigkeit des betroffenen Staates gesetzt werden.

EXPORTFINANZIERUNG

Klage der Industrie über Nachteile im Wettbewerb

JOACHIM WEBER, **Baden-Baden**

„Jedes Prozent Exportrückgang betrifft 60 000 Arbeitsplätze, bei zehn Prozent *sind* es *mithin* schon 600 000", warnt Bernd Müller-Berghoff, Vorstandsmitglied der Brown Boveri & Cie AG, Mannheim, vor einer Gefährdung des deutschen Auslandsgeschäfts. Gerade gegenwärtig sehe sich die Exportindustrie wachsenden Schwierigkeiten gegenüber, vor allem bei der Finanzierung von Exportaufträgen.

Große Sorgen bereitet die immer schlechtere Bonität der Schuldnerländer – von Anfang 1981 bis Mitte 1983 kam es zu 35 Umschuldungen. Die Folge: Für Großaufträge sind keine Kreditgeber mehr zu finden. Die Banken halten sich zunehmend zurück, die Industrie aber kann wegen ihres ohnehin knappen Finanzierungsspielraums diese Funktion nicht zusätzlich übernehmen.

Auch bei der staatlichen Kreditversicherung sieht Müller-Berghoff die deutsche Industrie gegenüber der *Auslandskonkurrenz im Nachteil*. Während es in anderen Ländern durchweg das Instrument der Ausfuhrbürgschaft oder -garantie mit mehr oder minder deutlichem Subventionscharakter gebe, sei bei der Hermes-Versicherung eine Subvention des Exports grundsätzlich ausgeschlossen. Zusätzliche Kalkulationserschwernisse bringe die jetzt anstehende Gebührenerhöhung, die je nach Zahlungsbedingungen bei 45 bis 65 Prozent liegen werde.

Probleme gibt es nicht zuletzt bei den Kreditkonditionen. Während andere Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien) kräftige Zinssubventionen verteilen und auch die Entwicklungshilfe in die Exportfinanzierung einbezögen, halte sich die Bundesrepublik vornehm zurück.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Volkseinkommen der Bundesrepublik Deutschland erhöhte sich 1983 nach Schätzungen des Sachverständigenrats um 3½ Prozent auf 1270 Milliarden Mark. An diesem Anstieg waren die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit einem Zuwachs von 1,5 Prozent, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit einer Zunahme von 10,5 Prozent beteiligt. Dadurch ging der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen – die Lohnquote – von 73,7 Prozent im Vorjahr auf 72,0 Prozent zurück. 1981 hatte sie mit 74,4 Prozent den bisher höchsten Stand erreicht.
QUELLE: ZAHLENBILDER

Stau am Bundesfinanzhof

Bonn (DW.) – Die Chancen eines Steuerpflichtigen, beim Bundesfinanzhof (BFH) zu obsiegen, stehen eins zu vier. Nach Mitteilung des höchsten Finanzgerichts sind im vergangenen Jahr 25,1 Prozent (oder 519 Fälle von 2066 Fällen) zugunsten der Steuerzahler entschieden worden. Der Prozeßstau bleibt jedoch beträchtlich: Ende 1983 waren 4603 anhängig, während es ein Jahr zuvor nur 4067 waren. Die durchschnittliche Prozeßdauer beim BFH betrug ein Jahr und zehn Monate.

Kritik an der EG

Buenos Aires (dpa/VWD) – Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat der Europäischen Gemeinschaft vorgeworfen, von Argentinien Dinge zu erwarten, die sie selbst nicht biete: Die Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem Ausland. Es sei zwar vernünftig, den argentinischen Markt zu öffnen, aber erst müßten die Widersprüche aufhören. Grinspun betonte die Notwendigkeit, die argentinischen Exporte zu erhöhen, da das Land mehr als 40 Milliarden Dollar Schulden habe, von denen acht Milliarden 1982 und 1983 *fällig* waren, aber noch nicht refinanziert wurden. Die Regierung werde alles unternehmen, um die Ausgaben des Staates zu senken. Eine wesentliche Rolle spiele dabei die Möglichkeit der Privatisierung von Staatsbetrieben. Eine Kommission prüfe gegenwärtig, welche Staatsbetriebe nicht von lebenswichtigem Interesse für den Staat seien.

Neue „Fed"-Termine

Washington (Sbt.) – Das Federal Reserve Board, Amerikas oberste Währungsbehörde, wird die wöchentlichen statistischen Daten über die Geldversorgung in Zukunft nicht mehr freitags, sondern jeweils am Donnerstag um 16.15 Uhr Ortszeit veröffentlichen. Die Umstellung erfolgt am 16. Februar. Die Berichtswoche endet am vorausgegangenen Montag – ebenfalls eine Neuerung. Nach Angaben der US-Notenbank erhöhte sich das Geldaggregat MI (Bargeld und Sichteinlagen) in der vergangenen Woche um 3,8 (Vorwoche: 0,5) Milliarden Dollar. Es liegt aber weiterhin innerhalb des Zielkorridors. Ausstehende Geschäftskredite amerikanischer Großbanken sanken um 2,64 Milliarden Dollar.

Pfaff-Wandelanleihe

Frankfurt (adh) – Der langfristigen Finanzierung von Investitionen und der Ausweitung des Geschäftsvolumens sollen 15 Millionen Mark aus einer Wandelanleihe dienen, die die G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern, jetzt auflegt. Die Wandelschuldverschreibungen sollen den Aktionären bei zehnjähriger Laufzeit im Verhältnis 3:1 zu sechs Prozent Zinsen und einem Ausgabekurs von 100 Prozent angeboten werden. Das Umtauschverhältnis 5:2 (ab 1. Januar 1985) entspricht einem Wandlungspreis von 140 Mark je 50-DM-Aktie. Nach den vorläufigen Zahlen steigerte Pfaff im vergangenen Jahr seinen Umsatz um 9 Prozent auf 830 Millionen Mark, gleichzeitig habe sich der Ertrag verbessert.

Deka kürzt Ausschüttung

Frankfurt (AFP) – Mitte Februar zahlt die Deka als Investmentgesellschaft der Sparkassenorganisation *190 Millionen Mark aus den Erträgen* ihres Wertpapierfonds für 1983 an die Anleger. Der gemischte Fonds Arideka schüttet 1,80 Mark pro Anteil aus, gegenüber zwei Mark im Vorjahr, der deutsche Aktienfonds Dekafonds 1,30 (1,40) Mark, der in deutschen Renten anlegende Renditdeka 2,40 (2,50) Mark und der internationale Rentenfonds Dekarent 3,40 (3,30) Mark.

Wertpapierabsatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten betrug im vergangenen Jahr nominal 226,7 Milliarden Mark. Das waren nach Angaben der Deutschen Bundesbank 15 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Unter Abrechnung der Tilgungen, die mit rund 139 Milliarden Mark nur wenig über Vorjahresniveau lagen, verblieb ein Netto-Absatz von 87,6 (75,5) Milliarden Mark. Dabei fielen vier Fünftel des Netto-Absatzes 1983 auf Rentenwerte mit Laufzeiten von über vier Jahren (1982: fast neun Zehntel).

LOHNSTEUERHILFEVEREINE

Veränderungen aus 1983 im Ausgleich geltend machen

HEINZ HECK, **Bonn**

Einige 1983 in Kraft getretene Steuervergünstigungen können nur im Lohnsteuerjahresausgleich oder der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden. Hieran hat jetzt der Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine (BDL) in einem Überblick über die wichtigsten Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer erinnert. Hierzu zählen vor allem die Werbungskosten, Sonderausgaben und die außergewöhnlichen Belastungen.

Für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (und wöchentliche Heimfahrten bei doppelter Haushaltsführung) bleibt es bei der seit Jahren unveränderten Pauschale von 36 Pfennig für den *Entfernungskilometer* (also nur eine Richtung). Seit dem 1. Dezember 1983 gilt für Dienstreisen, soweit sie vom Arbeitgeber nicht oder nur teilweise erstattet werden, eine Werbungskostenpauschale von 42 Pfennig für den gefahrenen Kilometer.

Zu den Sonderausgaben zählen einmal Vorsorgeaufwendungen wie Beiträge zur Kranken-, Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung sowie zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Bausparkasse. Die Höchstbeträge für den Veranlagungszeitraum 1983 betragen 5340/10 680 Mark (Ledige/Verheiratete) plus 900 Mark für jedes Kind.

Weitere Sonderausgaben sind die für Kirchensteuer, Steuerberatungskosten (bis zu insgesamt 1000 können diese auch als Werbungskosten abgesetzt werden), Spenden an wohltätige und gemeinnützige Vereinigungen sowie politische Parteien (für diese höchstens 1800/3600 Mark).

ITALIEN / In Rom zahlt ein Fünftel der Einzelhändler „Schutzgeld" an Banden

„Kriminalsteuern" treiben die Preise

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Der Zentralverband des italienischen Einzelhandels hat eine Fragebogenaktien bei allen Einzelhandelsbetrieben Italiens gestartet, um festzustellen, wieweit die Praxis der Schutzgelderpressung verbreitet ist. Ausgangspunkt der in anonymer Form gehaltenen Umfrage sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, denen zufolge immer mehr Einzelhandelsgeschäfte und andere öffentliche Betriebe von organisierten Verbrecherbanden zur Zahlung von Schutzgeldern gezwungen werden.

Die römische Staatsanwaltschaft schätzt den Anteil der Schutzgeldzahler an den 50 000 Einzelhandelsgeschäften der italienischen Hauptstadt inzwischen bereits auf mindestens ein Fünftel mit weiter steigender Tendenz.

Mit dem von ihren Mitgliedern gelieferten Material will der italienische Einzelhandelsverband Öffentlichkeit und Parlament über das besorgniserregende Ausmaß des Phänomens aufklären und den Staat zu Gegenmaßnahmen bewegen.

Als besonders alarmierend gilt in Einzelhandelskreisen, daß die von der Mafia in Palermo und von der Camorra in Neapel seit Jahrzehnten geübte, aber bisher lokale Praxis jetzt immer stärker ganz Italien zu erfassen droht. Selbst in norditalienischen Industriestädten wie Bologna, Mailand und Turin, wo das Phänomen der Schutzgeldzahlung bis vor zehn Jahren noch völlig unbekannt war, verbreiten sich die Erpressungsmethoden.

Volkswirtschaftlich gewinnt die Praxis vor allem deshalb bedrohlich an Bedeutung, weil die periodisch zu zahlenden Schutzgelder eine Abgabe *darstellen und als solche auf die* Preise abgewälzt werden.

Nicht nur die Schutzgeldzahlungen auf Einzelhandelsebene sind es indessen, die Italiens Wirtschaft nach Verbandsdefinition mit einem Netz von „Kriminalsteuern" zu überziehen drohen. Wachsendes Ausmaß nehmen auch die Schmiergelder an, die Unternehmer für öffentliche Aufträge an Beamte, Funktionäre und Politiker zahlen müssen.

Dieses Phänomen betrifft nicht nur Sizilien, wo nach Erklärungen des christlich-demokratischen Vizepräsidenten der italienischen Abgeordneten-Kammer zufolge, ohne Schmiergelder in der Wirtschaft „gar nichts mehr geht", sondern auch andere Regionen. Offiziellen Angaben zufolge werden öffentliche Anträge damit durchschnittlich um zehn bis 15 Prozent teurer. Um diesem Phänomen zu Leibe zu rücken, soll schon in Kürze ein Gesetzentwurf eingebracht werden, um die „reuigen Bestecher" künftig straffrei ausgehen zu lassen.

KAKAO / Londoner Notiz fast auf Höchststand

Einzelhandelspreise stabil

dpa/VWD, **Hamburg**

Schokoladenliebhaber können unbesorgt sein: Die derzeitige Hausse bei den Rohkakao-Preisen – die Notierung liegt nur knapp unter dem Höchstpreis 1983/84 – wird sich in den Preisen der süßen braunen Produkte kaum spürbar niederschlagen. Das verdanken sie dem harten Wettbewerb, der auf diesem Markt herrscht und in diesem Jahr noch heftiger werden dürfte als bisher. In Kreisen des Einzelhandels wird erwartet, daß die Schokoladenindustrie ihre Fabrikabgabepreise nur vorsichtig anhebt und der Kampf um die Gunst des Verbrauchers auf der Einzelhandelsstufe ein übriges tun wird, die Preise, wenn überhaupt, nur moderat steigen zu lassen. Tafelschokolade, die am stärksten unter Wettbewerbsdruck steht, dürfte angesichts hoher Kapazitäten und kaum steigendem Konsum sogar eher billiger werden.

Die Schokoladenartikel, die jetzt in den Regalen liegen, wurden noch zu Rohkakaopreisen produziert, die in der Mischkalkultion bei vier bis fünf Mark je Kilogramm lagen. Jetzt muß die Industrie 7,50 Mark mehr bezahlen. Das bedeutet, daß sich für sie der Rohwareneinstandspreis innerhalb eines Jahres um rund zwei Drittel erhöht hat. Deutlicher zeigen das die Kurse an der Londoner Kakaobörse. *Sie notierten Anfang 1983 um 1150* Pfund (knapp 4600 DM) pro Tonne und zu Beginn dieses Jahres in der Spitze bei 2229 Pfund. Inzwischen haben sie sich auf 2010 Pfund ermäßigt, hauptsächlich aufgrund von Gewinnmitnahmen der Spekulanten.

Noch ist man nicht sicher, ob die jüngste Abschwächung eine Trendwende am Rohkakaomarkt eingeleitet hat. „Alte Hasen" im Kakaomarkt gingen schon seit einiger Zeit davon aus, daß der von der Spekulation nach oben getriebene Preis sich nicht allzu lange wird halten können. Gemessen an den wichtigsten Marktfaktoren Produktion, Bestände, Verbrauch – dürfte nach ihrer Ansicht auch der gegenwärtige Rohkakaopreis noch weit überhöht sein.

Ursache der Rohkakao-Hausse sind in erster Linie die schlechten Ernteaussichten in Westafrika aufgrund der großen Dürre. Das gilt sowohl in bezug auf die Menge als auch auf die Qualität (kleinere Kakaobohnen). Das zweite Mal hintereinander wird am Weltmarkt ein Defizit bei der Produktion gegenüber dem Verbrauch erwartet. Im Kakaojahr 1982/83 war die Produktion nach letzten Schätzungen rund 100 000 Tonnen niedriger als der Verbrauch, für die Saison 1983/84 wird das Defizit 100 000 bis 150 000 Tonnen, von der Internationalen Kakao-Organisation (ICCO) sogar auf 180 000 Tonnen geschätzt. Das würde eine weitere *Reduzierung der weltweiten Bestände* bedeuten, die am Ende der letzten Saison 465 000 Tonnen (ohne Marktausgleichs–Lagerbestände) betrugen.

Gestützt wurde die Hausse, insbesondere in der Phase des extremen Preisschubs, der Anfang November einsetzte, durch das Fernbleiben der Ursprungsländer vom Markt als Verkäufer. Ihre gute Verkaufsposition erlaubte es ihnen, die restliche Ware erst einmal zurückzuhalten. Andererseits sind aber eine Reihe von Ländern, allen voran Malaysia, aber auch die Elfenbeinküste und Brasilien – um Ausweitung der Anbauflächen bemüht. Allein die Elfenbeinküste könnte nach ihrem Programm 1990 etwa 500 000 bis 600 000 (1982/83: 355 000) Tonnen erzeugen. Bei angemessenen Preisen dürften aber auch dann sämtliche Mengen am Weltmarkt abzusetzen sein.

NAMEN

Ing. Ernst Baumann, Direktionsvorsitzender der Papierfabrik Albbruck, ist am 20. Januar im Alter von 58 Jahren gestorben.

Michael Scharr (34), stellvertretendes Vorstandsmitglied der Öffentlichen Versicherungs-Anstalt der Badischen Sparkassen- ÖVA- und der ÖVA Allgemeine Versicherungs-AG, Mannheim, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

Tilmann Kömpel (48), Vorsitzender der Geschäftsführung der Schleuder- und Sandgießerei Thyssen Schalker Verein GmbH, Gelsenkirchen, ist als Nachfolger für den im Herbst in den Ruhestand tretenden **Rolf Hoffstaedter** (64) zum Vorstandsmitglied der Thyssen Edelstahlwerke AG, Krefeld, ernannt worden.

FRANKREICH / *Stahlindustrie kann Produktionsziele der Regierung nicht erreichen*

Auch international Boden verloren

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Beschäftigungs- und Ertragslage der französischen Eisen- und Stahlindustrie hat sich im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. Ihre Roheisenproduktion schrumpfte gegenüber 1982 um 8,6 Prozent auf 13,76 Millionen Tonnen und ihre Rohstahlproduktion um 4,4 Prozent auf 17,59 Millionen Tonnen. Damit ist das Produktionsziel, das die Regierung dieser Industrie im letzten „Stahlplan" von 1982 für das Jahr 1986 gesetzt hatte, nämlich 24 Millionen Tonnen Rohstahl, nicht mehr zu erreichen.

Der Branchenverband erwartet zunächst weitere Produktionseinschränkungen. Jedenfalls bis Mitte dieses Jahres sei mit keiner fühlbaren Verbesserung der Stahlkonjunktur *zu rechnen, heißt es in seinem vorläufigen* Jahresbericht. Unter diesen Umständen komme es vor allem darauf an, eine weitere Verschlechterung der Ertragslage zu verhindern, nachdem die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor für 1983 ein Rekorddefizit von zehn Milliarden Franc ausweisen dürften.

Auch im internationalen Vergleich *hat die französische Stahlindustrie an* Boden verloren. So erhöhte sich die Weltrohstahlproduktion nach vorläufigen Schätzungen des IISI (Internationales Stahlinstitut) um rund ein Prozent auf 652 Millionen Tonnen und die der EG ging nur um 1,7 Prozent auf 109 Millionen Tonnen zurück. Den wesentlich stärkeren Einbruch Frankreichs erklärt der Verband vor allem damit, daß verschiedene europäische Stahlunternehmen die von der Brüsseler Kommission festgesetzten Produktionskontingente überschritten hätten. Dem müßte jetzt dringend Einhalt geboten werden.

Darüber hinaus hatte die französische Stahlindustrie unter der verschärften *Austerity-Politik* ihrer Regierung zu leiden. Demzufolge verminderte sich der effektive Stahlverbrauch des Landes um acht bis neun Prozent. Da gleichzeitig der Handel und die Großverbraucher ihre Vorratshaltung reduzierten, nahm der sichtbare Stahlverbrauch sogar um 11,5 Prozent ab. Besonders stark schrumpfte der Stahlverbrauch der Bauwirtschaft, *obwohl* dieser Markt in der zweiten Jahreshälfte etwas weniger unter Druck stand.

Andererseits hat die Automobilindustrie, die 1983 als einzige mehr Stahl verbrauchte, in den letzten Monaten ihre Produktion *wegen nachlassender* Inlandsverkäufe und aufgrund von Streiks einschränken müssen. Der Rückgang der Inlandsaufträge an die Stahlindustrie fiel mit drei Prozent weniger stark als der Verbrauchsrückgang aus.

Der darüber hinausgehende Rückgang traf den Stahlimport, der sich um zehn Prozent auf 6,5 Millionen Tonnen verminderte, nachdem er im Vorjahr unter dem Druck der Einfuhren *aus Osteuropa besonders stark* gestiegen war. Demgegenüber konnte der französische Stahlexport trotz der amerikanischen Einfuhrbeschränkungen sein Vorjahresniveau von 7,5 Millionen Tonnen behaupten. Dies erlaubte einen Exportüberschuß von rund einer Million Tonnen bzw. drei Milliarden Franc.

PITNEY BOWES / Postbearbeitung mit Nachholbedarf

Keine Angst vor Elektronik

JOACHIM WEBER, **Heppenheim**

„Die Poststelle ist immer noch viel zu häufig der Ort, wo die alten Büromöbel abgestellt werden", meint Kurt N. Toenz, Geschäftsführer der Pitney Bowes Deutschland GmbH, Heppenheim. Die Einsicht, daß es eigentlich um eine Produktionsstätte geht, die das ein- und ausgehende Papier bearbeitet, habe sich noch längst nicht überall durchgesetzt. Den wenigen Anbietern von Maschinen für den rationelleren Papierkrieg kann das nur recht sein: Ihr Markt zeigt noch keine Sättigungssymptome. Groß ist er allerdings nicht. Was in Deutschland *jährlich mit Frankiermaschinen,* Kouvertierautomaten oder Briefschlitzern umgesetzt wird, schätzt Toenz auf runde 250 Mill. DM.

Daß es mit dem Vordringen der elektronischen Übertragungsmedien wesentlich weniger werden könnte, fürchtet er nicht. Zum einen werde „mit dem Papier auch dann noch eine ganze Weile gearbeitet werden, wenn es technisch schon längst ohne geht". Zum anderen aber laufe der stärkste Briefstrom von den Unternehmen an die Privathaushalte, und hier sei auch auf längere Sicht noch kein elektronischer Ersatz zu erwarten.

Eher im Gegenteil: „Die Direktwerbung ist bei uns ja erst noch im Kommen." Jedenfalls im Vergleich zu den USA gibt es hier noch einen klaren Rückstand: Der durchschnittliche US-Bürger empfängt jährlich schon 405 Briefe, der Bundesbürger nur 190 Sendungen.

Für Rationalisierungsdruck in der *Postabwicklung sorgt auch der zunehmende* Computereinsatz. „Es ist doch unsinnig, stundenlang von Hand einzutüten, was der Rechner in wenigen Minuten ausgedruckt hat", beschreibt Toenz den Punkt, an dem viele Unternehmer zur ersehnten Einsicht kommen. Daß dann auch viele kundenspezifische Wünsche zu erfüllen sind, stört nicht: „Da ist meist keine Standardproduktion in großen Serien möglich. Das hält die Japaner ebenso fern vom Markt wie der hohe Anteil an Mechanik."

Letzteres gilt auch für die Frankiermaschinen, die allein etwa die Hälfte des Marktvolumens ausmachen. Die rund 230 000 Freistempler, die in der Bundesrepublik – damit der zweitgrößte Markt nach den USA – installiert sind, bewältigen etwa die Hälfte des gesamten Briefportovolumens der Bundespost von immerhin 8,3 Milliarden Mark auf 12,9 Millarden Sendungen.

Damit sind sie denn auch etwas ganz Besonderes: „Die einzigen Maschinen außerhalb der Zentralbank-Organisation, die Geld drucken." Das erklärt auch die enorme Vorsicht der Post bei Neueinführungen. Auch eine neue Frankiermaschine von Pitney Bowes, die den immer wiederkehrenden Gang zum Postamt erspart, mußte lange Prüfungen über sich ergehen lassen. Seit November nun können die Kunden sich per Telefon einen jedesmal wechselnden Code vom Zentralcomputer in Heppenheim durchgeben lassen, ihn in ihr Gerät eintippen und damit die Neuladung mit festen Portoeinheiten (600 oder 6000 Mark) freigeben.

Mit dieser Erleichterung hofft die deutsche Pitney-Tochter mit ihren 800 Mitarbeitern nach langer Zeit der technischen Stagnation wieder etwas Bewegung in den Markt zu bringen, zum eignen Nutzen. Mit ihrem Umsatz *von knapp 100 Mill. DM – davon* fast ein Drittel aus dem Export von Prägemaschinen (Adrema) für Metallplatten und Plastikkarten – ist sie die drittgrößte Auslandsgesellschaft des US-Konzerns (1,5 Mrd. Dollar, 26 000 Mitarbeiter weltweit) nach Kanada und Großbritannien.

Preise steigen in Ungarn erheblich

AP, **Budapest**

Die ungarische Regierung hat zum Teil drastische Preiserhöhungen für Nahrungsmittel und andere Produkte angekündigt. So wird seit gestern Rindfleisch um 24 Prozent teurer, die übrigen Fleischpreise steigen um durchschnittlich 21 Prozent. Teurer werden aber auch Dosengemüse (20 Prozent), Bier (15 Prozent), Heizmaterial (20 Prozent), verbilligter Nachtstrom (50 Prozent), Baumaterialen (zwischen 20 und 30 Prozent) sowie Autos aus anderen Ostblockstaaten (sechs bis sieben Prozent). Begründet wurden die Preissteigerungen mit der Notwendigkeit, den Staatshaushalt *durch Kürzung der Subventionen zu* entlasten. 1983 habe die Regierung die Fleischpreise mit 7,3 Milliarden Forint (rund 450 Millionen Mark) subventioniert.

Der Wirtschaftsplan für dieses Jahr *sieht eine Steigerung der* Verbraucherpreise zwischen sieben und acht Prozent vor – entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres. Die letzte Erhöhung der Fleischpreise hatte Mitte 1981 stattgefunden. Neben den Preissteigerungen kündigte die Regierung auch eine Erhöhung des Volkseinkommens in diesem Jahr um acht Prozent an. Die Löhne und Gehälter sollen real um fünf Prozent steigen. Ferner sollen auch niedrige Renten unter 2800 Forint monatlich um 70 Forint angehoben werden; ebenso die Familienbeihilfen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Essen: Interbag (Deutschland) GmbH; **Köln:** Roswitha Herfeld; **Schwelm:** Karl-Heinz Saure, Kaufmann, Ennepetal-Voerde; **Wuppertal:** Uwe Kließmann, handelnd unter der Bezeichnung Nord-Tankstellenbetrieb/Autozentrum Nord.

EKU / Bierversand über den Handel ein Erfolg

Absatz nochmals gesteigert

HEINZ STÜWE, **München**

Der Bierversand über den Lebensmittel- und Getränkegroßhandel ist für die Eku, Erste Kulmbacher Actienbrauerei AG, Kulmbach, ein Erfolgsgarant. Ursprünglich mehr aus der Not – der Grenzlage in einer recht dünn besiedelten Region – geboren, habe man mit diesem Vertriebsweg „auf das richtige Pferd gesetzt", bilanziert Vorstand Carl Reischach. Im Versandgebiet setzte die Brauerei im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) 27,4 Prozent ihres Ausstoßes ab.

Der Bierabsatz stieg nach einem zweistelligen Wachstum im Vorjahr nochmals um 5,7 Prozent auf 688 000 Hektoliter. Der Umsatz kletterte auf 74,96 (69,69) Mill. DM. Große Hoffnungen setzt Eku auf den Export, der 10,6 (9,3) Prozent des Absatzes beisteuerte. *Eine neu gegründete* Vertriebsgesellschaft in den USA soll Eku, das dort bereits über 20 000 Hektoliter absetzen konnte, weiter voran bringen.

Insgesamt steigerte die Gruppe ihren Getränkeabsatz auf 1,22 (1,13) Mill. Hektoliter. Der konsolidierte Umsatz wird mit 112 (106,5) Mill. DM angegeben. Reischach bezifferte den Gruppengewinn auf 2,5 Mill. DM, den *Gewinn je* Aktie auf 15,90 (10,82) DM.

Diese gute Ertragsentwicklung wollen Vorstand und Aufsichtsrat mit einer auf 18 (16) Prozent aufgestockten Dividende honorieren. Gleichzeitig soll die Hauptversammlung eine *Kapitalerhöhung* im Verhältnis 9 zu 2 von 5,7 auf 7 Mill. DM und ein genehmigtes Kapital von 2 Mill. DM beschließen. Reischach kündigte einen Ausgabekurs von 250 DM für die 50-Mark-Aktie an, die am vergangenen Freitag mit 970 DM notiert wurde. Großaktionär Josef März, Rosenheim, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender, will sich voll an der Aufstockung beteiligen. Benötigt werde das Kapital zur Ausweitung der Produktionsstätte, hieß es.

Mit einem Investitionsvolumen von 20 bis 30 Mill. DM soll in den nächsten Jahren die Produktionskapazität für Bier von 0,8 auf 1,2 Mill. Hektoliter und in den Brunnenbetrieben von 500 000 auf 800 000 Hektoliter ausgebaut werden. *1982/83* investierte die Gruppe 15,8 (9,4) Mill. DM.

BOOT '84 / Das Mekka des Wassersportmarktes

Impulse durch mehr Freizeit

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Ungeachtet konjunktureller Schwankungen wächst der Maritimmarkt in der Bundesrepublik um jährlich 5 bis 6 Prozent. Anläßlich der Düsseldorfer Boot '84 (21. bis 29. 1.), des größten Marktes für Boote und Ausrüstungen aller Art in der Welt, bezifferte der Präsident der Bundeswirtschaftsvereinigung Freizeitschifffahrt, Walter Steinwascher, das deutsche Marktvolumen auf über eine Milliarde Mark. Fast die Hälfte davon (450 Mill. DM) entfiel auf Boote und Yachten, 300 Mill. DM auf Zubehör, etwa 150 Mill. DM auf Surfbretter, jeweils reichlich 100 Mill. DM auf Kleinboote (Falt-, Ruder-, Gummiboote, Kajaks, Kanadier usw.) sowie auf Wassersportgerät. Auf der einen Seite erhalte der Markt durch zunehmende sportliche Freizeitnutzung immer neue Impulse, auf der anderen Seite steigen immer mehr „Freizeitkapitäne" auf größere Boote um.

Die größten Zuwachsraten hat nach wie vor der Markt für Surfbretter, von denen der Absatz inzwischen 80 000 bis 90 000 erreicht hat. Bei Segelbooten und Yachten dürfte 1983 die deutsche Produktion bei reichlich 250 (1982: 214) Mill. DM gelegen haben. Mit ähnlichen Zuwächsen rechnet Steinwascher auch für 1983, wobei die Klasse der 7- bis 9,70-Meter-Boote die größten Wachstumsraten hat. Nach neuesten Erhebungen gibt es in der Bundesrepublik rund 1,5 Mill. aktive Boots- und Wassersportler und 3,5 Mill. Interessierte als Käuferpotential. Diesen steht derzeit ein *Bestand von 750 000 Booten sowie* 400 000 Surfbrettern gegenüber. Der Surferboom wird von der Branche als Einstieg für die späteren Bootskäufer angesehen.

Bei währungsbedingten Schwankungen haben die Niederländer immer noch den bedeutendsten Anteil (20 Prozent) an den Gesamtimporten im Bootsbereich von 146 (118) Mill. DM im ersten Halbjahr 1983 (nach 194 Mill. DM im Gesamtjahr 1982), gefolgt von Schweden, Frankreich und Dänemark. Der Export fällt mit 39 (47) Mill. DM (1982 gesamt: 110) Mill. DM im Bootssektor bescheiden aus. Marktprognosen gehen für 1984 von einem Marktvolumen des gesamten Maritimmarktes von 1,2 Mrd. DM aus, für 1989 von 1,7 Mrd. DM. Davon dürften 575 (832) Mill. DM auf Segelboote und 325 (481) Mill. DM auf Motorboote fallen.

Auf der diesjährigen Boot '84 wird *sich der positive* Trend des Motorenabsatzes nach dem Tiefpunkt 1981 fortsetzen, wobei der Ersatzbedarf deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Bei Motoren bis 5 PS, ohnehin die Hälfte der Gesamtproduktion, stellt der Ersatzbedarf bereits den Großteil. Bei Außenbordmotoren muß nach Abschluß der Dumpingklage gegen einen japanischen Hersteller für diese Saison mit einem deutlichen Preisanstieg gerechnet werden. Der Gesamtmarkt für Segelbootmotoren hat sich 1983 um 30 Prozent auf 1100 Stück erhöht. Bei Kleinbooten hat sich die Trendwende 1983 noch nicht in vollem Umfang durchgesetzt, vor allem die Importe weisen noch negative Tendenzen auf.

Auf der Boot '84 werden 1080 (1982: 1032) Aussteller, darunter 360 (327) aus 26 Staaten, ihre Produkte präsentieren. Nach 331 000 Besuchern im Vorjahr, davon 46 000 aus dem Ausland, wird bis zum Messeende ein *neuer Besucherrekord* von 400 000 erwartet. Größtes Ausstellerland ist die Bundesrepublik mit 688 Unternehmen, an zweiter Stelle liegen die Niederländer mit 127, danach Italien mit 43 sowie Schweden, Dänemark und Frankreich mit *jeweils etwa* 20 Ausstellern.

LOHMANN / Misere am Markt für Masthähnchen

Deutlicher Ertragsrückgang

J. BRECH, Cuxhaven

Umsatz- und Ertragsrückgänge hat die Lohmann & Co. AG, Cuxhaven, im Berichtsjahr 1982/83 (30. 6.) hinnehmen müssen. Das Gesamtergebnis der Firmengruppe, die in den Bereichen Tierzucht, Kükenproduktion und Hähnchenschlachterei, Tierernährung, Technik, Anlagenbau und Veterinär-Pharmazie tätig ist, wird in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht dank der breit gestreuten Aktivitäten jedoch als noch zufriedenstellend beurteilt.

In der Konzern-Rechnung, in der 42 Mehrheitsbeteiligungen zusammengefaßt sind, ist der Umsatz um 2,3 Prozent auf 665 Mill. DM gesunken. Berücksichtigt man die Bestandserhöhungen auf gut 85 Mill. DM, die sich aus dem Abarbeiten mehrjähriger Großprojekte im Ausland ergeben, steigerte Lohmann die Gesamtleistung um 7,5 Prozent auf 771 Mill. DM. Vom Geschäft entfielen 41 Prozent auf das Ausland.

Als Jahresüberschuß weist die AG knapp 5 Mill. DM aus. Das entspricht einem Rückgang von 20,7 Prozent. Aus dem Gewinn werden 3 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und der Rest in Form von 6 Prozent Dividende auf 35 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

Der Ertragsrückgang beruht in erster Linie auf erheblichen Verlusten, die Lohmann im Masthähnchen-Bereich erlitt. Hier haben Überproduktionen vor allem in Frankreich und Holland zu einem dramatischen Preisverfall geführt. In diesem Zusammenhang hat Lohmann die Dorstener Geflügelschlachterei & Co. KG stillgelegt. Die Kosten, so heißt es, hätten das Ergebnis wesentlich belastet. Von der Misere am Mastgeflügelmarkt wurde ferner die Continental-Frost Cuxhaven Geflügelschlachterei GmbH stark in Mitleidenschaft gezogen, deren Verluste Lohmann übernehmen mußte. In der AG-Rechnung haben sich die Aufwendungen aus Verlustübernahme auf 6,6 Mill. DM dadurch fast verdoppelt.

Auf dem Niveau des Vorjahres blieben die Ergebnisse in den Bereichen Tierzucht, Legehennenvermehrung und Tierernährung. Sehr gut schnitten nach Angaben des Vorstands dagegen die Sparten Pharmazie (45 Prozent Anteil am Gesamtumsatz) und Apparatebau ab. Der Erfolg der Lohmann Apparatebau GmbH sei auf die führende Marktstellung im Export schlüsselfertiger Geflügelprojekte zurückzuführen.

BAU '84 / Hohe Überkapazitäten bei den Herstellern von Kunststoffenstern

Althaussanierung bleibt Schwerpunkt

HEINZ STÜWE, München

„Eine Konstante, die sich unabhängig vom Neubauvolumen entwickelt" – das ist die überwiegend geäußerte Meinung, wenn auf der Bau '84 von der Althaussanierung die Rede ist. In einzelnen Sparten der Baustoffbranche werden die Geschäftsaussichten in diesem Bereich allerdings durchaus unterschiedlich beurteilt.

Neue Renovierungsfliese

Für die Villeroy & Boch Keramische Werke KG, Mettlach, gewinnt das Renovierungsgeschäft immer größere Bedeutung. Bereits heute hat es den Absatz für die Ausstattung von Neubauten überflügelt. Das Unternehmen, nach eigenen Angaben der größte Keramikhersteller der Welt, trägt dieser Entwickung mit einer speziellen Renovierungsfliese Rechnung, die auf der Bau 84 vorgestellt wurde. Sie ist mit 6 Millimetern besonders dünn und könne auf alten Böden mit unterschiedlichen Belägen leicht verlegt werden, heißt es. Nicht zuletzt aufgrund des unverändert hohen Importdrucks ging 1983 der Anteil der Fliesen am Umsatz der Firmengruppe leicht auf 54 (57) Prozent zurück. Die beiden anderen Produktsparten Sanitär und Geschirr/Kristall konnten mit 26 (25) und 20 (18) Prozent entsprechend zulegen. Daß der Gruppenumsatz weltweit um 4,8 Prozent auf 1,16 Mrd. DM zurückfiel, liegt nach den Worten eines Firmensprechers vor allem an Schwächen auf einigen Exportmärkten. In Frankreich trafen gleich zwei Negativkomponenten zusammen: Die Abwertung des Franc und der Einbruch im Wohnungsbau. Im Inland dagegen verbuchten alle Sparten ein Umsatzwachstum. V & B beschäftigt in 14 Werken in der Bundesrepublik, Frankreich und Luxemburg 3500 Mitarbeiter.

Weniger Ersatzbedarf

Im Gegensatz zu den Produzenten anderer Bauteile kann die Fensterbranche nicht mit steigendem Renovierungsbedarf rechnen. Die leichte Belebung des Neubaues werde 1984 gerade ausreichen, um die weiteren Rückgänge im Sanierungsbereich auszugleichen, erwartet der Verband der Fenster- und Fassadenhersteller in Frankfurt. Der Grund für diese gegen den Trend laufende Entwicklung: Öffentliche Zuschüsse beim Einbau energiesparender Fenster sorgten seit 1979 bis 1981 für einen beispiellosen Boom, der viele Hersteller zu einer raschen Expansion verleitete. Heute schätzt Verbandsgeschäftsführer Karl Heinz Herbert den Kapazitätsüberhang bei Kunststoffenstern auf 30 Prozent. Das Resultat: ein Preisverfall und rote Zahlen. In diesem Jahr werden noch einige Unternehmen die Waffen strecken müssen, glaubt Herbert. Die Mehrzahl sei jedoch gesund. Überkapazitäten registriert der Verband auch im Aluminiumbereich. Die Hersteller von Holzfenstern haben den Angaben zufolge hohe Investitionen für die Umstellung auf Einzelfertigung auf sich genommen. Positiv werden die Aussichten für das kleine Marktsegment der Holz-Aluminiumfenster beurteilt. Die 396 der RAL-Gütegemeinschaft Fenster angehörenden Unternehmen setzten 3,45 Mrd. DM um, 3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Kräftige Steigerung

Eine kräftige Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 302 Mill. DM meldet die Interbaustoff GmbH & Co KG, Wilnsdorf, ein Zusammenschluß von 114 Baustoffhändlern. Damit wurden im Schnitt 40 Prozent der Einkäufe der Gesellschafter über die 150 Interbaustoff-Lieferanten abgewickelt. Der Gesamtumsatz der Mitgliedsbetriebe erhöhte sich 1983 um rund 8 Prozent auf etwa 1,6 Mrd. DM.

ALLIANZ LEBEN / Wieder 18 Prozent Dividende

Hohes Plus im Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In dem für die Lebensversicherungs-Branche günstigen Marktklima des Jahres 1982 machte der Branchenführer, die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, im Neugeschäft einen großen Sprung. Das Institut schloß, wie es in dem jetzt vorgelegten Aktionärsbrief heißt, 8 Prozent mehr Verträge als im Vorjahr ab, was freilich beeinflußt wurde durch neue Rentenverträge für AEG-Betriebsrentner im Rahmen des Vertrags mit dem Pensionssicherungs-Verein. Noch kräftiger, nämlich um 17,2 Prozent auf 12,5 Mrd. DM, wuchs die gesamte Versicherungssumme des Neugeschäfts. Dabei spielte eine Rolle, daß das Volumen der Anpassungen bei bestehenden Zuwachsverträgen um 90 Prozent höher lag. Das vom Außendienst hereingeholte Neugeschäft lag mit 9,9 Mrd. DM um 6,5 Prozent über dem Vorjahr.

Der Versicherungsbestand vergrößerte sich um 5,7 Prozent auf 116 Mrd. DM. Zwar nahmen die vorzeitigen Abgänge aus dem Versicherungsbestand zu, doch liegt die auf 4,4 (3,7) Prozent erhöhte Stornoquote deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Während sich die Beitragseinnahmen um 10,1 Prozent auf rund 5,2 Mrd. DM steigerten, wuchsen die Verwaltungskosten wesentlich langsamer. Dies führte zu einer auf 4,6 (4,9) Prozent verringerten Verwaltungskostenquote, ein Resultat der Rationalisierungsanstrengungen. Rückläufig auf nunmehr 45 Promille entwickelte sich auch der Abschlußkostensatz.

Die Kapitalanlagen wuchsen auf 37,3 (33,4) Mrd. DM an, wobei sich das Gewicht festverzinslicher Wertpapiere und Schuldscheindarlehen vergrößerte. Der Durchschnittszins erreichte wiederum 7,7 Prozent. Es wurden erneut 15 Mill. DM auf Wertpapiere abgeschrieben. Aus Kursgewinnen sind 167 (71) Mill. DM realisiert worden. Die gute Ertragslage kommt in der auf 2,2 (1,9 Mrd. DM) erhöhten Zuführung zur Gewinnreserve der Versicherten zum Ausdruck.

Der Hauptversammlung am 23. Mai wird die Ausschüttung von unverändert 18 Prozent Dividende sowie die bereits angekündigte Erhöhung des Aktienkapitals im Verhältnis 9 : 1 zum Kurs von 150 Prozent um 11 Mill. auf 110 Mill. DM vorgeschlagen. Hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung ist die Allianz Leben zuversichtlich. Aufgrund der zu erwartenden Konjunkturverbesserung wachse die Bereitschaft und Fähigkeit der Bevölkerung zu weiterer Vorsorge.

KLÖCKNER-WERKE / Maßvoller Umsatzrückgang

Quotenproblem vor Lösung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die vielfältigen Verhandlungen des Stahlkonzerns Klöckner-Werke AG, Duisburg, mit dem Ziel einer ausreichenden Beschäftigung bei quotengemäßer Fahrweise der Bremer Warmbreitbandstraße und einer Bereinigung der Bußgeldfrage seien in ihre Schlußphase getreten. „Die Signale für eine erfolgreiche Beendigung stehen auf Grün", teilt Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow in der Werkszeitschrift des Unternehmens zusammen mit dem Rückblick auf das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) mit. Nach den unlängst abgeschlossenen Kooperationen (Schmiedefusion mit Krupp, Einbringung der EBV-Hüttenwerke in die Maxhütte) spreche alles dafür, daß 1984 „weitere positive Nachrichten" über diesen Stahlkonzern bringen werde.

Glimpflich ist 1982/83 für die Klöckner-Werke mit einer Minderung des Welt-Fremdumsatzes um nur 2,7 Prozent auf 6,5 Mrd. DM zu Ende gegangen. Der Auslandsumsatz sank um 1,2 Prozent auf 2,89 Mrd. DM. Von der um 4 Prozent auf 4,51 Mill. t verminderten Rohstahlproduktion wurde eine um 22,4 Prozent auf 2,85 Mill. t gesteigerte Menge über den kostensparenden Strangguß produziert. Die Walzstahlerzeugung sank um 4,8 Prozent auf 4,08 Mill. t. Die stärkste Einbuße erlitten Profilfertigteile mit einem Minus von 34,9 Prozent auf noch 54 000 t.

Plusraten erzielte der Konzern in seinem Spezialmaschinenbau, dessen Weltumsatz sich um 0,7 Prozent auf 1,6 Mrd. DM erhöhte, sowie vor allem bei Kunststofferzeugnissen mit nun 277 Mill. DM Weltumsatz (plus 13,5 Prozent). Die Belegschaft bei Klöckner-Welt wurde um 6,7 Prozent auf 33 803 Mitarbeiter verringert. Der Schwerpunkt lag dabei im Stahlbereich der Klöckner-Werke AG, deren Belegschaftszahl um 11,3 Prozent auf 14 691 Leute zurückging.

Höhere Beteiligung in Südafrika

nl. Stuttgart

Daimler-Benz baut seine Beteiligung (bisher 36,7 Prozent) an der südafrikanischen Firma UCCD, Pretoria, die Mercedes-Benz-Pkw und -Nutzfahrzeuge in Südafrika herstellt und vertreibt und überdies auch Honda-Fahrzeuge produziert, auf eine Mehrheitsbeteiligung aus.

Damit solle der wachsenden Bedeutung der Gesellschaft innerhalb des Konzerns Rechnung getragen werden. Beteiligungspartner von Daimler-Benz sind dort die Volkskas, Südafrika, mit bisher 39,9 Prozent und die schweizerische Ernst-Göhner-Stiftung (23,4 Prozent).

Nach Aufstockung des Daimler-Anteils im Zuge einer Kapitalerhöhung bis Mitte 1984 auf 50,1 Prozent halten die beiden vorgenannten Partner 26,5 bzw. 23,4 Prozent. Im vergangenen Jahr wurden auf dem südafrikanischen Markt 13 600 Mercedes-Pkw und 4200 Mercedes-Nutzfahrzeuge verkauft.

Agiv: Sorgen im Baubereich

Wb. Frankfurt

Die Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen (Agiv), Frankfurt, hat 1983 „erneut erfreulich und voraussichtlich besser als im Vorjahr abgeschnitten", so ein Zwischenbericht über die ersten drei Quartale. Die Umsätze der Gruppe nahmen in dieser Zeit um 10 Prozent auf 3,65 (3,28) Mrd. DM zu. Dabei wurden allerdings vor allem im Baubereich bereits vorliegende Aufträge abgearbeitet, so daß der Auftragsbestand hier um 22 Prozent, in der Gruppe insgesamt um 10 Prozent zurückging.

Auch die Rücknahme der Beschäftigtenzahl um 7 Prozent auf 31 000 deutet an, daß das Jahr 1983 nicht überall reibungslos abgelaufen ist. Von den Anpassungsmaßnahmen war ebenfalls der Baubereich mit einem Beschäftigungsrückgang um gut 10 Prozent auf 10 000 Mitarbeiter am stärksten betroffen. „Vor dem Hintergrund einer erwarteten Verbesserung der Konjunktur" bleibt der Holding-Vorstand gleichwohl zuversichtlich.

Nixdorf-Engagement in Berlin ausgebaut

Wz. Berlin

Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, weitet in Berlin ihr Engagement aus. Sie wird in Erbpacht das Gelände der AEG an der Brunnenstraße im Bezirk Wedding übernehmen. Geplant ist dort der schrittweise Ausbau eines großen Teils des Geländes in den nächsten Jahren. Zunächst geht es um etwa 400 neue Arbeitsplätze, später sollen noch einmal 200 hinzukommen. Seit Jahresende beschäftigt Nixdorf in Berlin mehr als tausend Mitarbeiter in Produktion und Entwicklung.

Das Unternehmen, das gegenwärtig weltweit mehr als 17 000 Mitarbeiter hat, erwartet 1983 einen Umsatzzuwachs von fast zwanzig Prozent. 1982 hatte das innovationsfreudige Unternehmen einen Umsatz von 2,28 Mrd. DM erreicht. „Das Engagement von Nixdorf bringt Berlin auf dem Wege zu einem Mikroelektronikzentrum ein Stück voran", kommentierte Wirtschaftssenator Elmar Pieroth die Entscheidung des Unternehmens.

CITIBANK / Einstieg bei Venture Capital

„Eine Symbiose auf Zeit"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Citicorp, Mutter der größten US-Bank, will im April mit einer Neugründung, der Citicorp Venture Capital GmbH, Frankfurt, im noch kaum entwickelten deutschen Markt für Venture Capital Fuß fassen. Zielgruppe sind Unternehmen mit schon marktfähigen Produkten und überdurchschnittlichen Wachstumschancen nicht nur im Technologiebereich, deren Wachstumsmöglichkeiten mangels ausreichender Kreditsicherheiten begrenzt sind.

Geplant sind nicht Objektfinanzierungen, sondern Minderheitsbeteiligungen mit unternehmerischen Engagements bei Firmen, deren Manager ihre Qualifikation bereits bewiesen haben. Zweites Bein neben der Wachstumsfinanzierung soll die Unterstützung erfolgreicher Managements bei der Übernahme von ihnen aufgebauter Unternehmen oder Betriebsteile sein. Hier sieht Citicorp bereits konkrete Geschäftsmöglichkeiten.

Das Durchschnittsinvestment soll bei 2,25 Mill. DM liegen, eine Million wird als Untergrenze angesehen. Aus dieser „Symbiose auf Zeit" will die Venture-Capital-Gesellschaft nach vier bis sieben Jahren durch Plazierung ihrer Beteiligungen über die Börse oder bei anderen Unternehmen wieder aussteigen. Für die nächsten fünf Jahre wird ein Investitionsvolumen von 50 Mill. Dollar in der Bundesrepublik anvisiert, das aus bankeigenen Mitteln finanziert werden soll und nicht über Publikumsfonds. Denkbar ist auch die Hereinnahme anderer Kapitalgeber.

In den USA hat Citicorp seit 1964 rund 180 Mill. Dollar in 200 Objekten investiert, deren Marktwert jetzt doppelt so hoch ist. In Großbritannien ist Citicorp seit 1980 im Venture-Capital-Geschäft aktiv. 1984 sollen Gründungen in Frankreich und Italien folgen.

Gipfelkurse überwiegend gehalten

Nachfrage nach Bank-, Versorgungs- und Autoaktien

DW. – Die große Zahl der von der privaten Bankenkundschaft vorliegenden Kaufaufträge sorgte am Wochenbeginn für eine Konsolidierung der am Freitag erreichten neuen Spitzenkurse. Die Ausländer hielten sich wegen des Dollaranstiegs wieder zurück. Das Interesse konzentrierte sich auf Bankaktien. In die Anlageüberlegungen wurden jetzt auch die Papiere der Commerzbank und der Dresdner Bank einbezogen. Im Bereich der Autoaktien wurden neben Daimler und Mercedes auch BMW gesucht, wo eine Optionsanleihe in Vorbereitung sein soll.

Spekulative Käufe waren erneut bei Klöckner zu beobachten, wo sich der Kurs zeitweise auf 57 DM stellte, aber zu 55 DM schloß. Doch auch dies bedeutet noch einen Tagesgewinn von 10 Prozent. Anlaß des Interesses sind Hoffnungen auf eine Einigung über die von der EG verhängten Strafgelder. Im Chemiebereich gab es bei Schering Käufe bis 383 DM (plus 2 DM). Die Titel der Großchemie konnten die Wochenendkurse gut behaupten. Siemens Aktien setzten bei lebhaften Umsätzen ihren Anstieg nur noch geringfügig fort. Bei den Maschinenbauaktien ergaben sich nur geringe Kursveränderungen, aber weiterhin lebhafte Nachfrage nach IWKA, die mit 197 DM (plus 2 DM) einen neuen Spitzenkurs erreichten.

Düsseldorf: Dt. Texaco erhöhten sich um 6 DM auf 257 DM, Didier St. stiegen um 3,50 DM auf 173,50 DM und Keramag befestigten sich um 5 DM auf 180 DM. Dyckerhoff St. gaben um 4 DM auf 233 DM nach, und Stinnes schlossen mit einem Minus von 20 DM auf 650 DM ab.

Frankfurt: Der Aktienmarkt erreichte am Wochenbeginn einen neuen absoluten Höchststand, die Standardwerte konnten sich mit dem Schwergewicht bei Autoaktien, Siemens, Deutsche Bank und Klöckner bis zu 6 DM verbessern. Conti-Gummi-Bezüge für die Optionsanleihe blieben 5 DM bei 47 000 Stück Umsatz, Preussag-Bezüge bei 10 700 Stück Umsatz.

Hamburg: Markt- und Kuhlhallen sowie Holstenbrauerei wurden jeweils um 1 DM höher gehandelt. Andererseits schwächten sich Reichelt auf 113 DM minus 3 DM ab, lagen später aber wieder bei 155 DM. Von Versorgungswerten blieben HEW bei 109 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. bei 181 DM unverändert.

München: Agrob St. sanken um 6,50 DM auf 310,50 DM, Flachglas ermäßigten sich um 1,50 DM auf 285,50 DM und Hutschenreuther fielen um 5 DM auf 269,50 DM. Etienne Aigner erhöhten sich um 4 DM auf 309 DM, Gehe AG befestigten sich um 1 DM.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 20 DM höher taxiert und Berthold zogen um 15 DM an. Bergmann konnten sich um 3 DM, Herlitz Vorzüge und Schering um je 1,50 DM und Kempinski um 1 DM verbessern.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 23. 1.: 157,2 (155,9); WELT-Umsatzindex vom 23. 1.: 3468 (2718)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

	23. 1.	20. 1.		23. 1.	20. 1.		23. 1.	20. 1.
H AachM Beteil. 9	900	896	H Breitenb.-C. *28	560G	560G	M En. Ostb. 5	296bG	296bG
H Aach. M. Vers. 6+1	3357	335	H Br. Straßb. *0	420	410	H Elbkraft 0	54,9	53,2
D Aach. Rück. 9	1150G	1130G	H Br. Vulkan 0	43,5	43,6	B Engelhardt 7	270	270T
D Aseag *4	200G	200G	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	135	132bB	D Enka 2,67	185bG	179
M Ack-Gögg 0	139G	135bG	F BBC 6	231	225,2	M Erlus 10	465bB	459
H Adca 0	128,2	128bG	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	980bG	950G
D Adler 9	291G	291G	D Buckau-W. 0	120bG	120G	S esbi *0	19bB	18,9
F Adt AG 4	147,9	146	D Buderus *12	448G	448G	S Essl. Masch. *10	510G	510G
F AEG-Telef. 0	97,1	96	M Bgt. Br. Ing. *11+1	735G	735bG	M Esterer **10	540	540
D AEG-Kabel 7,5	245	245bG	S Bgl. Brh. Rav. *0	385TG	385TG	D Farb. Liqu. RM 0	10,95	10,8
S Aesculap 8	335bB	338				F Flachglas 8	292bB	290
F AGAB 5	128,5	128,5	S Calw D. **18	680	680TG	D Ford *0	1170T	1170T
D Agrippina *7	591G	591G	F Cassella *7	524,5	520	B Form Ebn. *4	1750G	1750G
M Agrob *0	510,5	517	F Ceag 0	131	131	M Fr. Obld.W. 5	315,5G	315,5G

	23. 1.	20. 1.
H Holsten-Br. 6	289	288
F Holzmann 10	442	439,5
D Horten 0	188	190
B Hw. Kayser *12	314,5	314B
D Hussel 7	286	290
D Huta Heg. 0	105	105bB
M Hutschenr. 9	269,5	270bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	440G	436bG
D IKB 7	192	195
S IWKA 0	196	195
M Isar-Amper 6	300bG	300bG
D Isenbeck *9,5	340G	340bG
H Jacobsen *8	620G	620G

Ausländische DM-Anleihen

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · London · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel

... 7-45/2, 7-50/2,2, 10-50/4,4, Lufthansa Vz. 4-160/2,1, 7-160/4,6, Linde ... Mannesmann 4-150/3,45, 7-150,4,5, ... Vz. 4-130/2, Kali + Salz 4-230/2,15, ... 10-280/10,2, 10-380/13,7, Thyssen ... Veba 4-170/2, 7-170/3,6, 10-170/4,8, ... 10-210/3, Chrysler 7-80/3,5, ... 7-330/10,4, 10-330/13, Litton 4-190/6, ... (1. Zahl Verfallmonat (jeweils ... 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9¾	5⅝–5⅞	3¼–3½
3 Monate	9⅞–10	5⅞–6⅛	3½–3⅝
6 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	3⅞–4⅛
12 Monate	10⅛–10½	6⅜–6⅝	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1852,50
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	615,60
1 £ Sovereign alt	246,00	303,24
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	185,00	240,54
10 Rubel Tscherwonez	253,00	315,78
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1065,00	1254,00
Maple Leaf	1065,00	1254,00
Platin Noble Man	1079,00	1289,86
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	199,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	196,00	248,52
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	466,00	571,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Der Dollar wurde am 23. 1. bei ruhigem Geschäft zunächst zwischen 2,8110 und 2,8150 gehandelt. Der Anstieg der Geldmenge M1 um 3,8 Mrd. Dollar wurde mit Interesse vermerkt, ohne jedoch großen Einfluß auf die Kursentwicklung zu nehmen. Der zu Beginn der vergangenen Woche vorhandene Zinsoptimismus ist jedoch vorerst nicht zu erkennen. Am frühen Nachmittag wurde der Dollar bei 2,8230 bezahlt. Die amtliche Notiz lautete 2,8155, wobei die Deutsche Bundesbank 18,9 Mio. verkaufte. Die freundliche Tendenz für den Dollar bewirkte auch festere Notizen für die übrigen Währungen. Dabei stieg der Japanische Yen um 85 Punkte auf 1,2050 und der Schweizer Franken um 37 Pf. auf 125,91. Die Italienische Lira konnte sich vom All-Time-Low von 1,640 auf 1,643 erholen. US-Dollar in: Amsterdam 3,1670; Brüssel 57,4675; Paris 8,6150; Mailand 1714,00; Wien 1984,80; Zürich 2,2361; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,4069; Pfund/DM 3,961.

Ostmarkkurs am 23. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports wurden am 23. Januar höher quotiert, nachdem die Dollar-Zinssätze im Vergleich zu Freitag ½ Prozentpunkte zulegten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,03/0,93	2,72/2,62	5,15/4,95
Pfund/Dollar	0,06/0,07	0,17/0,19	0,31/0,38
Pfund/DM	1,90/0,50	3,90/2,50	6,80/5,40
FF/DM	27/11	67/51	128/112

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 1.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,05 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 23. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 9,25 (7,41) – 8,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

	23. 1.	20. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,95G	99,95G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 108	107G	107G
7 dgl. KS 132	94,8G	94,6G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102G	102G

Bundesbahn

		23. 1.	20. 1.
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,9	97,9
8 dgl. 83 S.41	6/88	99,85	99,85
8 dgl. 83 S.42	9/88	99	99,7
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,95	99,7
8¼ dgl. 83 S. 44	12/88	100,4	100,55bG
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	8/84	100,85	100,85
8¼ dgl. 76	9/84	100,9	101G
6 dgl. 78 III	11/84	99,55G	99,55G

Renten leicht unsicher

Der Wiederanstieg des Dollars und eine von der Geldmengenentwicklung in den USA ausgehende Verstimmung sorgten für einen Stopp der Anlagekäufe. Bei den öffentlichen Anleihen führte dies zu Kursrückgängen bis zu 0,30 Prozentpunkten. Unter diesen Umständen ist man auf den Ausgabekurs der 500-Mill.-DM-Hamburg-Anleihe gespannt. Die Konditionen werden am Dienstag festgelegt. Man geht aber davon aus, daß der Nominalzins 8¼ Prozent und die Laufzeit 10 Jahre sein wird. Bei den DM-Auslandsanleihen stoßen gute Adressen wie Audi und jetzt Degussa weiterhin auf reges Interesse.

	23. 1.	20. 1.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	91G	90,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	94,75G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6¼ dgl. KS 14	96,25G	96G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 23	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
8 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	82G	82bG
8 dgl. KS 1	98,7G	98,7G
M 6 Ldn. Aufb. IS 15	96,15G	95,75G
6 dgl. IS 16	94,85G	94,85G
6 dgl. IS 17	94G	94G
8½ dgl. KO 49	101,3G	101,3G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101G	101G
10 dgl. KS 307	101G	101G
9½ dgl. IS 728	102,5bG	102,25G
M 5 Bayer. Verlk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	89,25G	89,25bG
8½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,5G	98,5
8 dgl. Pf 34	94,75G	94,75G
6½ dgl. Pf 37	98,75G	98,75G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	86G	85,5G
7½ dgl. Pf 87	90,25G	90,25G
6 dgl. KS 29	78,25G	78,25G
7 dgl. KS 30	97,55G	97,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119G	119G

	23. 1.	20. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	89,25	89,25
6 dgl. 47	78	78
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	108G	109
6 dgl. Pf 80	93,25G	92,85
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,3G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	80bG	80bG
8½ dgl. Pf 80	88,75G	88,75G
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55
9 dgl. KO 125	100,35G	100,35G
8 dgl. KO 175	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 259	102,2	102,2
9¾ dgl. KO 282	101,7G	101,7G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113,5G	113,5G
5 dgl. Pf 12	69G	69G
7 dgl. Pf 25	92,75G	92,75G
10 dgl. Pf 40	102G	102G
8 dgl. KO 30	99,75G	99,75G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	89,25G	89G
7 dgl. Pf 12	90,25G	90,5G
4¼ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
7½ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	99G	98,75G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	87,5G	87,5G
6 dgl. Pf 49	85G	84,5G
8 dgl. KS 1	93,2G	–
8¾ dgl. KS 8	100,75G	100,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	89,25G	89,25G
10 dgl. Pf 32	100,25G	100,25G
10 dgl. Pf 33	102,6G	102,6G
8½ dgl. KS 78	97,25G	97,25G

	23. 1.	20. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,3G	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,85G	100,5G
6¼ dgl. Pf 403	96,55G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	104,85G
8 dgl. Pf 1015	98,45G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,85G	99,8G
8¼ dgl. KS 420	94,95G	94,5G
9¼ dgl. KO 1301	104,3G	103,8G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	101,35G
8 dgl. IS 1512	99,8T	99,3T
8¼ dgl. IS 1520	102,1G	102,05G
6¼ dgl. IS 879	93,5G	93,15G
7½ dgl. IS 1509	100,35G	100,25G
D 4 Westf. Land. Pf 4	89G	89G
8 dgl. Pf 18	94G	94G
6¼ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,9G	100,9G
9¼ dgl. Pf 584	102,8G	102,8G
8¾ dgl. KS 294	102,7G	102,7G
8½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KolLa Pf 1	87,6G	87,6G
7 dgl. Pf 5	99,9G	99,9G

Sonderinstitute

	23. 1.	20. 1.
D 6 DSLB Pf 28	83G	83G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 63	88bG	88bG
7½ dgl. Pf 69	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99G	99G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	96G	96G

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

[illegible]

	23. 1.	20. 1.
D Exxon	107,5	105
D Fiat St.	6,4	6,3
D dgl. Vz.	5,3	5,15bG
F Finsider	–	–
D Fisons	29T	29T
M Fluor	54,5B	53,8
D Ford	126	128
F Fosco Minsep	–	6,4
F Fujitsu	15,7	15,8
F General Electric	158	160
F General Mining	59,2	60G
F Nisshin Steel	2,45	2,45
F Nissho - Iwai	3,9	3,7
D NL Industries	44,5	45G
F Norsk Hydro	199	197
H Occ. Petroleum	75,5	76,4
D Océ v. d. Grint	–	–
F Olivetti St.	6,95	6,95
F Olivetti Vz.	6,95	6,95
F Olympus Optical	12,5G	12,8
H v. Ommeren	28,8bG	28,9
F Onoron Tateisi	24G	23,8
M Vaal Reefs Expl.	283	289G
D Vmf-Stork	102T	103,5G
D Volvo A	160T	165T
D dgl. Nam B	160T	165T
F Warner Commun.	79bG	79,5
F Warner Lambert	89,9	89,9
F Wells Fargo	115	118,5
M Western Deep L.	133	134,7
M Western Mining	10,3G	10,35
M Westinghouse El.	153	155
F Westl.-Utrecht H.	127,5	118
D Xerox Corp.	141	139

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. In allen Sichten höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	23. 1	20. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	344,25	338,25
Mai	345,75	340,00
Juli	338,50	335,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	250,10	250,70
Amber Durum	236,55	223,24
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	143,50	144,50
Mai	146,00	147,20
Juli	147,50	148,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	134,50	134,50
Mai	127,00	127,20
Juli	125,00	125,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	181,50	180,50
Mai	182,00	181,00
Juli	179,50	178,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	324,25	323,25
Mai	328,00	325,50
Juli	326,75	326,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	135,00	135,60
Mai	133,40	134,00
Juli	133,30	133,90

Genußmittel

	23. 1.	20. 1.
Kaffee		
New York (c/lb)		
März	145,60	144,50
Mai	139,50	138,48
Juli	136,00	135,75

	23. 1.	19. 1.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2659	2225
Mai	2577	2489
Juli	2568	7065
Umsatz	9646	7085
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,70	8,03
Mai	8,00	8,34
Juli	8,29	8,65
Sept.	8,53	8,89
Okt.	8,73	9,06
Umsatz	14 898	11 250

	23. 1.	20. 1.
Ice-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,26	7,08
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	2109–2112	2082–2085
März	2119–2120	2087–2098
Mai	1988–1990	1967–1970
Umsatz	5059	6144
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1985–1987	1948–1950
Mai	1989–1990	1976–1977
Juli	1977–1978	1966–1968
Umsatz	13 128	10 700
Zucker		
London (£/t)		
März	147,75	144,70
Mai	154,25	–
Umsatz	1913	2142
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	405,00	410,00
weißer Sarawak	657,50	682,50
weißer Muntok	665,00	670,00

	23. 1.	20. 1.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
März	151,00	155,40
Mai	152,75	157,00
Juli	154,40	157,50
Sept.	155,30	158,20
Nov.	153,00	156,90
Umsatz	1500	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

	23. 1.	20. 1.
Erdnußöl		
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	47,50	47,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,58	27,35
Mai	28,00	27,48
Juli	28,10	27,80
Aug.	27,90	27,90
Sept.	27,52	27,70
Okt.	26,65	26,80
Dez.	26,55	26,70
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,25	29,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	27,00	25,50
Choice white hog 4% fr. F.	19,00	19,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	18,75	18,50
fancy	18,25	18,00
bleichfähig	18,00	17,75
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Febr.	52,05	52,30
Apr.	48,42	48,30
Juni	53,55	53,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	66,40	65,95
März	66,90	66,70
Mai	68,60	68,20

	23. 1.	20. 1.
Rinder		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere		
River Northern	56,00	56,00
Kühe einh. schwere		
River Northern	58,00	58,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	731,50	722,00
Mai	746,00	733,00
Juli	758,00	748,00
Aug.	752,50	758,50
Sept.	727,50	753,00
Nov.	712,75	729,50
Dez.	725,50	716,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	193,50	194,80
Mai	195,50	194,90
Juli	197,70	196,30
Aug.	198,30	198,50
Sept.	195,50	198,20
Okt.	192,00	196,00
Dez.	192,50	191,80
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)		
März	377,40	378,00
Mai	381,30	381,00
Juli	382,40	382,20
Kokosöl		
New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	50,00	49,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1030,00	1015,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	525,00	525,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	840,00	930,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	209,00	214,75
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1120,00	1110,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	314,00	307,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	23. 1.	20. 1.
Baumwolle		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
März	76,01	76,60
Mai	76,60	76,95
Juli	76,55	76,85
Okt.	72,75	72,73
Dez.	71,35	71,30
März	72,75	72,45
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	57,75	57,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
Jan.	–	–
März	428-429	425-428
Mai	445-447	442-445
Umsatz	248	254
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
März	47,80	geschl.
Mai	48,10	geschl.
Juli	48,50	geschl.
Okt.	48,80	geschl.
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype		
März	576,0–578,4	576,0–578,0
Mai	595,5–597,0	595,0–596,0
Juli	608,5–609,0	607,0–608,0
Umsatz	49	85
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Jan.	13 926	13 925
Febr.	13 980	13 927
Kautschuk		
London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	87,50–90,00	87,50–89,50
Febr.	88,00–90,00	88,00–89,00
März	89,00–90,80	88,90–89,50
April/Juni	90,60–90,70	90,10–90,30
Tendenz: uneinheitlich		

	23. 1.	20. 1.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Febr.	267,50–268,00	268,00–268,50
März	273,50–274,00	273,00–274,00
Nr. 2 RSS Febr.	257,50–258,50	257,50–258,50
Nr. 3 RSS Febr.	254,00–255,00	254,00–255,00
Nr. 4 RSS Febr.	247,50–248,50	247,50–248,50
Tendenz: 49		
Jute London (£/lgt)		
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	23. 1.	20. 1.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	109,72–109,91	108,30–108,50
drittfolg. Monat	113,19–113,39	111,12–112,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	276,97–277,76	274,12–274,52
drittfolg. Monat	273,79–274,59	271,34–271,44
Produz.-Preis	276,31	274,20
Reinzinn 99,9%	3808–3845	3824–3861

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23. 1.	20. 1.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*	388,86–390,65	385,20–387,18
Blei in Kabeln	117,50–118,50	116,00–117,00
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	23. 1.	20. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372-388	369-386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420-423	418-420
MS 63	419-425	417-419

Zinn-Preis Penang

	23. 1.	20. 1.
Straits-Zinn		
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 1.	20. 1.
Leg. 225	470-473	465-473
Leg. 226	472-475	467-475
Leg. 231	502-505	497-505
Leg. 233	512-515	507-515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23. 1.	20. 1.
Platin (DM je g)	36,6036,758	
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 050	34 050
Rücknahmepr.	33 300	33 300
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 980	33 870
Rücknahmepr.	33 460	33 340
verarbeitet	35 670	35 540
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 750	33 650
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	759,80	757,40
Rücknahmepr.	744,80	742,20
verarbeitet	793,50	791,00

Internationale Edelmetalle

	23. 1.	20. 1.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	371,25	372,75
15.00	371,35	371,25
Zürich mittags	370,80–371,10	374,00–374,75
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	103 000	102 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	587,55	585,20
3 Monate	6000,85	597,90
6 Monate	615,56	613,35
12 Monate	644,45	642,15
Platin (£-Feinunze)		
London		
fr. Markt	266,90	267,40
Palladium (£-Feinunze)		
London		
1. Händlerpr.	112,10	112,40

	23. 1.	20. 1.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	371,35	371,25
Silber H & H Ankauf	826,00	817,00
Platin fr. Händlerpr.	370,00–371,75	370,00–371,75
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	158,00–160,00	158,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	804,00	826,50
Febr.	805,50	831,00
März	811,00	832,00
Mai	824,00	845,00
Juli	838,00	861,00
Sept.	854,00	875,60
Dez.	875,80	897,80
Umsatz	22 000	25 000

New Yorker Metallbörse

	23. 1.	20. 1.
Kupfer (c/lb)		
Jan.	61,50	61,10
Febr.	61,65	61,25
März	62,15	61,75
Mai	63,45	63,00
Juli	64,75	64,40
Sept.	66,10	65,75
Dez.	68,20	65,80
Umsatz	5 000	6 500

Londoner Metallbörse

	23. 1.	20. 1.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1103,5–1104,5	1101,0–1102,0
3 Monate	1132,5–1133,0	1128,5–1129,0
Blei (£/t) Kasse	275,50–276,00	275,00–276,00
3 Monate	285,25–285,50	284,50–285,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	956,50–957,50	958,50–959,00
3 Monate	991,50–992,00	982,50–983,00
abends Kasse	967,00–968,00	963,00–964,00
3 Monate	992,50–993,00	987,00–987,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	957,00–957,50	950,00–952,00
3 Monate	978,00–979,00	972,00–974,00
Zink (£/t) Kasse	694,00–695,00	696,00–697,00
3 Monate	688,00–689,00	688,00–688,50
Zinn (£/t) Kasse	8600–8605	8625–8635
3 Monate	8750–8755	8775–8776
Quecksilber		
$/Fl.)	205,00–215,00	310,00–320,00
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	72,00–76,00	72,00–76,00

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgericht/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

TEE

Als Rohstoff wirkt der Tee geradezu unbedeutend. Rund zwei Millionen Tonnen der grünen Blätter, von denen etwa 800 000 Tonnen schon verarbeitet in den Export gehen, bringen den Erzeugerländern insgesamt gut 1,2 Milliarden Dollar. Im Vergleich zum Kaffee ist dieser Welthandelsumsatz verschwindend klein. Jedoch: Für die vorwiegend asiatischen Produzentenländer bedeutet das Naturprodukt Kultur, Arbeit, Devisen und vor allem auch Nahrung. Gerade in den vergangenen Jahren ist der Eigenverbrauch dieser Staaten erheblich gestiegen – zum Leidwesen der westlichen Abnehmer, die aufgrund des knapperen Angebots bedeutet höhere Preise zahlen müssen. Ein Umstand, der die Engländer besonders hart trifft. Die Deutschen, mit nur etwa einem Prozent am Welt-Teeverbrauch beteiligt, können der Entwicklung freilich etwas gelassener entgegensehen.



Ceylonesische Teepflückerinnen bei der beschwerlichen Arbeit FOTO: POLY-PRESS

DEUTSCHER MARKT / Vom Boom vergangener Jahre, ausgelöst durch die Einführung aromatisierter Sorten, ist nur noch wenig zu spüren

Weichpackungen sind wieder gefragt – Tee in Dosen hingegen mußte erhebliche Einbußen hinnehmen

Wende, Aufschwung – diese überstrapazierten Schlagworte können die heutige Situation am deutschen Teemarkt nicht beschreiben. Denn der Teeverbrauch weist keineswegs die Zuwachsraten vergangener Jahre auf – 1977 bis 1982 im Durchschnitt sieben Prozent. Im Gegenteil: Der *Konsum stagniert oder geht zurück.* In diesem Punkt scheiden sich die Geister deutscher Packer und Teehändler. Während die einen behaupten, die Deutschen hätten 1983 etwa vier Prozent weniger Tee aufgegossen als noch ein Jahr zuvor, bestehen die anderen darauf, daß die bundesrepublikanischen Teetrinker trotz des heißen Sommers dem fernöstlich anmutenden Getränk treu geblieben sind – im gleichen Umfang wie 1982.

Beweisen läßt sich weder die eine noch die andere Aussage. Denn der Verbrauch wird ausschließlich anhand des Teesteueraufkommens, 65,24 Millionen Mark, ermittelt; eine Mengensteuer (Zölle werden seit 1972 nicht mehr erhoben), die an den Staat entrichtet werden muß, sobald der Tee das Zollager verläßt. Wieviel Tee beim Packer auf Lager liegt, bleibt jedoch das Geheimnis der einzelnen Unternehmen.

Aber eines scheint jedenfalls sicher: Einer gesteigerten Beliebtheit hat sich der Tee 1983 nicht erfreut. Für das Abflauen des Booms werden *vor allem die Aroma-Tees, die Ende* der siebziger Jahre den Markt überflutet haben, verantwortlich gemacht. Diese mit Wildkirsche-, Vanille-, Orange-, Mango- oder Maracuja besprühten Teemischungen hatten besonders junge Leute angelockt. Offenbar nahmen diese phantasievollen Geschmacksrichtungen dem kalorienfreien Getränk das leicht angestaubte Image, das ihm noch anhaftete. Teetrinken kam in Mode, wie die Zahlen beweisen: Statt 140 Gramm Pro-Kopf-Verbrauch 1970 waren es 1982 auf einmal 255 Gramm, die ein Deutscher im Durchschnitt pro Jahr kaufte.

Doch zum Leidwesen dieser Branche hat Mode etwas Vergängliches. Und so vermuten die Insider einhellig, daß der Teekonsum schon 1983 leicht abgeflaut ist und möglicherweise *in diesem Jahr noch weiter zurück*gehen wird. Der Verbrauch werde sich wohl auf einem Niveau einpendeln, das zwischen den „achtziger Spitzenwerten“ und den Konsumzahlen vor dem großen Boom (195 Gramm Pro-Kopf-Verbrauch) liegen wird.

Die Begründung für diese Schätzung ist *einfach: Der Anteil* der Aroma-Tees am Gesamtverbrauch beträgt im Augenblick rund zehn Prozent. Wenn er im Laufe der nächsten Jahre auf etwa fünf Prozent zurückfallen sollte, dürfte die entstehende Lücke zum Teil dadurch gefüllt werden, daß ehemalige Aroma-Tee-Fans auf reinen Schwarztee umsteigen. Denn dieses Phänomen, Aroma-Tee als Sprungbrett in die wahre Teekultur, haben deutsche Packer schon bei *zahlreichen* jungen Leuten beobachtet. Der Rest, vielleicht zwei bis drei Prozent – vermutet ein großer Teehändler – wird dem Teemarkt ganz verloren gehen.

Derartige Zukunftsaussichten könnten zu dem Schluß verleiten, daß die Schlacht um die Marktanteile nun forciert wird. Aber ein Blick auf die Struktur zeigt, daß der Markt sich aus vielen Nischen zusammensetzt. Große und kleine Packer haben sich im allgemeinen auf Teilbereiche spezialisiert. Einige beliefern überwiegend Handelsketten, andere in großen Mengen den Einzelhandel, ein Dritter konzentriert sich auf die Crème de la crème der Hotels und Restaurants. Die Gewichtsverteilung innerhalb dieser Kategorien auf Tee in Beuteln, auf Dosentee oder auf Tee in Weichpackungen bietet weitere Möglichkeiten, Marktsegmente zu schaffen. Dieses Gefüge schwächt den Kampf um den Verbraucher ab.

Im einzelnen teilt sich der Markt wie folgt auf: Gut die Hälfte schwarzen Tees wird über den Lebensmittelhandel verkauft, der Kaffee- und Teefachhandel absorbiert 14 Prozent, Al*di 13, die Warenhäuser fünf, Tchibo-* und Eduscho-Depots verkaufen vier Prozent, der Versandhandel sieben und über sonstige Einkaufsstätten gehen ebenfalls sieben Prozent an den Verbraucher. Die Gastronomie und die Großverbraucher, wie Krankenhäuser, Altersheime und ähnliche Einrichtungen, sind in dieser Statistik allerdings nicht enthalten, bilden aber durchaus interessante Kundenkreise.

Die Verpackung des *statistisch* erfaßten Teeabsatzes gestaltet sich folgendermaßen: 60 Prozent in Aufgußbeuteln, die mit 127 Millionen Mark Umsatz im vergangenen Jahr zweifellos den größten Marktanteil beanspruchen, 27 Prozent in Weichpackungen mit einem Umsatz von 60 Millionen Mark und 15 Prozent in Dosen mit einem *Umsatz von 33 Millionen* Mark. In Zukunft, so prognostizieren die Packer, werde der Verbraucher vermehrt zum schwarzen Tee in Weichpackungen greifen. Dieser Trend habe sich schon in den letzten beiden Jahren abgezeichnet. So wurden von Januar bis Oktober 1983 mengenmäßig elf Prozent mehr Schwarztee-Pakete verkauft als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Beuteltee mußte hingegen ein Prozent, Dosentee sogar zwölf Prozent Marktanteil abgeben. Ob für diese Verschiebung ausschließlich der Preis verantwortlich ist, oder auch der Wunsch nach mehr Zeremonie – im Vergleich zum Aufgußbeutel – läßt sich schwer feststellen. (Nicht berücksichtigt in der Rechnung sind Ostfriesland aufgrund seiner Sonderstellung und Aldi.)

*Darüber hinaus ergeben sich frei*lich Produktdifferenzierungen durch die mehreren hundert Provenienzen, die jedem Packer für seine Mischungen zur Verfügung stehen. Jedoch glaubt die Mehrzahl der Packer, daß Unkenntnis unter den Teetrinkern stark verbreitet ist. Mit den unterschiedlichen Bezeichnungen, die auf den Packungen vermerkt sind, könnten nur die Versierten etwas anfangen. Daher rangiere dieses Kriterium bei der Produktwahl eher unter „ferner liefen“. Bemerken würde der Verbraucher hingegen, wenn das Qualitätsniveau sich plötzlich verschlechterte. Bisher rühmt sich die Branche, im Durchschnitt den besten Tee Europas zu bieten.

Ein kleiner, wenn auch unzulänglicher Beweis, mag die Import-Statistik des International Tea Committee sein: Nicht die billigen und meist minderwertigen Sorten aus Rußland, der Türkei oder Südamerika gelangen durch den Freihafen in die Bundesrepublik, sondern maßgeblich indische (32 Prozent) und ceylonesische (24 · Prozent) Provenienzen. In den letzten Jahren konnten auch chinesische und afrikanische Teesorten größere Furore machen. Sie beteiligten sich 1982 mit 13 und zehn Prozent an der deutschen Gesamteinfuhr von 17 603 Tonnen, von denen allerdings 2078 Tonnen wieder reexportiert wurden – nach Österreich, Dänemark, Skandinavien oder in die USA.

In jedem Fall aber, bestätigen zahlreiche Importeure, werden die in höheren Lagen angebauten Provenienzen verlangt. Denn Höhenluft läßt *Teeblätter* besonders *gut gedeihen,* bürgt für Vortrefflichkeit. Und genau daran soll es in deutschen Landen nicht fehlen. KAREN SÖHLER

WIRKSTOFFE / Tein und Gerbsäure ergänzen sich

Tee regt an, aber nicht auf

Erregung verursacht er nicht, auch keine Aufregung, nur Anregung. So jedenfalls wird im Volksmund die hervorstechendste Eigenschaft des Tees beschrieben. Die Binsenweisheit läßt sich sogar wissenschaftlich belegen: Es sind die im Tee enthaltenen Wirkstoffe, die jenen fast widersprüchlich anmutenden Charakterzug verursachen.

Der entscheidende Bestandteil ist zunächst das Coffein (Tein), von dem jede Tasse etwa 0,05 Gramm enthält. Im Gegensatz zum Kaffee stützt das Coffein im Tee nicht den Kreislauf über das Herz, sondern durch eine gesteigerte Gehirndurchblutung und einen erhöhten Gehirnstoffwechsel belebt es das zentrale Nervensystem.

Daß Coffein im Tee anders wirkt als im Kaffee, hängt mit der zweiten wesentlichen Substanz zusammen: Das Tannin, die Gerbsäure, bremst den Einfluß des Coffeins. Ergänzt wird dieses günstige Zusammenspiel der Stoffe durch eine dritte Substanz – durch das Theanin. Diese Aminosäure fängt die aufregende Wirkung des Coffeins langsam ab; und erst bei längerem Ziehenlassen wird es vollständig herausgelöst.

Aber damit des Positiven nicht genug: Tee enthält auch wichtige Vitamine wie die für geistig aktive Menschen unentbehrliche Vitamin D und Vitamin B 1. Von den Spurenelementen ist speziell Fluor hervorzuheben.

F. DURST

Ostfriesland: Zwei Prozent der Deutschen trinken ein Viertel der gesamten Einfuhr

Tee gehört zu Ostfriesland wie Meer, Küste und Marsch. Den Preußen haben sie es einst sogar schriftlich gegeben. Der Tee, so schrieben sie hochoffiziell, ist „so tief eingewurzelt, daß die Natur des Menschen schon durch eine schöpferische Kraft müßte umgekehrt werden ...

An derart lebensnotwendigem Tee verbrauchen die Ostfriesen mehr als sechs Pfund pro Kopf und Jahr – achtmal soviel wie der deutsche Durchschnittsbürger. Ein Viertel des gesamten deutschen Tee-Imports geht nach Ostfriesland, und das, obwohl die Ostfriesen nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Die ostfriesische Tee-Begeisterung hat eine jahrhundertealte Tradition. Niederländer, die schon Anfang des 17. Jahrhunderts die ersten Schiffsladungen Tee aus Japan und China nach Europa brachten, belieferten von Anfang an auch ihre ostfriesischen Nachbarn. Sie machten das fernöstliche Getränk zur gefragtesten flüssigen Nahrung. Nur stark muß der Tee sein. Eine wahre Ostfriesen-Mischung besteht etwa aus 20 kräftigen, gehaltvollen Assam-Tees.

Zur echten Zeremonie gehören an der Waterkant darüber hinaus eine ganz besondere Stimmung und das Gewußt-wie: Pro Person wird ein gehäufter Teelöffel Tee in den heiß ausgespülten „Teepott“ gegeben. Nach dem Motto „Dree Tassen hören dar to“ berechnet die ostfriesische Hausfrau mindestens drei kleine Ostfriesen-Tassen für jeden. Aus dem Teekessel wird kochendes Wasser aufgegossen bis die Blätter zwei bis drei Finger hoch bedeckt sind. Der Aufguß darf höchstens fünf Minuten ziehen. Dann wird soviel Wasser nachgegossen wie Tassen gewünscht werden.

Wer nun „'n lecker Koppke Tee“ auf ostfriesische Art genießen will, der gibt zunächst Kandis in die Tasse. Der darübergegossene heiße Tee erzeugt Knistern und Knacken. Sahne darf freilich nicht fehlen. Behutsam auf den Tee gelegt, breitet sie sich dann langsam zu einer zarten, weißen „Wulkje“ aus. P. OBERHEIDE

VERBRAUCHERSCHUTZ / Viele Vorschriften

Die Qualität können nur die Teataster bestimmen

Der Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln, ob flüssig oder fest, ist in der Bundesrepublik wohl geordnet – zum Schutz des Verbrauchers. Das Fundament dieser Verkehrsregelung bilden zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die für alles Verzehrbare einheitlich gelten. Aber damit nicht genug: Die meisten Nahrungsmittel unterliegen zusätzlichen „persönlichen“ Vorschriften. An dieser Einzelbehandlung ist auch der Tee nicht vorbeigekommen.

Es beginnt schon mit der Namensgebung. Um die drei Buchstaben ausschließlich für den schwarzen Tee zu reservieren, wurde 1942 eine Verordnung für Tee und teeähnliche Erzeugnisse in Kraft gesetzt. Der erste Paragraph legt fest, was sich Tee oder Teemischung nennen darf; nämlich *nur die Blattknospen, jungen Blätter* und jungen Triebe des Teestrauches „Gattung Thea“ . Alle teeähnlichen, aber doch abweichenden Erzeugnisse müssen ihre Andersartigkeit deutlich kennzeichnen. Beispielsweise verweist der Name Brombeertee auf die Art des verwandten teeähnlichen Produktes.

Bei aromatisierten schwarzen Tees reichte diese einfache Abgrenzung nicht aus. Die Lebensmittelkennzeichnungs–Verordnung schreibt vor „schwarzer Tee, aromatisiert“ oder „aromatisierter schwarzer Tee“. Ein Hinweis auf die Geschmacksrichtung darf nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Begriff Tee auftauchen. *Das Mindesthaltbarkeitsdatum* und eine Zutatenliste müssen bei aromatisierten Tees auf jeden Fall angegeben sein, während bei reinem schwarzen Tee auf nähere Angaben verzichtet werden kann. Denn die internationale Tee-Welt vertritt einmütig die Auffassung, daß Tee sich länger als 18 Monate hält.

*Ob die auf den Teepackungen an*gegebenen Gewichte stimmen, prüfen die Eichämter. Den wie am Schnürchen laufenden Abfüllmaschinen könnte schließlich auch einmal ein Fehler unterlaufen. Diese komplizierten Kennzeichnungsregelungen gelten freilich nur für Tee in Fertigpackungen. Bei losem Tee, der nicht per Selbstbedienung abgegeben wird, liegt das Schicksal des Verbrauchers in den Händen des Verkaufspersonals. Nur der Preis pro 100 Gramm oder pro ein Kilo muß neben der Ware oder auf einem Extra-Aushang erwähnt sein – *laut* Preisangaben-Verordnung.

Über diese Äußerlichkeit hinaus bestimmte Anforderungen an das Produkt Tee zu stellen, ist äußerst schwierig. Denn chemische Analysedaten lassen sich bei Tee nicht anwenden. Das einzige Kriterium, nach dem die Qualität einer Provinienz bewertet wird, ist die Zunge des erfahrenen Teatasters – auf deutsch Teeschmecker. Zwar gelten im internationalen Handel bestimmte Merkmale, *wie* Feuchtigkeitsgehalt, Stengelanteil, Sandteil, die erkennen lassen, ob es tatsächlich ein Erzeugnis des Teestrauches ist. Diese Normen – festgelegt von der International Organization for Standardization – geben jedoch keineswegs Auskunft über die Güte des Tees.

Daß die schwer definierbare Quali*tät nicht durch Unmengen von* Pflanzen–Schutzmitteln geschmälert wird, dafür sorgt die Höchstmengen–Verordnung Pflanzenschutz, die auch die Grenze erlaubter Rückstände festsetzt. Der Verband des Tee–Einfuhr- und Fachgroßhandels hat seit Bestehen dieser Verordnung einen Untersuchungsring gegründet, der in regelmäßigen *Abständen die „Rück*standssituation“ in den wichtigsten Anbauländern untersucht. Die Werte sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, da fast alle Produzenten Pflanzenschutzmittel entweder gar nicht oder nur unter den strengen Augen der Aufsichtsbehörden benutzen. Der Grund für diese *Achtsamkeit:* Für die Anbauländer bedeutet Tee ausländische Währung. Eine verringerte Aufmerksamkeit in diesem Punkt könnte Devisenverlu*ste nach sich ziehen – und das* wiederum könnte keines dieser Länder sich leisten. GISELA PANZER

Die ersten Kulturen wurden in China entdeckt

Tee macht die Sinne klar – so lautet eine alte fernöstliche Weisheit. Wie alt? Genaues steht nicht fest. Denn Geschichte, die mehrere tausend Jahre zurückliegt, ist zwangsläufig eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit. Daher wird es wohl immer ein Rätsel bleiben, wo der Teestrauch seinen Ursprung hat. Aber in einem Punkt sind sich die Gelehrten einig: Die ersten Teekulturen stammen aus China. Etwa 500 n. Chr. trugen buddhistische Mönche den Kult nach Japan.

400 Jahre verstrichen, bis die erste Kunde von dem fernöstlichen Getränk nach Europa drang. Und es dauerte nochmals rund 700 Jahre, bis Araber, christliche Missionare und Seeleute den ersten grünen Tee aus China , der heute in europäischen Gefilden wenig Anklang findet, nach Europa transportierten. So wurde der Grundstein für den internationalen Teehandel erst Anfang des 17. Jahrhunderts gelegt.

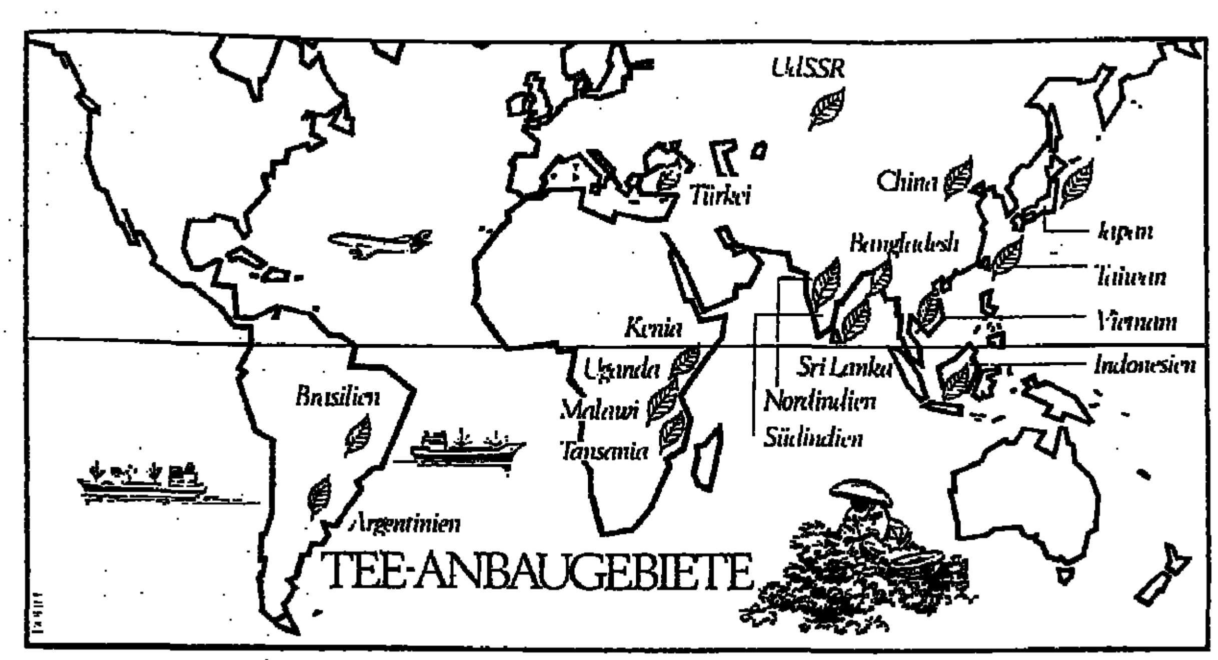
Zunächst betrieben nur die Holländer regen Handel mit China und Japan. Denn das „fliegende Volk“ hatte sich mit Hilfe des Fernost-Monopol eine Vormachtstellung erobert. 1699 mußten die Niederländer die Bevorzugung jedoch an die Briten abtreten. Bis 1833 verschiffte ausschließlich das Vereinigte Königreich Tee vom Fernen Osten nach Europa. Sechs bis neun Monate, manchmal sogar ein Jahr, waren die Schiffe unterwegs. Hitze und Feuchtigkeit spielten dem Tee und seiner Qualität arg mit. Rund 200 Jahre mußten Teeliebhaber mit diesem Mangel leben. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts hatten Schiffsbauer einen Klipper entwickelt, der es möglich machte, die kostbare Fracht in nur 99 Tagen einmal um die halbe Erde zu schiffen. Nach der Eröffnung des Suez-Kanal 1869 verkürzte die Route sich dann ohnehin erheblich – von Sri Lanka aus gerechnet um 7000 Kilometer.

Der verstärkte Teehandel zog den Aufbau einer Tee-Industrie nach sich. Vorreiter war Anfang des 19. Jahrhunderts Nordost-Indien (Assam), das zunächst Samen aus China und dann welche aus der eigenen Züchtung benutzte. Da Japan seine Grenzen geschlossen hatte, im China-Handel erste Schwierigkeiten auftraten, begann Indien die aufbrechende Marktlücke zu füllen. Heute sind die Inder die größten Teeproduzenten der Welt.

Sri Lanka, damals noch Ceylon, Java, Sumatra und Rußland folgten dem Beispiel Indiens mit geringer zeitlicher Verzögerung. In Afrika jedoch wurde erst Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem gezielten Teeanbau begonnen.

RENÉE PREVE

Redaktion: Karen Söhler
Anzeigen: André Hauke, Hamburg



WELTMARKT / Verbrauch in den Erzeugerländern erheblich gestiegen

Das Angebot kann die Nachfrage bei weitem nicht mehr befriedigen

Die europäische Teewirtschaft ist in heller Aufregung. Preissteigerungen, wie die Branche sie seit über einem Jahr erlebt, gab es noch nie in der Geschichte des Tees. Beinahe täglich klettern die Auktionspreise. In London haben sie mit 375 Pence pro Kilo für hervorragende Qualitäten am 10. Januar einen neuen historischen Höchststand erreicht. Die letzte Hausse von 1976/77 ist damit weit übertroffen. Seit dem letzten Sommer haben sich Steigerungen von rund 150 Prozent ergeben, bei Konsumwaren und niedrigen Güteklassen sogar etwa 200 Prozent. Das hat zu einer Umkehr der bisher gültigen Relation geführt.

Es scheint, als ob sich das hohe Preisniveau halten wird. Denn die Vorräte sind nach zum Teil schlechten Ernten in den letzten Jahren und einer längeren Phase niedrigerer Preise weltweit stark geschrumpft. Der kontinuierliche Preisanstieg, der bereits im August 1982 eingesetzt hatte, deutete schon auf eine effektive Angebotsverknappung hin. In den letzten Wochen jedoch sind die Preise förmlich explodiert. Die Ursache liegt zweifelsohne im Angebot und in der Nachfrage, nicht im spekulativen Engagement.

Auf der Nachfrageseite kämpft der Markt mit zwei Problemen. Erstens ist der Verbrauch im Nahen und Mittleren Osten erheblich gestiegen. Länder wie Iran, Irak, Syrien, Ägypten leisten sich eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Tee. Inzwischen ist er zu einer der Hauptnahrungsmittel avanciert. Diese Länder, in denen das fernöstliche Getränk so an Bedeutung gewonnen hat, zahlen auf den Auktionen jeden Preis – zum großen Leidwesen der europäischen Händler.

Zweitens hat der Eigenkonsum in den Produzentenländern drastisch zugenommen. Daß die Weltproduktion sich 1983 um rund vier Prozent erhöht hat, hilft kaum, diese Schwierigkeiten zu lösen. Allein Indien, weltweit größter Teekonsument und -produzent, wird aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums auch in Zukunft den Verbrauch weiter steigern. Schon jetzt wäre es für Indien ein leichtes, seinen Tee ausschließlich selbst zu konsumieren und nichts mehr zu exportieren. 1990 könnte das Land theoretisch bereits Tee einführen. Die Importsperren für Tee aus Bangladesch und Pakistan wurden kürzlich schon aufgehoben.

Unterstrichen wird die brisante Lage in Indien durch das Ende letzten Jahres ausgesprochene Exportverbot für CTC-Tee (die drei Buchstaben beschreiben das Herstellungsverfahren: cutting, tiring, crushing) aus Assam. Die Maßnahme, so verlautet aus Regierungskreisen, soll den Preis in Kalkutta mit Gewalt senken, damit sich möglichst viele Inder Tee leisten können. Diese Entscheidung dürfte allerdings mit Blick auf die Wahlen im März, also vor allem aus politischen Gründen getroffen worden sein. Die Branche nimmt daher an, daß das Exportverbot zeitlich begrenzt ist und nach den Wahlen wieder aufgehoben wird.

Zudem braucht Indien Fremdwährungen; und Tee steht immer noch an vierter Stelle der Exportgüter. Daß der ehemalige englische Kolonialstaat ganz auf diese Devisenquelle verzichten wird, steht daher nicht zu befürchten. Aber in jedem Fall drückt der steigende Eigenverbrauch auf das Angebot am internationalen Markt. 1982 wurden von der 565 400-Tonnen-Ernte nur noch etwa ein Drittel exportiert, rund 50 000 Tonnen weniger gegenüber dem Vorjahr. Damit rutschte Indiens Anteil am Welttee-Export auf 22 Prozent ab. Es wird befürchtet, daß dieser Trend sich fortsetzt.

Die Angebotsschmälerung wird durch die Situation in den anderen Erzeugerländern noch verstärkt. In Sri Lanka, wo schon 1982 mit 187 800 Tonnen weniger als im Vorjahr geerntet worden war, 1983 die Produktion um rund sieben Prozent gesunken ist, wird damit gerechnet, daß der Rückgang sich möglicherweise auch in diesem Jahr weiter fortsetzt. Da über 90 Prozent in den Export gehen, bedeutet das ein entsprechend niedrigeres Angebot in Colombo. Hinzu kommt: Die ceylonesischen Tees sind die Favoriten der Nah- und Mittelostländer.

Die Volksrepublik China könnte zwar wie Indien ihre gesamte Teeproduktion im eigenen Lande verbrauchen, hat aber in den letzten Jahren immer um 100 000 Tonnen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Naturkatastrophen wie Dürre und Überschwemmungen in den Teeanbaugebieten lassen für 1984 eine geringere Exportmenge sowie steigende Preise erwarten.

Kenia ist eines der ehrgeizigsten Teeanbauländer. In den letzten zehn Jahren ist die Produktion fast verdoppelt worden. 1982 brachte sie schon 96 000 Tonnen hervor. Es wurde aber nicht nur auf die Menge geachtet, sondern auch auf die Qualität. Die Engländer haben dieses Bemühen honoriert. Tee aus Kenia ist inzwischen die Nummer eins in Großbritannien. Die Konkurrenz aus Sri Lanka muß sich jetzt mit dem zweiten Platz begnügen. Trotz Ehrgeiz wird Kenia den Mangel am Weltmarkt jedoch nicht ausgleichen können.

Tee aus Mosambik erfreut sich besonders in den USA, aber auch in Europa gewisser Beliebtheit aufgrund seines neutralen Geschmakkes. Er wird als Preisreduzierer in den Mischungen eingesetzt. Da aber die 83er Ernte nach Schätzungen um rund 35 Prozent unter dem Vorjahr (1982: 21 000 Tonnen) gelegen haben dürfte, haben sich auch hier die Preise etwa verdoppelt und zeigen eine weiter steigende Tendenz.

Ebenfalls als Preisreduzierer genutzt werden die Provenienzen aus Argentinien. An den rund 30 000 Tonnen Tee aus dem Land der südlichen Hemisphäre sind vorwiegend die Amerikaner interessiert. Die Engländer kaufen diesen Tee nach wie vor nicht – Nachwehen der Falkland-Krise.

Indonesien hat 1983 zwar zehn bis zwölf Prozent mehr geerntet (1982: 73 560 Tonnen), die Preise haben aber im Schlepptau von Colombo ebenfalls mächtig angezogen. Indonesische Tees werden im wesentlichen zum Beimischen gesucht. Anders bei dem Tee aus Bangladesch, der auf dem Weltmarkt und speziell in Europa eine eher untergeordnete Rolle spielt – trotz einer Erntemenge von etwa 40 000 Tonnen. Seine Preise werden im Vergleich zur Qualität als zu hoch eingestuft. Das macht sie für den europäischen Markt uninteressant. Hauptabnehmer ist inzwischen Pakistan.

Der durch die Weltmarkt-Situation entstandene Preisschub wird in der Bundesrepublik noch durch einen weiteren Umstand unterstützt: Deutsche Packer hatten die Läger aufgrund der hohen Zinsen 1982 und 1983 nur recht spärlich gefüllt und den internen Betriebsablauf an die geschrumpften Bestände angepaßt. Für diese Unternehmenspolitik sprechen freilich auch die hohen Teepreise. Denn die gleiche Menge Tee bindet heute im Vergleich zu 1981 mindestens das doppelte Kapital. Jetzt versuchen die Packer mit äußerst vorsichtigen Von-der-Hand-in-den-Mund-Nachdeckungen die nächsten Monate bis zum Anschluß an die neue Ernte zu überbrücken, in der Hoffnung, daß eine neue Ernte wieder niedrigere Preise bringt.

Die Lage auf dem internationalen und dem deutschen Markt beweist, daß die Verbraucher zwangsläufig spürbar höhere Preise werden hinnehmen müssen. Erste Erhöhungen sind bereits angekündigt. Weitere dürften im Laufe des Jahres folgen – je nach Qualität, Bevorratung und Kalkulation der einzelnen Anbieter.

KATRIN HASELMEYER

Vor 30 Jahren wurde das Deutsche Teebüro gegründet

Eine Branche wirbt seit 30 Jahren gemeinsam für den Stoff, der sie verbindet: den Tee. Denn am 25. Januar 1954 wurde die Gesellschaft für Teewerbung – wirtschaftlicher Träger des Deutschen Teebüros – gegründet. Urheber der Gemeinschafts-Institution waren die Tea-Boards der bedeutendsten Erzeugerländer der Welt, Indien und Sri Lanka, sowie Firmen der deutschen Teebranche. 1981 hat sich Kenia als drittes Erzeugerland dem Verbund angeschlossen. Möglicherweise wird sich Indonesien ebenfalls in Kürze hinzugesellen.

Die Mitglieder speisen gemeinsam einen Millionen-Fond, durch den die anfallenden Kosten gedeckt werden. Indien zahlt 700 000 Mark ein, Sri Lanka 290 000, Kenia 35 000 und die etwa 30 deutschen Firmen beteiligen sich mit 300 000 Mark an der Bereitstellung der Mittel. Genutzt wird der Etat für die Bewältigung vielfältiger Aufgaben wie Presse- und Informationsarbeit, Fachpublikationen, Marketing und anderes. Der Qualitätsgedanke des echten schwarzen Tees steht immer im Vordergrund, während die eigentliche Markenwerbung den Firmen selbst überlassen bleibt.

Daß das Obdach der Branche seine zahlreichen Aufgaben von Hamburg aus wahrnimmt, hat einen einleuchtenden Grund: Die Hansestadt ist Deutschlands Tee-Metropole. Über den Hamburger Hafen gelangen 80 Prozent der gesamten deutschen Tee-Einfuhr in das Inland, 60 Prozent der Importe werden über Hamburger Firmen gehandelt.

Fast mutet es wie ein Faux-pas an, daß kein Hamburger, sondern der Düsseldorfer Teekaufmann Ronald Nissle seit mehreren Jahren Präsident der Gesellschaft ist. Welch Beruhigung, daß wenigstens der Geschäftsführer von der Waterkant kommt – und das schon seit 30 Jahren: Hellmut Grösser feiert morgen ein stolzes Doppeljubiläum. Seine gesammelten Erfahrungen erscheinen im April beim Albrecht-Verlag.

RENÉE PREVE

Nicht nur Kandis und Rum eignen sich als Zutaten

Kultur und Geschmack bestimmen, ob und welche Zutaten dem schwarzen Tee beigefügt werden. So trinken die Polen ihr Lieblingsgetränk zwar besonders stark, aber meist ungesüßt und ohne andere Zusätze. Auch in Rußland wird der Tee pur serviert; dafür aber nimmt der Genießer ein Stückchen Zucker oder eine der deftig-süßen Leckereien, die zum Tee gereicht werden, in den Mund und läßt den heißen Tee darüber laufen. In England hingegen, dem klassischen Teetrinker-Land Westeuropas, gehört zu einem guten Tee sehr viel fetthaltige Milch. Die Deutschen bevorzugen im allgemeinen Zucker oder Kandis. Das Reizvolle am Kandis: Die Zuckerkristalle lösen sich unter leisem Knistern in der Tasse und verzaubern die Atmosphäre.

Andere Kombinationen, die an der norddeutschen Küste besonders geschätzt werden, sind allerdings eher dazu angetan, dem Zauber zu entrükken. Beispielsweise bieten Rum und Tee eine hervorragende Variante für diejenigen, die des Süßen überdrüssig sind. Die Norddeutschen hatten diese Erkenntnis offenbar sehr frühzeitig gewonnen. Insider berichten, daß schon bald nachdem 1755 das erste Schiff mit dem flüssigen Gold aus der Karibik in Flensburg eintraf, der Tee gern mit einem Schuß Rum verfeinert wurde.

Wie die Nordfriesen jedoch bewiesen haben, ist Rum längst nicht die einzige Möglichkeit, Tee mit Alkohol zu mixen. Das Kleinst-Volk im Norden schätzt besonders „De geele Köm" als delikate Anreicherung. Denn die Kräutermischung bietet eine hervorragende Grundlage für folgenden Punsch: etwa zwei Drittel heißen Tee, Kandiszucker nach Geschmack und ein Drittel De geele Köm. Es wurden aber auch schon sehr individuelle Abwandlungen dieses Rezeptes beobachtet: Ein Drittel Tee und zwei Drittel De geele Köm. Ob auch drei Drittel De geele Köm noch als Teepunsch gilt, wagen freilich selbst Teepunsch-Fanatiker zu bezweifeln.

R.KUCHEL

GROSSBRITANNIEN / Größter Konsument Europas

Londoner Auktion hat an Bedeutung verloren

Nichts ist den Briten zu jeder Tages- oder Nachtzeit wichtiger als eine „cuppa" – ihre Tasse Tee. Fragt man einen Briten, welches „der beste Drink des Tags" sei, dann wird seine Antwort zweifelsfrei nicht Whisky, sondern Tee lauten. Der Briten Tee-Besessenheit hat dazu geführt, daß sie inzwischen mehr als 25 Prozent der Welt-Teexporte vertrinken – 173 706 Tonnen im Jahre 1982. Kein anderes Land importiert auch nur annähernd so viel Tee, nicht einmal Europa (ohne Großbritannien) und die USA zusammen. Der pro-Kopf-Verbrauch beträgt gegenwärtig 3,27 Kilo im Jahr oder 4,1 Tassen pro Tag. Im Vergleich dazu liegt Kaffee mit nur 1,7 Tassen auf Platz zwei, gefolgt von alkoholischen Getränken mit durchschnittlich 1,3 und Soft-Drinks mit 0,9 Tassen.

Die Briten wurden über Umwege eine Tee-Nation. Denn am Anfang war der Kaffee. Tee landete erst einige Jahre später in England an. Das neue Getränk wurde zunächst in den englischen Kaffee-Häusern angeboten, in denen nicht nur Geschäfte ausgehandelt, sondern auch Klatsch ausgetauscht wurde. Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Tees in England wurde das Kaffee-Haus Tom's.

Dort begann Thomas Twining, Gründer der weltbekannten Teefirma, 1706 mit seinem Tee-Geschäft. Als Tom's für das rasch expandierende Unternehmen zu klein geworden war, öffnete Twinings 1717 direkt daneben das erste Geschäft speziell für den Verkauf von Tee per Gewicht. Selbst immer wieder initiierte Diffamierungs-Kampagnen gegen Tee konnten den Siegeszug dieses Getränkes nicht aufhalten.

Bereits 1750 wurde amtlich vermerkt, daß Tee zum „Urgetränk aller Klassen" in England geworden sei, ohne Rücksicht auf „Rang oder Einkommen". Ein Facharbeiter hätte damals etwa ein Drittel seines Wochenlohnes für ein Pfund Tee ausgeben müssen. Heute kostet eine Tasse nicht einmal einen Penny.

Nicht unwesentlich für die ungehemmte Ausbreitung der Tee-Liebe über das ganze Land war die Vormacht-Stellung des Inselreichs auf den Weltmeeren. Die mächtige East India Company brachte Tee praktisch ohne Unterbrechung von China nach England, und ein ausgeklügeltes Verteilungssystem von den damals in London alle sechs Monate stattfindenden Tee-Auktionen zum Einzelhandel stellte sicher, daß Tee jederzeit und überall erhältlich war.

Zwischen damals und der offiziellen Eröffnung der wöchentlichen Londoner Tee-Auktionen 1839 lagen wechselvolle Tee-Zeiten. Wegen der exorbitant hohen Einfuhrzölle auf Tee – bis zu 50 Prozent des Warenwertes – wurde der Stoff für das Lieblingsgetränk einige Jahre lang in einer kaum vorstellbaren Größenordnung geschmuggelt. Zwei Drittel, so wird berichtet, seien damals „schwarze Ware" gewesen. Beliebtestes Versteck für geschmuggelten Tee waren die Krypten der Kirchen – mit vollem Wissen der Pastoren wie ihrer Gemeinden. Erst 1784 wurden die hohen Zölle drastisch gesenkt.

Kurz vorher, 1773, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen England und Amerika wegen des Tee-Monopols der East India Company und damit zu der sogenannten Tee-Party von Boston, auf der Tee im Wert von 10 000 Pfund ins Hafenbekken von Boston geworfen wurde. Krieg war die Folge.

Ein wirklich freier Auktionshandel entstand erst Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals war die Themse-Metropole der größte Umschlagplatz der Welt. Doch mit der rasch wachsenden Bedeutung Indiens – die Anbaugebiete weiteten sich von Assam auf Darjeeling, Cachar, Sylhet und andere Distrikte aus – entwickelte sich Kalkutta zum wichtigsten Tee-Handelszentrum. Bereits 1900 exportierte Indien 192 Millionen Pfund Tee, verglichen mit den chinesischen Exporten in Höhe von 185 Millionen Pfund.

Doch trotz der abnehmenden Bedeutung Londons – erkennbar an der anhaltenden Verringerung der Zahl der Tee-Broker und anderer Teefirmen in London – ist die britische Hauptstadt hinter Kalkutta noch immer der zweitbedeutendste Auktionsplatz der Welt. Jeden Montag werden die Tee-Auktionen im Sir John Lion House direkt an der Themse mit Blick auf die St. Paul's Kathedrale abgehalten.

WILHELM FURLER

Namen richten sich nach Ursprung und Blattgröße

Die Namen der einzelnen Teesorten muten oft recht chinesisch an – Darjeeling-Flowery-Orange-Pekoe oder Ceylon-Broken-Orange-Pekoe. Doch die Aufschlüsselung dieses Wort-Gewirrs ist längst nicht so kompliziert, wie es scheinen mag. Jede Bezeichnung enthält zwei Unterscheidungsmerkmale: das Anbaugebiet und die Blattgröße.

Ist der Ursprung angegeben, fällt es einem Kenner nicht schwer, sich vorzustellen, welche Geschmacksrichtung sich hinter der jeweiligen Teesorte verbirgt. Denn neben der Pflanze beeinflussen vor allem Klima, Bodenbeschaffenheit, Lage und Weiterverarbeitung das Aroma. So assoziiert der Insider bei Darjeeling, einem Distrikt im Norden Indiens an den Südhängen des Himalaja, sofort Höhenlage – 2000 bis 3000 Meter – und ausgeprägtes Aroma. Der first flush, der im Frühjahr geerntet wird, ist zart und duftig, während der herbstliche second flush als würzig und kräftig bezeichnet wird. In der Tasse wirken Darjeelings etwas durchsichtig, unabhängig von der Ziehdauer.

Provenienzen aus der nordindischen Provinz Assam, dem größten zusammenhängenden Anbaugebiet der Welt zu beiden Seiten des Brahmaputra, hingegen, so schaltet der Eingeweihte in Windeseile, sind besonders dunkel in der Farbe, schmecken schwer, kräftig und würzig und hinterlassen einen Nachgeschmack, der sich noch lange auf der Zunge hält. Aufgrund dieser durchdringenden Eigenschaften spielt die Qualität des Wassers für den Assamtee eine untergeordnete Rolle. Kein Wunder also, wenn er in zahlreichen Mischungen gern verwandt wird.

Etwas unbekannter sind die südindischen Anbaugebiete Niligiri und Travancore, da sie meist nur untergemischt werden. Die Frühjahrsernten aus dem Hochland von Niligiri, etwa 2000 Meter, vergleichen Teataster, die absoluten Fachmänner in der Teewelt, gern mit ceylonesischen Hochland-Tees. Beide besitzen ein besonders ausgeprägtes Aroma. Allgemein wird dem Ceylon-Tee ein spezieller, leicht herber Geschmack nachgesagt. Aber freilich verfügt auch die Insel vor der indischen Spitze über mehrere Anbaugebiete. Besonders Hochwertiges bringen die Provinzen Uva, Dimbula und Nuwara Eliya hervor.

Die Kenntnis der bekanntesten Teeanbaugebiete reicht jedoch nicht aus, um die Bezeichnung einer Teesorte vollständig zu verstehen. Schließlich bieten Blattgröße und -korn wesentliche Unterscheidungskriterien. Die Ausdrücke Pekoe, Orange und Flowery, die alle aus dem Chinesischen in das Englische übertragen worden sind, bezeichnen lediglich die Blattgrade. Sie entstehen durch das Herstellungsverfahren, da die einzelnen Bestandteile der Teeblätter unterschiedlich auf die Prozedur reagieren. Daher wird zum Schluß in einer Siebmaschine nach „grades" sortiert.

Die Worte Blatt-Tee, Broken-Tee, Fannings und Dust hingegen definieren ausschließlich die Größe des verarbeiteten Teeblattes, wobei letzteres keinesfalls mit der wörtlichen Übersetzung Staub gleichzusetzen ist. Aus der Verknüpfung beider Wortgruppen ergeben sich dann die Bezeichnungen, die so nach Fach-Chinesisch klingen: für Blatt-Tee beispielsweise Flowery-Orange-Pekoe oder nur Pekoe, für Broken-Tee etwa Flowery-Broken-Orange-Pekoe oder für Fannings, der nächst kleineren Größe, Orange Fannings.

Allerdings: Die klangvollen Namen geben absolut keine Auskunft über die Qualität der jeweiligen Teesorte. Sicher – feingebrochene Tees sind meist ergiebiger und schneller zuzubereiten, da sie dem Wasser eine große Angriffsfläche bieten. Andererseits kann ein feines Blatt mit mehr offenen Blattzellen beim Trocknungsvorgang nicht so gut fixiert worden sein. Resultat: Das Aroma hält sich nicht so lange. Ein wirkliches Zeichen, daß dem Verbraucher Auskunft über die Qualität des Tees gibt, läßt sich auf den Verpackungen nicht finden. Wer den Preis als Maßstab nicht gelten lassen mag, wird sich wohl oder übel durchschmecken müssen.

RENÉE PREVE

INTERNATIONALER HANDEL / Traditionell wird Tee auf Auktionen versteigert

In Indien überwiegt der Verkauf über private Erntekontrakte

Der Weg eines Teeblattes von den Hängen Asiens, Afrikas oder Südamerikas in eine dampfende europäische oder amerikanische Teekanne ist zwar nicht unergründlich, aber zumindest sehr abwechslungsreich. Die Vielfalt ergibt sich weniger durch die Herstellung im Erzeugerland oder das Vermischen einzelner Provenienzen und das Verpacken im Verbraucherland, sondern vielmehr durch den internationalen Handel. Zahlreiche Umstände und Überlegungen bestimmen, welche Stationen eine Teekiste passiert, um beispielsweise vom Ablader in Nordindien zum Packer nach Düsseldorf zu gelangen.

Eine Möglichkeit, wohl die traditionellste, ist, die mit rund 50 Kilo Tee gefüllten Holzkisten zur nächstgelegenen Auktion zu transportieren. Für den internationalen Handel interessant sind dabei Kalkutta, Siliguri und Cochin in Indien, Colombo in Ceylon, Djarkarta in Indonesien, Mombasa für Ostafrika, Mosambik, seit 1981 Singapur für den asiatischen Raum insgesamt, und natürlich London – die älteste und einzige Auktion der Welt, die Provenienzen aus aller Herren Länder bietet. Noch bis Mitte der sechziger Jahre wurden 30 Prozent über das Vereinigte Königreich verkauft. Doch seitdem hat die Bedeutung erheblich abgenommen.

Die Produzentenländer haben verstärkt darauf geachtet, daß der Tee über die einheimischen Auktionen verkauft wird. Heute werden nur noch rund sieben Prozent des Export-Tees – knapp 45 Prozent der weltweiten Ernte gelangen auf den internationalen Markt – auf der Londoner Auktion versteigert. Gut die Hälfte davon sind afrikanische Teesorten, die 1982 mit 11,4 Prozent an der Weltproduktion von 1,9 Millionen Tonnen beteiligt waren. In Kalkutta gelangt inzwischen erheblich mehr Tee unter den Holzhammer als in London.

Auf den Auktionen, die einmal wöchentlich stattfinden, tummeln sich Broker, die Ablader vertreten, und solche, die im Auftrag von Importeuren oder Cif-Agenten handeln. Ihre Aufgabe ist, zwischen Käufer und Verkäufer zu vermitteln. Zunächst gibt der Hersteller seinem Broker die Proben, die für die nächsten Auktionen vorgesehen sind. Nach dem Testen und dem Bewerten nimmt der Broker die einzelnen Sorten in seinen Auktions-Katalog auf. Die Angebotsliste muß jede Woche neu erstellt werden.

Die Muster der geprüften Provenienzen werden mit dem Flugzeug an potentielle Interessenten im Ausland geschickt – im allgemeinen Importeure. Bei professioneller Untersuchung der Teeproben wird nun ein Teataster (Teeschmecker) die Ware unter die Lupe, besser gesagt auf die Zunge nehmen. Denn die Qualität läßt sich durch äußere Merkmale kaum, durch chemische Analysen gar nicht bestimmen. Was bleibt, ist die geschulte Zunge des Teatasters. Nach seinem, freilich etwas subjektiven, Urteil entscheidet der Importeur, Packer oder Cif-Agent, für welche Teesorten welche maximalen Preise geboten werden sollen. Die Information geht dem zuständigen Broker des Käufers unverzüglich zu.

Übersteigt der Preis einer Provenienz das vorgegebene Limit, geht der Broker des Käufers leer aus – es sei denn, die Preisvorgabe wird geändert. Umgekehrt sind dem Broker des Abladers Mindestpreise vorgeschrieben. Liegen die Bietungen unter dieser Grenze, haben Broker und Ablader die Möglichkeit, den Tee wieder zurückzuziehen. Die Provenienz kann dann zu einem späteren Zeitpunkt – aber frühestens nach zwei Wochen – erneut im Auktions-Katalog ausgedruckt werden. Im Normalfall jedoch erhält der Meistbietende, wie auf jeder Auktion, den Zuschlag für die angebotene Kistenzahl. Von einer Sorte stehen meist ohnehin nicht mehr als 100 Kisten zur Verfügung. Der Teestrauch ist ein so sensibles Gewächs, daß Erntemonat und kleinste Veränderungen im Anbaugebiet wieder eine neue Provinienz hervorbringen. Daher kommt es auch, daß wahre Proben-Massen über die Erde verteilt werden. Vom Zuschlag bis zum Eintreffen im Hafen Hamburg oder Rotterdam vergehen noch mehrere Wochen.

Dieser traditionelle Kauf und Verkauf über die Auktion hat in den vergangenen Jahren offenbar an Attraktion verloren. Besonders in Indien und Mosambik wurde viel direkt verkauft – per Erntekontrakt oder „auf Ziel". Für den Produzenten ergeben sich aus den Direktverkäufen mehrere Vorteile: Die Abwicklung ist schneller, das Inkasso erfolgt ohne große Umwege, die Broker- und Auktionskosten werden gespart, die staatliche Kontrolle ist schwächer. Allerdings besteht die Gefahr, daß der Ablader einen niedrigeren Preis aushandelt als der Broker auf der Auktion. Genau hierin besteht freilich der mögliche Vorteil eines Käufers. Zudem entgeht der Importeur dem Risiko, nur einen Teil der gewünschten Menge zugeschlagen zu bekommen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen kaufen deutsche Importeure und Cif-Agenten in Indien zu etwa 90 Prozent über private Quellen ein.

Anders ist es in Sri Lanka, wo zunächst einmal der ganze Tee über Colombo abgesetzt wird. Ein Teil der Auktionsware jedoch geht in die Hände ceylonesischer Exporteure und wird erst von dort weitergeleitet. Dieses Verfahren entspricht im Endeffekt dem Direktverkauf.

China bietet eine weitere Variante im Teehandel. In der Volksrepublik sind Teegärten staatlich. Der Verkauf erfolgt also ausschließlich über Kontrakte mit den staatlichen Stellen. Eine weitere Besonderheit der Chinesen: Sie haben ihren Tee standardisiert. Im Gegensatz zu den anderen Produzenten mischen sie die Provenienzen und stellen auf diese Weise quasi eigene Tee-Serien her.

Auch bei den Vereinten Nationen hat man sich Gedanken darüber gemacht, mit welchen Zutaten der internationale Teehandel verfeinert werden könnte. Einer der Vorschläge, die Auktion in Singapur, wurde bereits verwirklicht. Die Idee, auch im Teehandel einen Future-Market einzurichten, auf dem statt mit der physischen Ware ausschließlich mit dem fiktiven Gegenwert des in Zukunft angebotenen Tees gehandelt wird, stößt dagegen eher auf taube Ohren. Offenbar wird bezweifelt, daß ein Future-Market, so wie es ihn im Kaffee- oder Zucker-Handel gibt, tatsächlich eine größere Preisstabilität gewährleistet. Ob die Erfahrung mit den Preissteigerungen in den letzten Monaten die Beteiligten eines anderen belehrt, wird sich zeigen.

JAQUELINE PELS

Gepflückt werden muß noch immer mit der Hand

Der Schweiß der Pflückerinnen ist noch immer Ausgangspunkt für die gehobene Qualität von Tee, bei dessen Herstellung es vor allem darum geht, die geheimnisvollen Wirkstoffe in den Zellsäften des Blattfleisches zu aktivieren. Mit geübten Fingern bricht die Pflückerin im zweiwöchigen Rhythmus nur jeweils die Blattknospe und die zwei darunterliegenden gerade ausgetriebenen Blätter vom immergrünen Teebusch. Je jünger diese hellgrün gefärbten Blätter, desto besser und aromatischer wird der spätere Tee. Dem gewogenen Pflückgut wird in seiner ersten Verarbeitungsstufe, dem Welken, zunächst einmal zirka 30 Prozent seiner Feuchtigkeit entzogen. Um das noch grüne Blatt weich und geschmeidig zu machen, muß es auf schattigen Regalen aus Jute oder Drahtnetzen bis zu 18 Stunden trocknen.

In modernen Teefabriken entziehen bis zu 30 Meter lange Welktröge die Feuchtigkeit. Diese Welktröge, mit Drahtgittern bespannt und von großen Ventilatoren gelüftet, verkürzen die Welkdauer auf acht bis zwölf Stunden. Beim anschließenden Rollen werden jetzt die Zellwände der gewelkten grünen Blätter aufgebrochen, um den Zellsaft mit Sauerstoff in Verbindung zu bringen. Die Fermentation oder Vergärung setzt ein, es beginnen sich ätherische Öle zu entwickeln. In den Rollmaschinen werden die Teeblätter jeweils 30 Minuten abwechselnd unter Druck durch Niederdrehen einer Preßspindel und ohne Druck über eine unebene Fläche gerollt. Eine Rüttel-Siebmaschine, der sogenannte „Ball-Breaker" sortiert nun die feinsten Blätter aus, den ersten „Dhool". Was übrig bleibt, wird erneut 30 Minuten gerollt, bis nach dem dritten Dhool nur noch das grobe Blattgut in den Siebmaschinen hängenbleibt. Es wird später gesondert geschnitten und weiterverarbeitet.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Dies etwas umständliche Verfahren ist heute weitgehend durch die sogenannte CTC-Methode ersetzt worden. Hierbei werden durch Zermahlen (C-rushing), Zerreißen (T-earing) und Rollen (C-urling) vor allem Stengel und Blattrippen ausgeschieden und nur das zerkleinerte Blattfleisch des gewelkten Blattes weiterverarbeitet. Der folgende eigentliche Oxydations- oder Gä*rungsprozeß* der Zellsäfte hat ja wie gesagt schon beim Rollen begonnen. Im Fermentationsraum wird das vom Ball-Brechen oder von der CTC-Maschine kommende grüne Blatt etwa 10 Zentimeter hoch auf dem Steinboden ausgebreitet. Riesige Ventilatoren fördern Unterwasserzufuhr die Oxydation, die chemische Reaktion der Zellsäfte mit dem Sauerstoff. Das Blatt nimmt jetzt während der etwa zwei bis vier Stunden andauernden Oxydationsphase eine kupferrote Färbung an.

Ein Fermenteur überprüft ständig anhand von Farbe und Geruch des feuchten Blattes den Stand der Oxydation. Er bestimmt auch, wann der Höhepunkt der Oxydation erreicht ist. Der Vorgang wird dann unterbrochen, damit die letzte Verarbeitungsphase, das abschließende Trocknen, eingeleitet werden kann. Auf einem Laufband wird dem Tee in einem Etagentrockner durch etwa 80 bis 90 Grad Celsius heiße Luft erneut die Flüssigkeit entzogen. Hierbei trocknet der Zellsaft am Teeblatt an, die aufgebrochenen Zellen werden also quasi wieder verschlossen.

Bei nur etwa vier Prozent Feuchtigkeitsgehalt ist der Tee schwarz geworden, etwa vier Kilogramm grünes Blatt haben ein Kilogramm schwarzen Tee ergeben. Die Sortierung der verschiedenen Blattgrade (Grades) in den Siebmaschinen hat jetzt keinen Einfluß mehr auf die Qualität des Tees.

ULRICH THIENEMANN

Dafür kann er nichts

vl – „Es fehlt ihm an Weisheit, dafür kann er nichts." Dieses Gutachten hat Rudolf Augstein verfaßt. Über einen anderen. Über den Bundesverteidigungsminister. „Es fehlt ihm jegliches Fingerspitzengefühl." „Und es fehlt ihm an Intelligenz." Auch das stammt von Augstein. Wieder über den anderen. Dafür kann er nichts.

Augstein hat es nicht leicht. Er wollte Wörners Amtsführung in Sachen Kießling kritisieren. Solche Kritik ist legitim; es gibt viele, die dem Amt mehr Fingerspitzengefühl gewünscht hätten. Augstein begreift anfangs immerhin noch, daß die WELT dem Minister den „Kernpunkt" vorgehalten habe: Wörner hätte „besser daran getan, das letzte entscheidende Gespräch mit seinem General der höchsten Rangstufe auf jeden Fall persönlich zu führen."

Aber dann bricht es aus Augsteins gepreßter Brust: „Es kam und kommt nicht darauf an, ob der General Kießling schwul ist oder nicht. Er bestreitet, schwul zu sein. *Es kommt vielmehr darauf an, daß* der Minister die Schwulen und damit uns alle um viele Jahre zurückgeworfen hat." Mit oder ohne entscheidendes Gespräch?

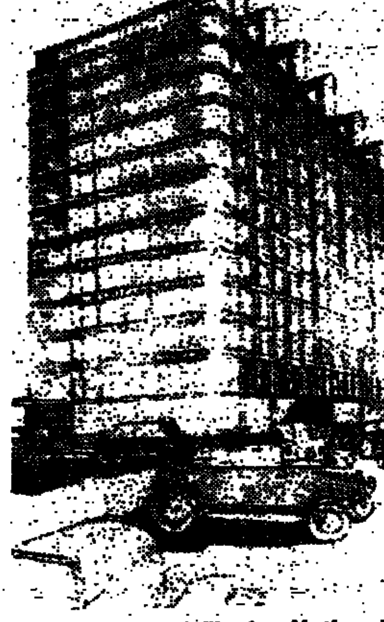
Keiner frage den Ärmsten, er entschwebt in lichte Höhen: „Er hätte sehr wohl wissen müssen, daß die Armee eine Auseinandersetzung dieser Art nicht verträgt. Man kann nicht Leute mit Arrest bestrafen, die ihrer Natur folgen und die zum Wehrdienst gezwungen sind. In katholischen Ländern passiert so etwas gar nicht, weil jedermann sich bewußt ist, daß die Geistlichen sich zu helfen wissen. Wir hingegen, halbwegs protestantisch, tun etwas, was ein einzelner nicht leisten kann."

Was ist es denn, was dieser unglückliche Einzelne nicht mehr leisten kann? Sagen wir: eine nüchterne Betrachtungsweise? „Es kam und kommt darauf an, ob er noch handlungsfähig ist", dröhnt Augstein. Wieder über den anderen. Die Frage hallt quer durch den „Spiegel" wider.

Berlin: Bauhaus-Archiv erinnert an R. Neutra

Luxus des Wohnens

Der Schauplatz „Bauhausarchiv" für die große Neutra-Ausstellung, die das Museum of Modern Art zum 90. Geburtstag des Architekten 1982 zusammenstellte, und die anschließend nach Wien und Barcelona wanderte, hat nicht nur seine inhaltliche, sondern auch eine biographische Berechtigung: Richard Neutra hat am Bauhaus unterrichtet und mit Studenten der Bauabteilung im Winter 1930 einen Entwurf für das Theater Charkov erarbeitet. Mies van der Rohe hatte Neutra bei einem Vortrag in Berlin kennengelernt und ans Bauhaus eingeladen. Eine hübsche Episode berichtet, wie die beiden Architekten, in Ermangelung eines Schlüssels, Neutras Frau durchs Kellerfenster des Gastquartiers bugsierten, um das Haus von innen zu öffnen. Der Versuch mißlang. Frau Neutra saß die ganze Nacht im Keller fest, derweil die Baumeister ums Haus spazierten und „die Zukunft der Weltarchitektur" diskutierten.



Neutras Entwurf für das National Trade Center, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Neutra war Wiener. Er hat schon sehr früh Adolf Loos kennengelernt. Er wurde Stadtarchitekt in Luckenwalde und Berlin, Mitarbeiter bei Erich Mendelsohn. Den Plan, in die Vereinigten Staaten zu gehen, faßte Richard Neutra bereits in jungen Jahren; er verwirklichte ihn 1923. Den bewunderten Frank Lloyd Wright lernte er prompt beim Begräbnis von Louis Sullivan kennen – und bekam eine Stellung in seinem Atelier in Taliesin/Wisconsin. 1925 ist er nach Los Angeles übergesiedelt.

Im Bauhaus-Archiv ist permanent ein Modell von Mies van der Rohes „Barcelona-Pavillon" zu sehen – ein hervorragender Bezugspunkt zu den diversen Modell- und Bildbelegen zum „Lovell-House", mit dem Neutra 1932 im Museum of Modern Art auf der „Internationalen Ausstellung Moderner Architektur" seine herausragende Bedeutung für den „internationalen Stil" in den USA öffentlich machte. An diesem Privat-Gebäude (bei dessen Eröffnung es eine Verkehrsstauung der Schaulustigen gab) wurden die Verwendung vorgefertigter Teile und die großzügigen Fensterbänder bereits exemplarisch erkennbar.

Neutra war ein genialer Schöpfer überaus luxuriöser Wohnhäuser. Ob in Kalifornien oder in der Schweiz – die kompliziertesten Berghänge schienen ihn erst zu außerordentlichen Lösungen zu beflügeln. Er setzte das Miller House, Palm Springs, mit spiegelndem Wasserbecken und Anklängen an japanische Architektur in die Wüste. Zum Haus Kahn in San Francisco geht der Blick, unglaublich, auf den Passagierhafen und die Bay Bridge. Vom Schweizer Haus Rentsch in Wengen schaut man auf das Panorama des Jungfraumassivs.

Das Innere der Häuser mit verschiedenen Ebenen und funktionalen Unterteilungen, Patios und Atelierzonen wird noch übertroffen durch Neutras unerhört großzügige Integration von Innen und Außen: Mit falt- oder schiebbaren Fensterwänden öffnet er den direkten Zugang zur Landschaft, er bezieht sie unmittelbar in die Wohnräume ein. Diese Affinität zur Natur wurde auch bei späteren Projekten deutlich: in den 60er Jahren bauten Neutra in Walldorf/Hessen und in Quickborn bei Hamburg Gartenstädte mit Einfamilienhäusern. Einmal gelang es, einen alten Kiefernbestand sinnvoll zu integrieren, das andere Mal wurden schnell wachsende Bäume und Sträucher angepflanzt. Bereits 1954 hatte die Berliner TU Neutra mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik folgte 1959. Neutra ist während einer Vortragsreise durch Europa in Wuppertal 1970 gestorben.

Die Ausstellung vermittelt durch Fotografien, Pläne und Modelle einen faszinierenden Überblick über das Schaffen dieses österreichischen Amerikaners „Vom Internationalen Stil zum ‚*California Modern*'". Darüber hinaus sind Zeichnungen und Aquarelle des jungen Künstlers bemerkenswert, Landschaften, Tiere, Häuser, Portraits. Neutra hat Klimt selbst gekannt, und aus dieser Nähe, wie auch von Schiele, mögen die freien künstlerischen Arbeiten einige stilistische Impulse empfangen haben.

Dem Bauhaus-Archiv ist mit seiner Ausstellungsübernahme – Berlin bleibt einzige Station der Schau in Deutschland – ein wichtiges Ereignis gelungen. (Bis 19. 2., Katalog, englisch mit deutschen Supplementen, *30 Mark*) PETER HANS GÖPFERT

Bei Kärlich gefunden: Werkzeug des Homo erectus

Urmenschen am Rhein

Bei Kärlich am Mittelrhein haben sich schon vor etwa 600 000 Jahren unsere Ahnen vom Typ Homo erectus aufgehalten. Das belegt ein von einem Urmenschen hergestellter Quarzit-Abschlag aus einer Tongrube, den ein Sammler entdeckt hat. Das Steinwerkzeug gilt zusammen mit dem Unterkiefer des Homo erectus heidelbergensis von Mauer bei Heidelberg als das älteste Zeugnis des Menschen in Mitteleuropa! Der mehr als eine halbe Million Jahre alte Beleg für die Anwesenheit des Menschen im Mittelrheingebiet lag an der Oberkante von Moselschottern, in deren oberem Teil Hinweise auf einen Dauerfrostboden gefunden wurden.

Das Neuwieder Becken hat sich in den vergangenen Jahren für die Ausgräber der Forschungsstelle Altsteinzeit als wahre „Schatzgrube" erwiesen. Außer dem ca. 600 000 Jahre alten Geröllwerkzeug stießen die Archäologen auf bis zu 350 000 Jahre alte Siedlungsspuren in Ariendorf und Miesenheim, auf 250 000 Jahre als Siedlungsreste in Kärlich sowie auf jüngere nur wenige zehntausend Jahre alte Fundplätze. Diese Entdeckungen belegen, daß das Neuwieder Becken in klimatisch günstigen Abschnitten des Eiszeitalters immer wieder von Menschen aufgesucht wurde.

Die jüngsten archäologischen Fundstellen stammen aus der Zeit eines Vulkanausbruches um das Jahr 9080 vor Christus, bei dem der Bims in Niederbieber sogar eine Lagerstätte unter sich begrub. Bei diesem verheerenden Naturereignis sind offenbar auch Menschen ums Leben gekommen. Denn 1922 wurden in Weißenthurm unter einer sieben Meter mächtigen Bimsschicht Teile eines menschlichen Skeletts gefunden.

DORIS BAUMBAUER

Comeback für das Musiktheater der zwanziger Jahre? – M. Brands „Maschinist Hopkins" in Bielefeld

Nach dem Mord in die rote Zukunft

Was Fritz Langs „Metropolis" für die Filmgeschichte wurde, das hätte Max Brands Oper „Maschinist Hopkins" für das Musiktheater werden können. Fast war es soweit. 1929 in Duisburg uraufgeführt, erlebte das Werk binnen vier Jahren 37 weitere Produktionen, unter anderem in Berlin, an der Dresdner Staatsoper, in Breslau, Prag und Zürich. Die Weimarer Zeit hatte ihre Kultoper, gemischt aus Kolportage und Maschinenmusik, aus Prolo-Kult und roter Zukunftshoffnung. Dennoch waren es nicht Inhalt und Stil, derentwegen der „Maschinist Hopkins" ab 1933 mit Aufführungsverbot belegt wurde – das Werk wäre fast mühelos auch für die Nazi-Ideologie zu adaptieren gewesen –, sondern die Tatsache, daß der Komponist Max Brand Jude war. Bei der Schmähung blieb es auch nach dem Krieg. Lediglich Graz hat vor gut zehn Jahren einmal eine konzertante Aufführung des „Maschinisten Hopkins" riskiert. Das Bielefelder *Theater* versprach, nun endlich ernst zu machen mit dem Versuch der Rehabilitierung.



Statt der Maschinen winseln nun Menschen um Arbeit: Szene aus der Bielefelder Aufführung von Max Brands Oper „Maschinist Hopkins" FOTO: F. STOCKMEIER

Zur Person: Max Brand wurde 1896 im damals noch österreichischen Lemberg geboren, stieß in Wien zum Kreis um Schönberg und Schreker, mit dem er 1920 nach Berlin ging, *zusammen mit Krenek als Drittem im* Bunde. Anders als der Lehrer Schreker plädierte Brand für das aktuelle politische Engagement des Künstlers, ähnlich Krenek interessierte ihn der technische Fortschritt über alle Maßen. Folgerichtig fand Brand später zur elektronischen Musik, vor allem in den Jahren seiner Emigration nach Amerika, wohin er über die Stationen Wien, Prag, die Schweiz und Brasilien in den Kriegsjahren fand. Sein Einstandswerk dort, das szenische Oratorium „The Gate", wurde von der Metropolitan Opera in New York uraufgeführt; ein letztes Mal machte er dort von sich reden, als er nach dem Weltraumflug von John Glenn ein elektronisches Opus „Die Astronauten" schrieb. 1975 kehrte er nach Wien zurück, wo er 1980 starb.

Der Maschinist Bill schleicht sich mit Hilfe von Nell, der Frau des Werkmeisters Jim, zur Nachtzeit in den Maschinensaal der Lixton-Werke, um dort das Geheimnis der Schalttafeln auszuspionieren. Die beiden werden von Jim überrascht, es kommt zum Handgemenge, in dessen Verlauf Nell durch einen Zufall den Hauptschalter umlegt, damit das große Schwungrad in Bewegung versetzt, von dem Jim zermalmt wird. Die Maschinen, die zu Beginn des Bildes in friedlichem Schlummergesang vor sich hindösten, fauchen laut auf. Schnitt. Bill ist durch sein Wissen um die Geheimnisse der Produktion zum *Generaldirektor aufgestiegen, startet* eine Karriere als mondäner Theaterstar. Um die Spuren der Vergangenheit zu löschen, bringt sich Bill in den Besitz der Aktienmehrheit, um dann die Lixton-Werke schließen zu können. Den Maschinisten Hopkins, eine Art Betriebsratsvorsitzenden, feuert er schon vorweg, als dieser für die wild streikenden Arbeiter eintritt.

Hopkins ahnt Zusammenhänge. Mit seinem proletarischen Sexus macht er sich Nell gefügig, erpreßt aus ihr die Wahrheit. Er läßt sie fallen, und, auch von Bill verstoßen, verkommt sie erst zur Tingeltangel-Tänzerin, schließlich zur Hure. Von Bill fordert Hopkins die Übergabe der inzwischen geschlossenen Lixton-Werke. Bill, zum Bettler heruntergekommen, ersticht die Straßendirne Nell. Hopkins nimmt die Lixton-Werke wieder in Betrieb.

Da hätten wir also, im vom Komponisten selbst verfaßten Libretto, ein tolles Gemisch aus importiertem Opern-Verismo und deutschem Expressionismus, aus Kriminalkolportage und Liebesroman, aus Agitprop und schicker Revue, denn Brand läßt sich auch nicht die Gelegenheit entgehen, Nells Theaterkarriere mit jazzigem Entertainment auszuwalzen. Verwandschaften also zu Kreneks „Johnny spielt auf", inhaltlich auch zu Bergs später entstandener „Lulu". Über den seinerzeiti*gen Spontanerfolg dieses Reißers* braucht man sich also gar nicht zu wundern.

Verwunderlich ist vielmehr, daß sich das Musiktheater so ausdauernd um die Auseinandersetzung mit dieser Periode herumgedrückt hat, obwohl doch Museen und auch die Sprechbühne dieses Feld seit zwanzig Jahren wieder ausdauernd beakkern. Was hat es nicht alles an Ausstellungen über sozialistische Plakatkunst oder den Einbruch der Technik in die Malerei gegeben, was ist nicht alles an expressionistischer Zeitdramatik auf den Prüfstand gestellt worden! Nur in der Oper, wo doch offenbar die kuriosesten Blüten trieben, hat man bisher nicht gesucht.

Trotz der in jedem Moment spannenden und handwerklich meisterlichen Musik: So ganz ernst zu nehmen ist Brands Oper tatsächlich nur im historischen Kontext. Freilich, unter heutigen Stil-Kriterien dürfte sie ins Fach „High-Punk" fallen, womit sie abermals weidlichen Erfolg erzielen könnte. Die singenden Maschinen, die, stillgelegt, um Arbeit betteln, sind doch der tollste Opern-Irrwitz dieses 20. Jahrhunderts. Oper absurd. Schrill und ohne geschmackliche Rücksicht. Ausgesungen mit allen Effekten. Lächerliches so hehr und hoch deklamiert, daß die Parodie gleich mitgeliefert wird.

Die Bielefelder Aufführung vergibt alle diese szenischen Chancen des „*Maschinisten Hopkins*". Der Regisseur John Dew, schon mehrfach aufgefallen durch die Chuzpe, mit der er an den Inhalten von Opern vorbeiinszeniert, läßt auch Brands Werk nicht ungeschoren. Aus den singenden Maschinen werden bei ihm singende Arbeiter, das Stück derart zu einem fadenscheinigen Beitrag zur heutigen Diskussion um Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung - dies aber nun wieder im Gewand der zwanziger Jahre. Der Arbeiterführer Hopkins, der den neuen Menschen gut sozialistisch in der Verbrüderung mit der Maschine zeugen will, auf daß man einer morgenroten Proletarier-Gesellschaft entgegengehe, ihn funktioniert Dew zum Tyrannen in Hitlermaske um. Dews Kritik: Hopkins bestehe auf Führeranspruch, statt den Arbeitsprozeß zu demokratisieren.

Dabei gelingt die Aufführung musikalisch tadellos, unter dem Dirigenten Anton Marik, mit dem kraftvollen Tenor von David Griffith als Bill, dem festen Bariton Richard Malones als Hopkins und Cynthia Makris als Nell im schlanken Format der Verismo-Heroine. Ein Anstoß also durchaus, sich Brands Maschinenoper neu vorzunehmen. Auch wenn dabei herauskommt, daß Honegger, Antheil und Varèse musikalisch Effektvolleres zu diesem Thema gesagt haben. REINHARD BEUTH

Neu im Kino: „Unheimliche Schattenlichter"

Eltern als Trickfiguren

Was im Fernsehen mit „Traumschiff", „Jakob und Adele" und „Heiteren Geschichten" die höchsten Einschaltquoten erreicht, hat sich im Kino nie wirklich durchsetzen können: der Episodenfilm. In Frankreich haben in den sechziger Jahren die Regisseure der nouvelle vague (wie auch zuvor Ophüls und Duvivier) das Genre als Vehikel genutzt. Aus den USA kamen in den letzten Jahren ein paar Episodenfilme mit Horrorgeschichten. Denn was der Fernsehzuschauer schätzt, die Häppchenkost, mag der Kinobesucher nicht verdauen; die immer neue Unterbrechung und Distanzierung schadet nicht dem Fernsehkonsum, im Gegenteil, doch sie beeinträchtigt die Kinowirkung.

Den vierteiligen Episodenfilm „Unheimliche Schattenlichter" („Twi-light-Zone") lohnt es sich denn auch nur einer einzigen Episode wegen anzusehen – der vierten. John Landis, Steven Spielberg, Joe Dante und George Miller haben sich zusammen getan, um einem Altmeister des Fantasy-Filmes ein lukratives Tribut zu zollen. Rod Serling heißt der Mann, der hierzulande so gut wie unbekannt, in den USA jedoch ein Heroe der Fernsehgeschichte ist. Er nämlich erfand die Serie „Twi-light-Zone", deren 156 Folgen zwischen 1959 und 1964 ausgestrahlt wurden und noch heute an fünf Tagen im Spätprogramm wiederholt werden.

Serlings „Twi-light Zone" lag zwischen Realität und Imagination. Für jeweils 30 Minuten lud er mit geheimnisvoll gedämpfter Stimme in „Die fünfte Dimension" ein, hob in den Spielhandlungen die gewohnte Gültigkeit von Raum und Zeit auf, ließ die Irrationalität einbrechen und bewegte die Figuren zu seinen Gedankenexperimenten. Der Science-fiction-Boom hat Serlings Ruhm noch einmal vermehrt und bewundernde Regisseure zur Nachahmung beflügelt. Landis, Spielberg, Dante und Miller folgen dem 1975 verstorbenen Meister „in ein erstaunliches Land, dessen Grenzen die der Phantasie sind". Sie bearbeiten alte „Twi-light"-Geschichten neu, allerdings mit der inzwischen erreichten technischen Perfektion, aber sie bewahren eine Tradition, die auch schon Serlings Filmen nicht sehr gut stand: Sie geben dem Zuschauer eine handfeste Moral mit.

Recht penetrant wird die in der Eröffnungsepisode von John Landis vorgeführt. Da schwadroniert ein enttäuschter Geschäftsmann (Vic Morreow, der bei den Dreharbeiten umkam) höchst bösartig über „die Juden, die Schwarzen und die Gelben". Sogleich wird er in das von Nazis besetzte Paris versetzt und erschossen, vom Ku-Klux-Klan ermordet, in Vietnam von Landsleuten als vermeintlicher Vietkong in die Luft gesprengt und schließlich in einem Judentransport deportiert. Geballte Action zur plakativen Illustration schlimmer Vorurteille.

Spielberg ist dagegen sanft und kinderlieb wie bereits in „E.T.". Er will zeigen, daß auch das Alter ein junges Empfinden bewahren kann. Ein freundlicher Schwarzer (Scatman Crothers) mit unwiderstehlichem Lächeln und weisen Sprüchen kommt in ein Altersheim. Er überredet die Alten zum nächtlichen Versteckspiel im Garten, verwandelt sie wunschgemäß zu Kindern, und läßt sie am folgenden Tag als glückliche Senioren mit neu gewonnener Unschuld und Spontaneität zurück. Gut gemeint, mit Charme inszeniert, doch ohne Faszinationskraft.

Joe Dante läßt eine junge Lehrerin (Kathleen Quinlan) ihren Lebensinhalt in Gestalt eines kleinen Jungen finden, der sich alle Wünsche erfüllen kann, darüber aber die Fähigkeit zum Glücklichsein verloren hat. Der Kleine terrorisiert seine Verwandtschaft, Eltern und Geschwister beben, bis sie samt Haus ins Nichts gewünscht werden und der Junge mit der Lehrerin ein neues Leben und Lernen beginnt. Karikierende darstellerische Leistungen der unterdrückten Erwachsenen, eindrucksvolle Spukgestalten, leider ein banales Ende.

Einen sonst recht vernünftigen Flugpassagier (John Lithgow) regiert die Panik in George Millers Schlußepisode. Während eines turbulenten Nachtfluges verliert der Mann die Fassung, wähnt im Schein der Blitze draußen auf der Tragfläche einen Klabautermann, der in die Triebwerke hackt, schreit Passagiere und Besatzung zusammen, muß beruhigt werden, wird ruhig, sieht wieder aus dem Fenster... Dank Lithghows großartiger Ausdruckskraft und Millers ganz auf Dynamik, Kürze, Steigerung angelegter Regie gelingt hier ein Meistersück des psychologischen Horror-Genres mit einer Prägnanz des Unheimlichen, wie sie vergleichbar nur in einigen Erzählungen E. T. A. Hoffmanns erreicht wird.

DIETMAR BITTRICH

München: Maria Wimmer als „Gertrude Stein"

Monologe eines Stars

Vorzeigen aus zweiter Hand ist ein gutes Geschäft. Wer nichts Eigenes zu sagen hat, nimmt sich Gestalten aus der Geschichte vor und schmarotzt. Eine Masche, die zudem gut ankommt. Der junge texanische Schriftsteller Marty Martin beherrscht sie perfekt. Auf seine dreißig Jahre hat er schon vierzig Stücke verfaßt – etwa über Künstler wie Leonardo da Vinci, Sarah Bernhard oderDiaghilew. Nun brachte er einen Monolog über Gertrude Stein auf die Bühne. Die Uraufführung war 1975 in New York; im Münchner Werkraumtheater fand nun am Wochenende die deutsche Erstaufführung statt.

„A rose is a rose is a rose", das ist ja der bekannteste Ausspruch jener amerikanischen Schriftstellerin Gertrude Stein (*1874–1946*), die mit allen großen Künstlern, die das 20. Jahrhundert eröffneten, bekannt und vertraut war. Sprache behandelte sie assoziativ statt logisch, verzichtete auf Interpunktion, schuf fließenden Rhythmus durch Wiederholung von Satzteilen.

Martins Literatur-Kolportage in Form eines eineinhalbstündigen Monologs wäre eher unerheblich, wenn, ja wenn er nicht Folie für eine Prachtrolle in Idealbesetzung gewesen wäre. Denn dieser Abend gehört einzig der Schauspielerin Maria Wimmer, nicht etwa der Überzeugungskraft dieses Stücks. Sie schlägt noch aus den banalsten Sätzen Funken. Im strengen, braunen Nadelstreifenanzug, mit Hemd und Krawatte, die Haare kurz und pomadig nach hinten frisiert, porträtiert sie eine kluge, aber auch überkandidelte Nervensäge.

„Gertrude Stein ..." blinkt es in Blau, Pink und Grün von den Neonschriften. Ein farbiger Eames-Stuhl ist das einzige Requisit auf der leeren Bühne, auf der Maria Wimmer plaudert. Plaudert oder erzählt, mal verkitscht, dann neurotisch, hin und wieder banal, auch ironisch und oft witzig aus ihrem Leben.

Von ihrem Einzug in Paris, in die Rue de Fleurus No. 27, in der sie mit ihrem Bruder Leo wohnte, wie sie ihren ersten Cézanne kaufte, schließlich Picasso kennenlernte, der sie malt. Wie sie beschloß, den Kubismus auch in Literatur umzusetzen. Sie war ein bißchen größenwahnsinnig und von wildem Lebenshunger erfaßt.

Nur leise spürt man auch einen Hauch von Kummer über den Bruch mit dem Bruder Leo, der die Arbeiten seiner Schwester als „Mist" und „Humbug" ablehnte. Das Burschikose überwiegt in dieser Causerie. Man vernimmt recht Amüsantes, etwa über das berüchtigte Spinat-Bankett zu Ehren Henri Rousseaus bei Picasso. Der aufregende Alltag jener Jahre wird ausgebreitet, aber ohne psychologische und gedankliche Finessen.

Unvorstellbar sich auszumalen, wie diese Literaturlektion von einer geringeren Schauspielerin ausgebreitet würde. Maria Wimmer füllt diese Rolle ganz aus, doch liefert sie sich ihr an keinem Punkt aus: Auch in der größten, in der intensivsten Wortansammlung bleibt diese Schauspielerin ganz sie selbst und formt Gertrude Stein nach ihrem Bilde. Wie sie geschickt zwischen simplem Konversationsstück und interessanter Biographie hin- und herlaviert, sich über Wort-Kaskaden und Satz-Hürden aus feinem und grobem Geflecht hinwegschwingt, ist das Wunder des Abends. Sie verkörpert den Prototyp einer emanzipierten Frau und ist dennoch zugleich die Karikatur einer Frau. Sie beherrscht die Szene mit ihrer Stimme, hält in ihrer darstellerischen Intensität Balance zwischen Robustheit und Sensibilität, die sich auf eigenwillige Weise ergänzen. Jubelnder Applaus, von dem auch Regisseur Klaus Emmerisch profitierte.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Monolog für einen Star: Maria Wimmer als Gertrude Stein FOTO: RABANUS

JOURNAL

Wechsel beim Stuttgarter und Frankfurter Ballett

dpa, Stuttgart/Frankfurt

Uwe Scholz, der 25jährige Choreograph des Stuttgarter Balletts, ist zum Ballettdirektor und Chefchoreographen des Opernhauses in Zürich berufen worden. Scholz wird zur Spielzeit 1985/86 sein neues Amt antreten. Der Direktor des Frankfurter Opernballetts, Egon Madsen, soll zum Beginn der Spielzeit 1984/85 Leiter des Stockholmer Balletts werden. Madsens Frankfurter Vetrag läuft noch bis zum Ende der kommenden Spielzeit. Da der Künstler nicht vorzeitig aus dieser Bindung entlassen werden kann, wird jetzt eine Zwischenlösung angestrebt.

Dirk Bogarde wird Jury-Präsident in Cannes

dpa, Paris

Der 63jährige englische Schauspieler Dirk Bogarde wird die Jury der 37. Filmfestspiele von Cannes als Präsident leiten. Das gab die Festspielleitung bekannt. Das Festival findet vom 11. bis zum 23. Mai statt.

Eine Million Dollar an ein Photo-Museum

DW. Los Angeles

Dem Los Angeles County Museum of Art wurde eine Million Dollar von der Ralph M. Parsons Foundation für die Photosammlung des Museums und eine ständige Photogalerie gestiftet. Außerdem soll die Stiftung Ausstellungen, Lehrprogrammen und Vorträgen über Photographie zugutekommen. Zuerst wird die Reihe der Einzelausstellungen „Neue amerikanische Photographie" fortgesetzt werden. Von 1986 an sind dann auch größere Themenausstellungen geplant. Das Museum hat bereits seit fünfzig Jahren Photographien gesammelt. Dazu gehören u. a. hundert Vintage Prints von Edward Weston, das komplette „Camera Work" und eine Reihe der Ausgaben von „291". Diese trotzdem noch verhältnismäßig kleine Sammlung soll nun systematisch erweitert werden.

Widerstand gegen die Sowjetisierung wächst

J. G. G. London

Die Versuche, die polnische Kultur und das Erziehungswesen zu sowjetisieren, würden zunehmen, zugleich aber auch der Widerstand dagegen. Das erklärte der Philosoph Leszek Kolakowski auf einem Forum des „Verbandes Polnischer Schriftsteller in der Fremde", das über die Situation in der Heimat im Londoner „Polnischen Kulturzentrum" stattfand. Wladyslaw Bartoszewski hob hervor, daß die „Solidaritäts"-Ära bei den Schriftstellern den „Geschmack an schöpferischer Freiheit" erweckt habe, deshalb seien „keine Restriktionen imstande, die einmal geweckten Hoffnungen zu ersticken."

Israels Film-Import aus Ägypten steigt

I. Br. Tel Aviv

Israel bezieht mehr Filme aus Ägypten als aus irgend einem anderen Land der Welt, die USA ausgenommen. Der Film-Import aus Ägypten übersteigt sogar die Zahl der in Israel produzierten Filme. Das gab der Vorsitzende des Zensur-Ausschusses im israelischen Innenministerium bekannt.

Kanada feiert seine Entdeckung vor 450 Jahren

AFP, Ottawa

Mit einer großen Ausstellung über die drei großen Reisen des französischen Forschers Jacques Cartier begeht Kanada in diesem Jahr den 450. Jahrestag seiner Entdeckung. Vom 7. Februar bis 31. März werden in Ottawa Zeichnungen, Pläne und Manuskripte über die Suche der französischen Forscher nach der West-Passage im Norden des amerikanischen Kontinents präsentiert. Die Ausstellung wird ab Anfang Mai auch im kanadischen Kulturzentrum in Paris und anschließend in St. Malo, dem Heimathafen der Schiffe Cartiers, sowie in Marseille, Bordeaux und Straßburg zu sehen sein.

Plakate von Mihály Biró im Kunstverein Ingolstadt

DW. Ingolstadt

Plakate und Entwürfe von Mihály Biró (1886–1948) zeigt der Kunstverein in Ingolstadt bis zum 12. Februar. Biró, der das Emblem der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, den Roten Mann mit dem Hammer schuf, gilt als einer der einflußreichen Plakatkünstler seines Landes, aus dem er 1919 emigriert war und in das er erst ein Jahr vor seinem Tode wieder zurückkehrte. Neben rund 70 politischen, kulturellen und kommerziellen Plakaten sind in der Ausstellung außerdem auch 35 Originalentwürfe zu sehen, die zwischen 1909 und 1930 entstanden. Der Katalog kostet 5 Mark.

Dioxin: Auch Hamburgs Nachbarn winken ab

Schleswig-Holstein will Flugasche nicht mehr abnehmen

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Giftfunde im Hamburger Müllberg von Georgswerder (auf der Elbinsel Wilhelmsburg) haben die Dioxin-Angst weit über die Grenzen der Hansestadt hinaus geschürt. Die Konsequenzen können jetzt die Behörden des Stadtstaates in erhebliche Bedrängnis bringen. Schon will der Nachbar Schleswig-Holstein die Flugasche aus Hamburger Müllverbrennungsanlagen nicht mehr auf seiner Sondermülldeponie in Rondeshagen haben. Die Ursache: Auch in der *Asche wurde Dioxin* festgestellt.

Die unliebsame Diagnose kam ausgerechnet in der heißen Phase des Hamburger Müllskandals ans Licht. *Schon 1981 hatte das* Umweltbundesamt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, mit der bundesweit die Asche von sechs Müllverbrennungsanlagen und zwei Kraftwerken auf Dioxin untersucht worden war. Seit knapp einem Jahr wissen die Hamburger Behörden Bescheid. In der Flugasche ihrer staatlichen und privaten Verbrennungsanlagen verbirgt sich Dioxin (TCDD) in Konzentrationen zwischen 0,5 und 52 Mikrogramm (Millionstelgramm) pro Kilogramm, das ist mehr als das Maximum dessen, was man im Öl auf den Sickergewässern des Müllberges gefunden hatte.

Die Information geriet durch Indiskretion ans Licht. Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD) erklärte das Schweigen der Behörden damit, daß *die Befunde und Analysen nicht* abgesichert seien. Der Leiter der Kieler Abteilung Umweltschutz im Landwirtschaftsministerium reagierte dennoch prompt: Peter Uwe Conrad schrieb dem Hamburger Entsorgungssenator Jörg Kuhbier, der jährlich für die Beseitigung von 13 000 Tonnen Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen zu sorgen hat, daß in Rondeshagen die dioxinhaltige Asche nicht mehr willkommen ist.

Seit gestern laufen nun zwischen Hamburg und Kiel Gespräche über eine mögliche Verständigung. Die Baubehörde versteht den Aschen-Protest nicht, „da die Verbrennungsanlagen in Schleswig-Holstein und im gesamten Bundesgebiet ihre Asche lagern müssen, und die ist sicher im selben Umfang mit Dioxin versetzt". In Kiel entgegnete eine Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums, das alles müsse erst noch untersucht werden.

Vor dem Hintergrund laufender und zukünftiger Untersuchungen hoffen die Hamburger nun auf eine Einigung mit dem Nachbarland, um das geltende Deponie-Abkommen zu retten. Nach vorliegenden ersten Erkenntnissen aus dem Umweltbundesamt nämlich hat die Hansestadt zusätzliche Analysen in Auftrag gegeben, unter anderem bei dem Ulmer Dioxin-Experten Professor Karlheinz Ballschmieter. Der soll die Hamburger Verbrennungsanlagen gezielt nochmals unter die Lupe nehmen.

Die Behörden erwarten davon sichere Informationen über den TCDD-Gehalt in Flugasche, Schlakken und Stäuben der Verbrennungsanlagen. Und die Gutachter hoffen auf Hinweise für einen optimalen Betrieb der Verbrennungsanlagen, bei dem die Dioxin-Entstehung vermieden werden kann. Die gesicherten Erkenntnisse aus der Untersuchung des Berliner Umweltbundesamtes jedenfalls werden wohl erst 1986 vorliegen.

In Hamburg steht inzwischen die Sanierung der Verbrennungsanlage an, bei der die höchsten Dioxin-Konzentrationen gemessen worden waren. Die alten Öfen sollen bis zum nächsten Jahr ausgetauscht werden. Die jüngste Anlage der Stadt mit neuester Rauchgasreinigung hingegen kam bei den Messungen des Umweltbundesamtes mit den besten Werten weg.

Der Hamburger Müllskandal zieht unterdessen weitere Kreise. Die Angst hat nicht nur Bürger in den Randgemeinden erfaßt, wo örtliche Giftsucher die Deponien begutachten. Und Entsorgungssenator Kuhbier, der den Hanseaten die giftige „Erblast" von der Haustür schaffen soll, tröstet sich mit dem Gedanken, *daß* er zwar der erste mit einem derart umfangreichen und brisanten Müllproblem ist, daß die Stadt aber vielleicht die Sünden der Vergangenheit früher als andere aufgearbeitet haben wird, *möglichst mit finanzieller* Unterstützung des Bundes.

Der Umfang der Entsorgungsprobleme allerdings wird täglich größer. Nicht allein durch fünf weitere dioxinverdächtige Grundstücke in der Hansestadt, auch durch das Asche-Problem. Am vergangenen Freitag konnten die turnusmäßigen vier Müllwagen ihre Fuhre noch ordnungsgemäß in Rondeshagen abladen. Auch gestern früh kam der Asche-Transport bei der Deponie an. Kuhbier hatte das vorzeitig angemeldete Beschwerde-Schreiben von Conrad noch nicht auf dem Tisch.



Land über

Der Farrenberg auf der Schwäbischen Alb fotografiert von MANFRED GROHE (freigegeben Reg.-Präs. Tübingen Nr. 42/3633)

Ruhige Plätzchen mit Blick auf Notre Dame

Paris bescherte sich einen neuen Jachthafen und einen passenden Slogan: „Direkt von der Jacht ins Moulin Rouge"

JOCHEN LEIBEL, Paris

Paris will in diesem Jahr eine neue Kategorie von Touristen anlocken – Wassersportler. Auf schwankenden Planken sollen die Besucher über romantische Kanäle bis in die Hauptstadt schippern und ihr Boot dann in einem neugeschaffenen Binnenhafen vertäuen. „Direkt von der Jacht ins ‚Moulin Rouge', das ist unsere Idee", erklärte Hafenkapitän Dominique Bouchy, als er seinen „nassen Bahnhof" jetzt vorstellte.

Gemächliche Trips auf den Kanälen des Landes gehören schon seit einiger Zeit zum gallischen Tourismusangebot. In die Hauptstadt allerdings wagten sich Wohnboote und Motorjachten aus England, Holland und der Bundesrepublik Deutschland nur selten. Die raren Liegeplätze am Seine-Ufer sind meist auf Jahresbasis verpachtet. Die wenigen „freien" aber gelten als höchst unkomfortabel. Der starke Verkehr von Ausflugsschiffen und Lastkähnen sorgt ständig für unruhige Wasseroberfläche. „Man schläft wie in einer Brandung", sagte ein englischer Bootsbesitzer, der sofort nach der Eröffnung des neuen Binnenhafens dorthin „flüchtete".

Dieser neue Hafen, vom aufgewühlten Seinewasser durch eine hochmoderne Schleuse – TV-überwacht – getrennt, liegt mitten im Herzen von Paris, unterhalb der Bastille und in Sichtweite von Notre-Dame. Ein halber Kilometer eines von hohen Steinmauern eingefaßten Kanals wurde zu Liegeplätzen für 220 Boote bis zu 25 Metern Länge „umfunktioniert". Es gibt Elektrizitäts- und Trinkwasseranschlüsse, dazu Müllabfuhr, ein Hafenrestaurant, ein Zubehörgeschäft und sogar einen Kinderspielplatz.

Die Hälfte der Liegeplätze bleibt *ausdrücklich Pariser Kurzbesuchern* vorbehalten, Bootsbesitzern also, die weniger als eine Woche lang anlegen wollen. Für die Sicherheit der Jachten – wenn die „Skipper" auf Sightseeing-Tour sind – sorgen die Hafenbeamten und ein scharfer Schäferhund.

Zusätzlich soll der neue Binnenhafen aber auch Startpunkt für Touristen werden, die hier auf ein Mietboot umsteigen, um von Paris aus die zahllosen malerischen Kanäle Frankreichs zu erforschen. Bisher konnten derartige Wohnboote nur sehr viel weiter südlich im Lande gemietet werden. „Jetzt kann sich der Urlauber erst einmal Paris ansehen", erläutert Alain Boffart von der Vermieterfirma „Europyachting", „dann klettert er auf sein Boot und erholt sich auf dem Wasser von den Pariser Strapazen."

Ähnlich wie Mietautos kann der Kunde sein Wohnboot in Paris in Empfang nehmen und es eine oder zwei Wochen später in einem anderen französischen Binnenhafen zurücklassen. Ein „Führerschein" ist nur für größere Jachten nötig, die meisten Wohnboote verlangen keine Vorkenntnisse. Die Mietfirma schlägt sogar Strecken vor. Die Auswahl geht von eintägigen Ausflügen auf der Seine oder der Marne bis zu Mammuttrips zum Rhein oder ins Mittelmeer. (SAD)

Starke Westwinde brachten das Chaos

Von Hamburg bis München brach der Berufsverkehr zusammen / Lange Staus

dpa, Hamburg

Die ersten stärkeren Schneefälle im Flachland – einen Monat nach dem kalendarischen Winterbeginn – legten gestern auch den Berufsverkehr in den meisten Städten der Bundesrepublik Deutschland lahm. Tausende kamen zu spät zur Arbeit. Die Räum- und Streudienste hatten Großeinsatz. Trotzdem gab es jede Menge schwere Unfälle. Die Meteorologen rechnen für die nächsten Tage mit noch mehr Schnee.

Chaotische Verkehrsverhältnisse wurden in den Morgenstunden vor allem aus Hamburg, München und dem Ruhrgebiet gemeldet. Auf den Einfallstraßen waren Staus von mehr als zehn Kilometer Länge keine Seltenheit. Viele Autofahrer resignierten nach den ersten Kilometern, kehrten um und steuerten die nächstliegende Bus- oder Bahnstation an. Auch von *den Transitautobahnen durch die* „DDR" wurden erhebliche Behinderungen gemeldet.

Im Ruhrgebiet stauten sich die Fahrzeugkolonnen gar bis auf 40 Kilometer Länge. *Zwischen Dortmund* und Essen war die Autobahn zeitweise total blockiert. Auch im Rheinland kamen die Autos im Schneematsch nur im Schneckentempo vorwärts. Zwischen Werl und Essen hieß es über Kilometer nur „stop and go".

In der unterfränkischen Rhön machten Schneeverwehungen Straßen unpassierbar. Auf Steigungsstrecken vieler Straßen in Bayern *blieben unzählige Lastwagen liegen.*

In den südlichen Landesteilen Schleswig-Holsteins, in Hamburg und im Norden Niedersachsens sorgten starke Ostwinde und Schneeverwehungen für zusätzliche Schwierigkeiten. Auf den Autobahnen nach Hamburg stauten sich die Autos in allen Richtungen bis zu 20 Kilometer. In der Hansestadt geriet ein Wagen ins Schleudern und prallte gegen einen Lichtmast. Der Fahrer starb an der Unfallstelle. An der Autobahnanschlußstelle Kohlenfeld-Bad Nenndorf in Niedersachsen durchbrach ein Lastwagen auf eisglatter Straße die Mittelplanke und stürzte auf ein Personenauto. Der Pkw-Fahrer konnte nur noch tot geborgen werden. Schon am Samstag waren zwei Menschen bei witterungsbedingten Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. 208 wurden teilweise schwer verletzt.

Die Straßendienste waren völlig überfordert, obwohl die Behörden sich überall auf Großeinsätze vorbereitet hatten. Für dienstfreie Mitarbeiter war am Wochenende Rufbereitschaft angeordnet worden. Grundlage dieser Planung waren wie immer die Wetterberichte. Aber dann, so ein Sprecher des Landschaftsverbandes Rheinland, fiel der Schnee schon einige Stunden früher als erwartet.

Das Chaos auf manchen Autobahnen am Sonntagnachmittag hatten einen in diesem Umfang nicht erwarteten Ansturm von Wintersportlern ausgelöst. Allein 45 000 Kölner Kurzurlauber waren aus dem Sauerland heimgekehrt und hatten die Autobahn nach Köln total verstopft, so daß auch Streu- und Räumfahrzeuge kaum noch vorankamen.

An besonders gefährdeten Stellen, beispielsweise auf großen Talbrükken, hatten die Streudienste schon vorsorglich vor der ersten Flocke Salze gegen die Glätte versprüht. Insgesamt waren an beiden Tagen an die 1000 Männer mit 350 Fahrzeugen im Einsatz.

Kahlschlag auf einem Kontinent

UNO prophezeit für Asien verheerende Folgen der ungezügelten Industrialisierung

dpa, Singapur

Der Raubbau an den Tropenwäldern in Asien ist neben einer Industrialisierung, die an den Bedürfnissen der Natur vorbeiplant, inzwischen zur größten Gefahr für die Umwelt geworden. Nach Feststellung der „UNO-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik" (Escap) werden die für die Landwirtschaft verheerenden Folgen des Kahlschlags in spätestens einem Jahrzehnt zu spüren sein. Machen die Baumsägen im bisherigen Tempo weiter, verschwinden bis zum Jahr 2000 weitere zwei Drittel aller jetzt noch in Asien vorhandenen Waldungen.

Was diese Verwüstung bedeutet, schildert Escap in düsteren Farben: Ohne den hemmenden Schutz des Waldes schwemmt der Monsunregen die Erde in die Flüsse. Die Wasserläufe versanden. *Die aus den Flüssen* gespeisten Wasserreservoire und Bewässerungsgräben trocknen aus. Überschwemmungen wechseln mit Wasserknappheit in der Dürrezeit. Flüsse und Küstengewässer verschlammen. Die Felder versteppen, Pflanzen sterben aus, Tiere verenden.

Allein in Indien werden schon jetzt etwa sechs Milliarden Tonnen fruchtbare Erde jedes Jahr in der Monsunzeit fortgeschwemmt. Die dort durch Überschwemmungen entstehenden Schäden gibt Escap mit jährlich rund 750 Millionen US-Dollar an. In Thailand wurden seit 1960 die Wälder zur Hälfte abgeholzt. In *Malaysia*, wo wenigstens die riesigen wohlgeordneten Gummibaumplantagen des größten Kautschukproduzenten der Welt ein umweltfreundliches Bild vermitteln, sorgt der Zinnabbau *für* die häßliche Kehrseite. Im Zinngürtel frißt sich die Zerstörung der Natur unaufhaltsam ins Land. Der Tagebau präsentiert eine graufahle Horrorlandschaft, in der nie wieder ein Baum grünen wird.

Vorbei ist es auch mit der Idylle für Bergsteiger und Naturfreunde an den Hängen des 4100 Meter hohen Kinabalu an der Nordostküste Borneos in Sabah. Am Berg, dem höchsten zwischen dem Himalaya und den Schneegebirgen in Neuguinea, hat der Kupferabbau begonnen. Abraumschutt und Abwässer schwemmen mit dem Monsunregen in die Täler und verwüsten die Felder. Das einmalige Botanikerparadies am Kinabalu ist damit in Gefahr.

Der Mensch in den Hauptstädten der südostasiatischen Entwicklungsländer ist von der Umweltverschmutzung besonders bedroht. Nur das tüchtige und saubere Singapur bildet eine rühmliche Ausnahme. Metropolen wie Djakarta, Bangkok und Manila aber, die mit der Industrialisierung die arbeitsuchenden Massen aufsaugen, werden mit dem Unrat in den Elendsvierteln nicht mehr fertig.

Vor allem Djakarta, das alte niederländische Batavia, verliert langsam aber sicher den Kampf gegen den „Elendsmüll". Die Kanäle, von den ehemaligen holländischen Kolonialherren in liebevoller Erinnerung an die heimatlichen Grachten gebaut, sind zu Kloaken geworden. Mit heute schon mehr als sieben Millionen Einwohnern hat die Bevölkerung seit 1945 *um mehr als das Zehnfache* zugenommen. Im Jahre 2000 wird Djakarta vermutlich 15 Millionen Bewohner zählen. Schon jetzt kann täglich nur etwa die Hälfte des Mülls beseitigt werden. Die Halden wachsen. Ausbrüche von Cholera sind oft die Folge. WILDERICH LOCHOW

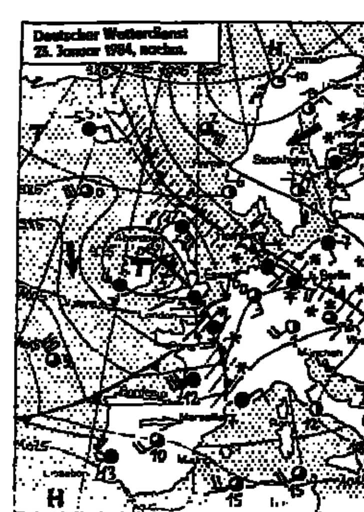


WETTER: Schneefälle

Wetterlage: Eine Tiefdruckrinne, die sich von Grönland nach Südosteuropa erstreckt, bestimmt das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Berlin: Stark bewölkt und zeitweise Niederschlag, *im Flachland teils* Schnee teils Regen, im Bergland durchweg als Schnee. Temperaturen um null Grad, nachts leichter Frost. Mäßiger bis frischer Wind, in Norddeutschland und in Berlin zunächst aus Ost, sonst aus West.



Weitere Aussichten

Im Norden Schauer, sonst kurzzeitige Wetterberuhigung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	–4°	Kairo	17°
Bonn	3°	Kopenh.	–3°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	5°
Frankfurt	2°	Madrid	10°
Hamburg	–4°	Mailand	1°
List/Sylt	–2°	Mallorca	16°
München	1°	Moskau	–6°
Stuttgart	2°	Nizza	10°
Algier	15°	Oslo	–8°
Amsterdam	–3°	Paris	4°
Athen	14°	Prag	1°
Barcelona	14°	Rom	12°
Brüssel	2°	Stockholm	–7°
Budapest	–1°	Tel Aviv	20°
Bukarest	4°	Tunis	15°
Helsinki	–15°	Wien	–2°
Istanbul	12°	Zürich	3°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 8.11 Uhr, Untergang: 16.58 Uhr, **Mondaufgang:** 0.56 Uhr, Untergang 11.33 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Arlene Violet will barmherzige Schwester bleiben

Weil sie im US-Bundesstaat für das Amt des Generalstaatsanwalts kandidiert, muß eine Nonne ihren Orden verlassen

Zum zweiten Mal will Arlene Violet für das Amt des Generalstaatsanwaltes kandidieren – der Bischof sagte nein. FOTO: AP

A. v. KRUSENSTIERN, New York

„Es ist für mich sehr schmerzlich", sagt Arlene Violet. Die 40jährige Juristin will sich um das Amt des Generalstaatsanwalts im US-Bundesstaat Rhode Island bewerben. Aber um das tun zu können, muß sie etwas aufgeben, woran sie mit ganzem Herzen hängt. Die Anwältin ist Nonne und gehört dem Orden der Barmherzigen Schwestern (Sisters of Mercy) an, der 1831 in Irland gegründet wurde. Sie *muß* ihren *Orden* verlassen, weil der Bischof von Providence, Louis E. Gellineau, ihr die Erlaubnis verweigert, für das Amt des Generalstaatsanwalts zu kandidieren.

Der Bischof beruft sich dabei auf den Papst, der verfügt hat, daß Priester und Nonnen keine öffentlichen Ämter bekleiden dürfen.

Schwester Arlene ist damit nicht einverstanden. „Es ist für mich wichtig, *in Wirklichkeit eine Schwester* der Barmherzigkeit zu sein, auch wenn ich es nicht mehr dem Namen nach sein darf", sagt sie. Sie ist davon überzeugt, daß sie als Generalstaatsanwältin *mehr tun kann. Sie wolle* versuchen, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, den Schwachen und Ar*men zu helfen.*

Der Konflikt zwischen der Nonne und dem Bischof bewegt ganz Rhode Island. Dieser kleine Staat hat zwar nur 950 000 Einwohner, aber 65 Prozent davon *sind katholisch.*

Schwester Arlenes Entscheidung, gegen den Willen des Bischofs für ein Staatsamt zu kandidieren, kann diesen unter Umständen dazu zwingen, auch gegen eine andere Nonne vorzugehen, die in Rhode Island ein öffentliches Amt bekleidet. Elizabeth Morancy, ebenfalls eine Barmherzige Schwester, ist für fünf Jahre Abgeordnete im Parlament des Staates und will sich im kommenden Herbst zur Wiederwahl stellen. Darauf aufmerksam gemacht, daß sie damit rechnen müsse, aus dem Orden ausgeschlossen zu werden, sagt Schwester Elizabeth: „Ich bin bereit, dieses Risiko auf mich zu nehmen."

Schwester Elizabeth meint, daß der Papst wegen seiner polnischen Herkunft ein Engagement von Priestern *und Ordensschwestern im Staats*dienst ablehnt. „Ich glaube, es hat damit zu tun, daß er aus Polen *kommt, wo die Regierung der Feind* ist", sagt sie. „Aber hier in den Vereinigten Staaten ist es anders, hier können wir für den Staat arbeiten."

Auch Arlene Violet sammelte ihre ersten politischen Erfahrungen als Ordensschwester. Sie kandidierte bereits 1982 gegen den gegenwärtigen Generalstaatsanwalt Dennis J. Roberts und erhielt 43 Prozent der Stimmen. Dieses relativ gute Abschnei*den der Ordensschwester* erregte Aufsehen, denn die Mehrheit der Wähler von Rhode Island wählt traditionell demokratisch, und Schwester Arlene ist republikanisch.

Ihr politisches Interesse führt Schwester Arlene auf den Einfluß ihres Vaters zurück, der ebenfalls Republikaner war, eine Tankstelle besaß und sich in der Sozialarbeit engagierte. Als Kind besuchte sie eine *katholische Privatschule*, in der Barmherzige Schwestern lehrten. „Nach der Schule besuchten die Schwestern die Läden in der Nachbarschaft und baten um Fleisch und *Brot und* andere Nahrungsmittel für die Armen", erinnert sie sich. (SAD)

Herstatt-Prozeß: Zeugen fühlen sich „überfahren"

AP, Köln

Mit weiteren Überraschungen ist gestern der Prozeß gegen den der Untreue und des betrügerischen Bankrotts beschuldigten früheren Bankiers Iwan D. Herstatt in Abwesenheit des Angeklagten vor dem Kölner Landgericht fortgesetzt worden. Die drei Internisten, die in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz des Herstatt-Arztes Professor Werner Kaufmann die Notwendigkeit einer stationären Behandlung des 70jährigen Angeklagten befürwortet hatten, sagten als Zeugen aus, sie hätten diese Diagnose „ohne eigene Untersuchungen" und lediglich aufgrund *einiger* Äußerungen Kaufmanns abgegeben. Kaufmann, der den Angeklagten seit dem 6. Dezember vergangenen Jahres in einem Krankenhaus in Köln-Merheim behandelt, habe ihnen „aus dem Kopf einige Befunde vorgetragen", erklärte der Bonner Internist Friederich Krück. Er habe sich „überfahren" lassen, als er nach einem kurzen Krankenbesuch bei Herstatt in eine Pressekonferenz gebracht worden sei, von der er vorher nichts gewußt habe. Diese Konferenz war von Kaufmann initiiert worden, dem gegenüber das Gericht den Verdacht geäußert hatte, er habe Gefälligkeits-Atteste für Herstatt ausgestellt. Inzwischen hat Kaufmann gegen den Kammervorsitzenden Alois Weiss einen Strafantrag wegen übler Nachrede gestellt. Im Verlauf der Zeugenvernehmung berichtete Weiss gestern, daß Herstatt während seiner stationären Behandlung das Kölner Krankenhaus dreimal – Weihnachten, Silvester und wegen einer Geburtstagsfeier – verlassen habe. *Dies gehe aus der* beschlagnahmten Krankenakte hervor.

Brandanschlag

AP, München

Auf den amerikanischen PX-Supermarkt im Norden Münchens ist gestern morgen ein Brandanschlag verübt worden. Ob hinter der Tat politische Motive standen, war nach Auskunft der Polizei zunächst nicht klar.

TV-Satellit

dpa, Tokio

Japan hat gestern den ersten Satelli*ten zur direkten Fernsehübertragung* gestartet. Der 350 Kilogramm schwere Flugkörper wurde mit einer dreistufigen japanischen Rakete vom Weltraumzentrum Tanegashima etwa 1000 Kilometer südwestlich von Tokio abgeschossen.

Waldbrand: 9 Tote

AP, Kapstadt

Bei einem Waldbrand in einem Berggebiet östlich von Kapstadt sind neun Forstbeamte ums Leben gekommen, die zusammen mit 17 Kollegen am Sonntag von den Flammen eingeschlossen worden waren. Die 17 überlebenden Forstbeamten wurden von Hubschraubern in Sicherheit gebracht.

Geisel getötet

AFP, Tarragona

Die Leiche der am 9. Januar entführten Frau eines Industriellen ist gestern auf einer Müllhalde der Stadt Reus entdeckt worden. Der Ehemann der Ermordeten ist in den Skandal um das gepantschte Speiseöl verwickelt und sitzt gegenwärtig in Untersuchungshaft. Die Kidnapper hatten 450 000 Mark verlangt. Die Polizei will nicht ausschließen, daß es sich bei den Tätern um Familienangehörige von Ölopfern handelt.

Busunglück

dpa, Neu-Delhi

Bei einem *Autobus-Unglück* im westindischen Bundesstaat Maharashtra sind am Sonntag mindestens 37 Menschen ums Leben gekommen. Die Opfer gehörten zu einer Hochzeitsgesellschaft. Der Bus war in gebirgigem Gebiet von der Straße abgekommen und mehr als 60 Meter tief in eine Schlucht gestürzt.

Lernpark

rtr, Peking

In der chinesischen Hauptstadt soll ein 178 Hektar großer Lernpark entstehen, in dem sich täglich bis zu 20 000 Kinder beim Spielen Grundkenntnisse der Wissenschaften aneignen können.

Mysteriöse Messerstecher

rtr, Bangkok

In der thailändischen Hauptstadt Bangkok sind erneut ausländische Touristen – darunter ein Deutscher – von einem bislang unbekannten Messerstecher angefallen und verletzt worden. Erst vor einigen Tagen war eine Gruppe von sechs *Touristen, darunter* ebenfalls zwei Deutsche, überfallen worden.

Fledermaus-Invasion

AP, Lake City

Eine Fledermausinvasion in der Turnhalle einer Oberschule beunruhigt zur Zeit die Behörden der Stadt Lake City (US-Bundesstaat Florida), zumal bei einigen der fliegenden Säuger Tollwut festgestellt worden ist. Die Turnhalle wurde vorsorglich geschlossen, nachdem mehrere tote Tiere am Boden gefunden worden waren.

ZU GUTER LETZT

„Früher starben 50 Prozent der Patienten mit AV-Block 3. Grades nach Auftreten der ersten Symptome, heute überleben 50 Prozent dieser Patienten." Aus „Ärzte-Zeitung"